



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

3

Voranschlag

Zusatzerläuterungen
und Statistik

2014

Impressum

Redaktion

Eidg. Finanzverwaltung
Internet: www.efv.admin.ch

Vertrieb

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen
Art.-Nr. 601.200.14d

INHALTSÜBERSICHT

Band 1 Bericht zum Voranschlag

Kommentar zum Voranschlag

Voranschlag

Kennzahlen des Bundes

Entwurf zum Bundesbeschluss über den Voranschlag für das Jahr 2014

Band 2A Voranschlag der Verwaltungseinheiten – Zahlen

Voranschlagskredite und Ertragspositionen

Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

Band 2B Voranschlag der Verwaltungseinheiten – Begründungen

Voranschlagskredite und Ertragspositionen

Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

Zusätzliche Informationen zu den Krediten

Band 3 Zusatzerläuterungen und Statistik

Zusatzerläuterungen

Statistik

Band 4 Sonderrechnungen

Fonds für die Eisenbahngrossprojekte

Infrastrukturfonds

Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen

Eidgenössische Alkoholverwaltung

Band 5 Finanzplan 2015–2017

Zahlen im Überblick

Ausgangslage, Strategie und Ergebnisse

Finanzplan 2015–2017

Anhang

Aufbau der Finanzberichterstattung

Band 1 informiert in konzentrierter Form über die finanzielle Lage des Bundeshaushalts. Der Anhang liefert wesentliche Zusatzinformationen für die Beurteilung des Zahlenwerks.

In *Band 2* werden alle Informationen im Zusammenhang mit den Voranschlagskrediten und Ertrags- bzw. Einnahmenpositionen ausgewiesen. Im Unterschied zu den Bänden 1 und 3 sind in den Zahlen die Aufwände und Erträge aus der Leistungsverrechnung zwischen den Verwaltungseinheiten enthalten. Band 2A enthält die Zahlen, Band 2B die Begründungen.

Band 3 geht im Kapitel «Zusatzerläuterungen» vertiefend auf einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen ein, stellt Sensitivitätsanalysen für unterschiedliche Konjunkturszenarien dar

und erläutert Querschnittsfunktionen (Personal, Informations- und Kommunikationstechnologien, Bundestresorerie sowie die FLAG-Steuerung). Der Statistikeil zeigt detaillierte Finanzinformationen im Mehrjahresvergleich.

Band 4 enthält die Sonderrechnungen, welche ausserhalb der Bundesrechnung (Bände 1–3) geführt werden.

Band 5 zeigt die Entwicklung des Haushalts in den Finanzplanjahren. Die wesentlichen Aussagen finden sich im eigentlichen Berichtsteil. Der Anhang enthält weitergehende Informationen mit standardisierten Übersichten über die wichtigsten Einnahmenpositionen und Aufgabengebiete.

Zusatzerläuterungen und Statistik

Seite

Zusatzerläuterungen	7
1 Zusätzliche Erläuterungen zu ausgewählten Einnahmen	9
11 Direkte Bundessteuer	11
12 Verrechnungssteuer	13
13 Stempelabgaben	15
14 Mehrwertsteuer	17
15 Mineralölsteuer	19
2 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	21
21 Soziale Wohlfahrt	22
22 Finanzen und Steuern	25
23 Verkehr	27
24 Bildung und Forschung	29
25 Landesverteidigung	31
26 Landwirtschaft und Ernährung	32
27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit	33
28 Übrige Aufgabengebiete	34
3 Haushaltsrisiken/Alternativszenarien	35
31 Haushaltsrisiken	35
32 Alternativszenarien	38
4 Querschnittsfunktionen	41
41 Personal	41
42 Informations- und Kommunikationstechnologien IKT	44
43 Bundestresorerie	46
44 Beratung und Auftragsforschung	47
5 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG	49
6 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung	51
7 Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten	53
Statistik	55
A Übersicht	57
A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)	57
A02 Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)	58
A03 Vorgaben der Schuldenbremse	59
B Finanzierungsrechnung	61
Einnahmen nach Kontengruppen	
B11 Einnahmen nach Kontengruppen	61
B12 Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen	62
B13 Struktur der Einnahmen nach Kontengruppen	63
Ausgaben nach Kontengruppen	
B21 Ausgaben nach Kontengruppen	64
B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen	66
B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen	67

	Seite
Ausgaben nach Aufgabengebieten	
B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten	68
B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	70
B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten	71
B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2014/2013	72
Ausgaben und Einnahmen zweckgebundener Fonds	
B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	74
B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	76
B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr	77
C Erfolgsrechnung	79
C01 Ertrag nach Kontengruppen	79
C02 Aufwand nach Kontengruppen	80
C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen	82
C04 Struktur von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen	83
C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2014/2013	84

ZUSATZERLÄUTERUNGEN

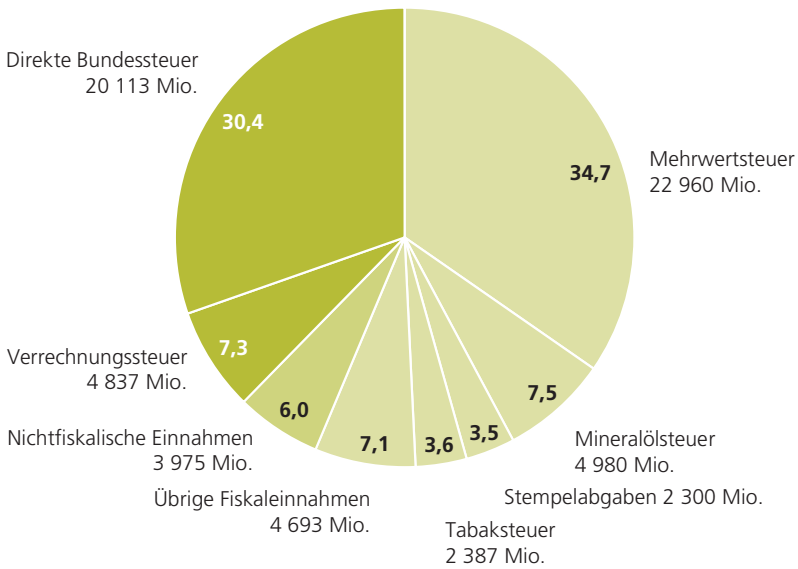


Der Voranschlag 2014 sieht Einnahmen von 66,2 Milliarden vor, 2,7 Prozent mehr als im Vorjahr und damit auch mehr als das Wachstum des nominellen BIP (2,3 %). Haupttreiber des Wachstums ist die direkte Bundessteuer. Allerdings wird die Zunahme auch von der Erhöhung der CO₂-Abgabe beeinflusst, welche für sich alleine schon 0,2 Prozentpunkte zum Wachstum beiträgt. Die ertragsreichsten Steuern – direkte Bundessteuer und Mehrwertsteuer – sind zusammen genommen nicht mehr weit von einem Anteil von zwei Dritteln der Gesamteinnahmen entfernt.

Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013	
				absolut	%
Ordentliche Einnahmen	62 997	64 479	66 245	1 766	2,7
Fiskaleinnahmen	58 788	60 474	62 270	1 796	3,0
Direkte Bundessteuer	18 342	18 993	20 113	1 120	5,9
Verrechnungssteuer	4 335	4 811	4 837	26	0,5
Stempelabgaben	2 136	2 200	2 300	100	4,5
Mehrwertsteuer	22 050	22 630	22 960	330	1,5
Übrige Verbrauchssteuern	7 543	7 398	7 480	82	1,1
Mineralölsteuer	5 033	4 985	4 980	-5	-0,1
Tabaksteuer	2 397	2 301	2 387	86	3,7
Biersteuer	113	112	113	1	0,9
Verkehrsabgaben	2 293	2 326	2 273	-53	-2,3
Automobilsteuer	412	375	410	35	9,3
Nationalstrassenabgabe	352	371	363	-8	-2,2
Schwerverkehrsabgabe	1 529	1 580	1 500	-80	-5,1
Zölle	1 044	995	990	-5	-0,5
Spielbankenabgabe	329	380	350	-30	-7,9
Lenkungsabgaben	716	738	964	226	30,6
Übrige Fiskaleinnahmen	-	3	3	0	0,0
Regalien und Konzessionen	938	907	899	-8	-0,9
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	267	248	244	-4	-1,7
Gewinnausschüttung SNB	333	333	333	0	0,0
Zunahme des Münzumsatzes	87	91	92	1	1,2
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	218	203	209	6	2,8
Übrige Regalien und Konzessionen	33	32	21	-11	-33,8
Finanzeinnahmen	1 328	1 137	1 115	-21	-1,9
Zinseinnahmen	353	269	251	-18	-6,7
Beteiligungseinnahmen	867	867	864	-3	-0,3
Übrige Finanzeinnahmen	107	1	1	0	-24,9
Übrige laufende Einnahmen	1 721	1 750	1 772	23	1,3
Entgelte	1 251	1 282	1 326	45	3,5
Wehrpflichtersatzabgabe	160	170	165	-5	-2,9
Gebühren	241	240	248	7	3,1
Rückerstattungen	130	124	124	-1	-0,7
EU Zinsbesteuerung	114	141	141	0	0,0
Übrige Entgelte	605	607	650	43	7,1
Verschiedene Einnahmen	469	468	446	-22	-4,7
Investitionseinnahmen	222	212	189	-23	-10,7

Einnahmen 2014 Anteile in %
Ordentliche Einnahmen



Der anteilmässige leichte Rückgang der Mehrwertsteuererträge wird durch das überproportional starke Wachstum bei der direkten Bundessteuer überkompensiert. Damit steigt der kumulierte Anteil der beiden ertragsstärksten Steuern weiter an und nähert sich der Zwei-Drittel-Marke.

11 Direkte Bundessteuer

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013 absolut	%
Direkte Bundessteuer	18 342	18 993	20 113	1 120	5,9
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	29,1	29,5	30,4		
Steuer auf Reingewinn juristischer Personen	8 659	9 047	9 530	483	5,3
Steuer auf Einkommen natürlicher Personen	9 834	10 126	10 763	637	6,3
Pauschale Steueranrechnung	-152	-180	-180	0	0,0

Die direkte Bundessteuer wird auf dem Einkommen natürlicher Personen sowie auf dem Reingewinn juristischer Personen erhoben. Bei der Schätzung der Einnahmen der natürlichen Personen werden die prognostizierten Einkommen der Haushalte als Grundlage verwendet, bei den juristischen Personen die geschätzten steuerbaren Unternehmensgewinne. In beiden Fällen muss auch die zeitliche Verzögerung berücksichtigt werden, die sich aus dem Veranlagungs- und Bezugsverfahren ergibt.

Das Voranschlagsjahr 2014 ist das «Hauptfälligkeitsjahr» der Steuerperiode 2013: Auf dem im Jahr 2013 erwirtschafteten Einkommen oder Gewinn werden die Steuern im Jahr 2014 fällig.

Im Frühjahr 2013 wird grundsätzlich die Steuerschuld für die abgelaufene Steuerperiode 2012 erstmals in Rechnung gestellt. Diese Rechnung beruht jedoch noch auf einer provisorischen Veranlagung, in der Regel gestützt auf die Steuererklärung des Vorjahres (vgl. Schema). Die Steuerpflichtigen können aber der Steuerbehörde Änderungen in ihrer Einkommenssituation frühzeitig melden, damit dies bei der provisorischen Veranlagung berücksichtigt wird. Das Veranlagungs- und Bezugsverfahren führt zu einer effektiven Verzögerung von mindestens ein bis zwei Jahren zwischen der Erwirtschaftung eines Einkommens oder Unternehmensgewinns durch den Steuerpflichtigen und der Verbuchung einer daraus entstehenden Einnahme durch den Bund.

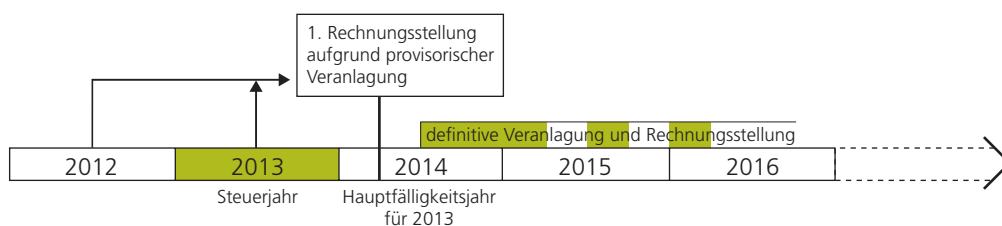
Zahlungen können sich über mehrere Jahre erstrecken und führen somit beim Bund auch zu «Eingängen aus früheren Perioden». Die definitive Veranlagung für das Steuerjahr 2013 liegt auch bei der Fälligkeit der Steuerschuld des darauf folgenden

Steuerjahres 2014 (per 31.3.2015) nicht in jedem Fall vor; im nachfolgenden Schema ist dies durch die zeitliche Streckung der Zeitspanne für die definitive Veranlagung dargestellt.

Der Bund vereinnahmt auch «vorzeitig fällige Beträge», z.B. in Form von Quellensteuern oder ratenweisen Vorauszahlungen. Die Bedeutung der bereits frühzeitig entrichteten Steuern hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Dafür verantwortlich ist der vermehrte Einsatz der ratenweisen Vorauszahlungen in den Kantonen. Dadurch erhalten die Steuerpflichtigen die Möglichkeit (es besteht kein Zwang), ihre Steuerrechnung für ein bestimmtes Steuerjahr bereits im selben Kalenderjahr und zudem in Raten zu begleichen. Das System der ratenweisen Vorauszahlung bei der Bundessteuer wurde bis anhin in den Kantonen Waadt, Genf, Freiburg sowie im Kanton Jura eingeführt. In der Folge hat sich die beschriebene Verzögerung beim Veranlagungs- und Bezugsverfahren in den letzten Jahren deutlich verkürzt.

Im Voranschlag 2014 wird insgesamt mit Einnahmen aus der direkten Bundessteuer von 20,1 Milliarden gerechnet. Dies entspricht – im Vergleich zu den zum Zeitpunkt der Budgeterstellung erwarteten Einnahmen für das Jahr 2013 (19,4 Mrd.) – einem Wachstum von 3,9 Prozent. Dieses Wachstum wird getragen durch die Einnahmen aus dem Hauptfälligkeitsjahr sowie den vorzeitig fälligen Beträgen. Die Einnahmen aus früheren Steuerperioden hingegen stagnieren im Vergleich zum Vorjahr, ein Zeichen, dass die einst ergiebigen Einnahmequellen der wachstumsstarken Steuerperioden 2006 bis 2008 langsam versiegen.

Direkte Bundessteuer: Veranlagungsverfahren

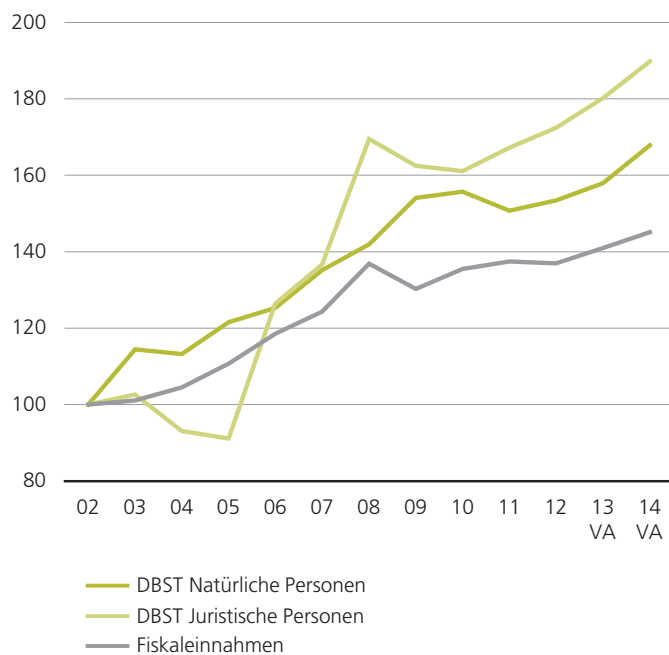


Die provisorische Veranlagung erfolgt zum Grossteil noch aufgrund der Angaben über die Einkommenslage von 2012. Die Steuererklärung über die im Jahr 2013 erwirtschafteten Einkommen wird erst im späteren Verlauf von 2014 (oder im Jahr 2015) ausgewertet.

Die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer stehen dem Bund nicht vollumfänglich zur Verfügung. 17 Prozent oder rund 3,5 Milliarden der gesamten Erträge der natürlichen und

juristischen Personen, vor Abzug der pauschalen Steueranrechnung (180 Mio.), gehen an die Kantone.

Direkte Bundessteuer
Indexiert; 2002=100



Die Gewinnsteuern haben sich in den letzten Jahren noch dynamischer entwickelt als die Einkommenssteuern. Entsprechend ist auch ihre Bedeutung gestiegen auf mittlerweile 47 Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer. Diese weist insgesamt eine – im Vergleich zu den Fiskaleinnahmen – ausgesprochen dynamische Entwicklung auf.

12 Verrechnungssteuer

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013 absolut	%
Verrechnungssteuer	4 335	4 811	4 837	26	0,5
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	6,9	7,5	7,3		
Verrechnungssteuer (Schweiz)	4 324	4 800	4 825	25	0,5
Steuerrückbehalt USA	11	11	12	1	9,1

Seit dem Voranschlag 2012 wurde die Schätzung mit einer exponentiellen Glättungsmethode vorgenommen, die angesichts der letzten Ergebnisse geeigneter scheint. Nach diesen Berechnungen belaufen sich die geglätteten Einnahmeschätzungen für das laufende Jahr 2013 auf 4,7 Milliarden anstelle der 4,8 Milliarden im Budget. Die Glättung der aktuellen Werte für 2014 ergibt 4,8 Milliarden; dieser Betrag entspricht dem steigenden Grundtrend der letzten Jahre.

Inadäquate Punktschätzung

Die Gründe, weshalb seit Jahren auf eine punktuelle Schätzung verzichtet wurde, treffen angesichts der Besonderheiten der Verrechnungssteuer und der Anforderungen der Schuldenbremse immer noch zu.

- Erstens ist immer noch sehr unsicher, wie hoch der Verrechnungssteuerertrag für ein bestimmtes Jahr ausfallen wird. Die Eingänge waren auch in den vergangenen Jahren sehr volatil und stiegen 2008 auf einen historischen Wert. Nachdem sie 2007 bei rund 4 Milliarden lagen, erreichten sie im Jahr darauf 6,4 Milliarden (+53% innerhalb eines Jahres), und sanken 2009 wieder auf 4,4 Milliarden.
- Zweitens erweist sich die Volatilität dieser Steuer im Kontext der Schuldenbremse als problematisch, weil die höchstzulässigen Ausgaben direkt vom Einnahmenniveau abhängen, das um den Faktor k korrigiert wird (vgl. Band I, Ziff. 22). Der Faktor k vermag die starken Schwankungen der Verrechnungssteuer jedoch nicht auszugleichen, weil er nur konjunkturell bedingte Schwankungen vermindern kann. Es braucht demnach eine glättende Schätzmethode, um zu vermeiden, dass sich die starken Schwankungen dieser Steuer in den jährlichen Ausgaben niederschlagen.

Schätzung mit exponentieller Glättung

Seit dem Voranschlag 2012 fiel die Wahl auf eine robuste Variante der Holt-Winters-Methode (RHW), denn sie bietet folgende Vorteile:

- Zunächst erlaubt die gewählte Methode eine Begrenzung des Einflusses der sogenannten Ausreisser, welche die ganze Prognose verfälschen. Der jährliche Ertrag der Verrechnungssteuer weist effektiv extreme Werte innerhalb einer Spannweite von 853 Millionen im Jahr 2001 und 6,4 Milliarden im Jahr 2008

auf. Deswegen braucht es eine spezifische Glättungstechnik wie diejenige, die bei der Holt-Winters-Methode verwendet wird. So kann trotz der grossen Volatilität des Ertrags der Verrechnungssteuer eine «robuste» Prognose erstellt werden. Damit lassen sich in Zukunft bedeutende jährliche Schwankungen der veranschlagten Einnahmen und eine damit einhergehende, durch die Vorgaben der Schuldenbremse bedingte inadäquate Ausgabenpolitik verhindern.

- Zudem nimmt diese Methode eine exponentielle Glättung vor, welche die jüngsten Ergebnisse stärker gewichtet als die weiter zurückliegenden. Mit anderen Worten beruht die Prognose auf dem Prinzip, den Ergebnissen umso weniger Einfluss einzuräumen, je älter sie sind. Dieser Einfluss nimmt exponentiell ab. Konkret ist eine Schätzung, die mit Hilfe einer solchen Glättungstechnik erstellt wurde, reaktiver als eine Schätzung, die auf einem arithmetischen Mittel oder einem mobilen Durchschnitt beruht. Sie eignet sich deshalb besser für die Einschätzung zukünftiger Entwicklungen einer Einnahme, deren Ertragsniveau manchmal brüskten Schwankungen oder sogar plötzlichen Trendwenden unterliegt.
- Die Holt-Winters-Methode erlaubt schliesslich die Berücksichtigung eines allfälligen Trendeffekts. Die in den vergangenen Jahren beobachtete Ertragsentwicklung bei der Verrechnungssteuer lässt auf eine steigende Grundtendenz schliessen, die in der Schätzung berücksichtigt werden sollte.

Konfiguration der Schätzung

Die Schätzperiode erstreckt sich über die zwanzig letzten bekannten Jahresergebnisse. Für den Voranschlag 2014 sind dies die Ergebnisse der Jahre 1993 bis 2012.

Für 2014 besteht die die Prognose für das letzte bekannte Jahr aus dem geglätteten Wert, der mit der Holt-Winters-Methode errechnet wurde (d.h. knapp 4,6 Mrd. für 2012), plus einem Betrag für die Jahre 2013 und 2014, der der geschätzten jährlichen Zunahme entspricht. Da die Glättung gestützt auf die aktuellen Daten eine jährliche Zunahme von rund 2,5 Prozent ergibt, berücksichtigt die Schätzung für 2014 eine Zunahme von 100 Millionen (siehe Grafik).

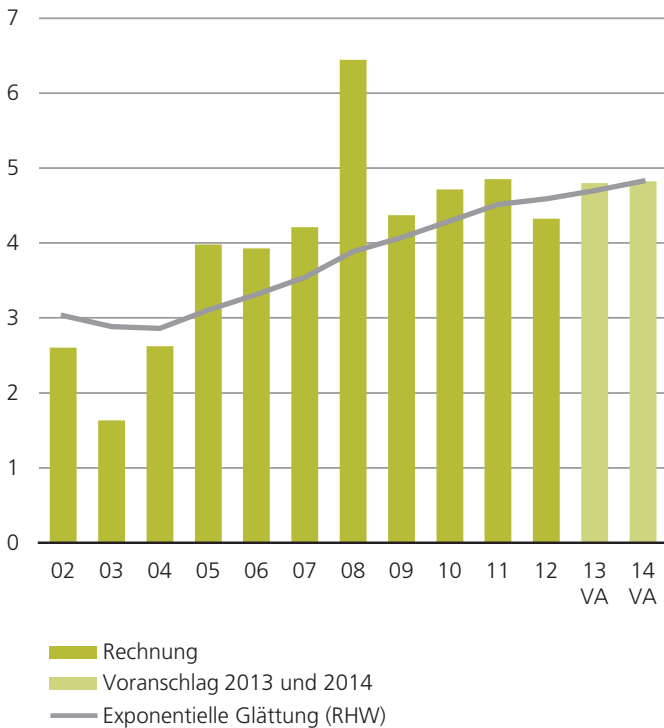
Das so errechnete Ergebnis wird in der Regel nicht korrigiert, um den für die nächsten Jahre erwarteten Auswirkungen allfälliger Sonderfaktoren Rechnung zu tragen. Jeder Einzelfaktor

ist damit nur noch einer von vielen Sonderfaktoren, welche oft nicht voraussehbar sind. Zwar mag sich ihre jeweilige Auswirkung im Nachhinein als bedeutsam erweisen, doch im Voraus ist sie kaum quantifizierbar. Hingegen werden die Sonderfaktoren

wegen der Aktualisierung der für die Berechnung benützten Zeitreihe gleich nach Bekanntgabe eines neuen Jahresergebnisses die zukünftigen Schätzungen sukzessive beeinflussen.

Verrechnungssteuer in Mrd.

Voranschlag und Rechnung nach Methode Holt-Winters (RHW)



Das schwache Ergebnis 2012 zieht eine leichte Abflachung der RHW-Kurve der geglätteten Werte nach sich, ohne jedoch den steigenden Grundtrend zu beeinflussen.

13 Stempelabgaben

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013	
				absolut	%
Stempelabgaben	2 136	2 200	2 300	100	4,5
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	3,4	3,4	3,5		
Emissionsabgabe	353	275	220	-55	-20,0
Umsatzabgabe	1 107	1 240	1 390	150	12,1
Inländische Wertpapiere	162	190	210	20	10,5
Ausländische Wertpapiere	945	1 050	1 180	130	12,4
Prämienquittungsstempel und Übrige	675	685	690	5	0,7

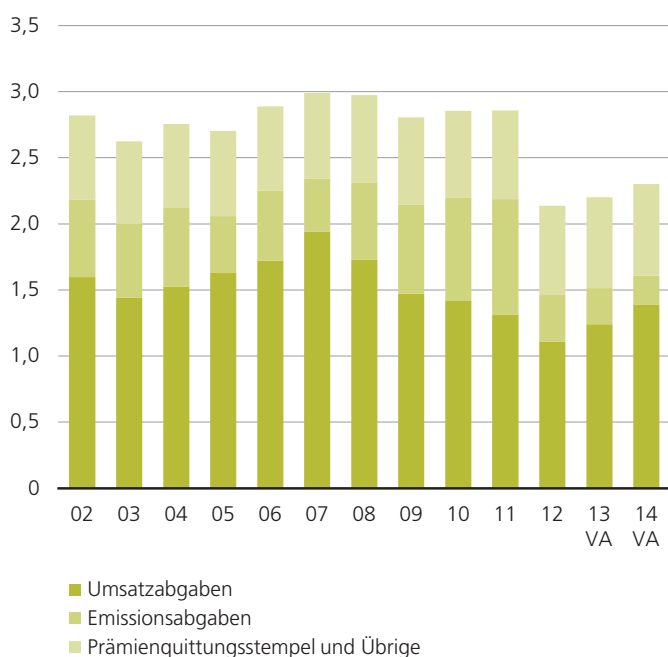
Die *Stempelabgaben* werden erhoben auf der Emission von Aktien und anderen inländischen Beteiligungsrechten, auf dem Handel mit in- und ausländischen Wertpapieren sowie auf bestimmten Versicherungsprämien. Die Einnahmen schwankten in den vergangenen Jahren stark. Beeinflusst werden sie insbesondere von der Konjunkturlage im In- und Ausland, vor allem von der Zahl neuer oder expandierender Gesellschaften sowie in noch grösserem Ausmass von der äusserst volatilen Entwicklung des Börsengeschehens. Ferner prägten sie auch die zahlreichen Gesetzesänderungen namentlich im Bereich der Umsatzabgabe im Hinblick auf die Globalisierung der Börsengeschäfte und die Konkurrenz der ausländischen Börsen. Ausserdem wurde die Emissionsabgabe auf der Emission von Fremdkapital im Rahmen der neuen Grossbankenregelung «too big to fail» per 1. März 2012 aufgehoben.

Emissionsabgabe

Seit dem Inkrafttreten der oben genannten Massnahme wird die Emissionsabgabe ausschliesslich auf der Schaffung von Eigenkapital, d.h. im Wesentlichen Aktienkapital, erhoben. Zur Erinnerung: In der Rechnung 2012 waren noch 151 Millionen Ertrag aus der Emissionsabgabe auf Fremdkapital ausgewiesen.

Die Schätzung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital für 2013 wurde gegenüber dem Voranschlag deutlich nach unten korrigiert. Gestützt auf das Ergebnis bis Mai (-21 % gegenüber dem Vorjahr) beläuft sie sich auf 200 Millionen; dieser Wert ist seit 2012 (202 Mio.) praktisch unverändert geblieben. Der Voranschlag 2014 stützt sich auf die Annahme, dass die Einnahmen in diesem Bereich aufgrund der erwarteten Erholung der Weltwirtschaft erneut einen Aufwärtstrend verzeichnen werden.

Stempelabgaben in Mrd.



Die Entwicklung der Stempelabgaben ist in erster Linie durch die Umsatzabgabe geprägt. Im Zuge der 2007 ausgebrochenen Finanzkrise nahmen die Einnahmen in diesem Sektor allmählich ab; vor kurzem zeichnete sich eine leichte Erholung ab, die sich bis 2014 fortsetzen dürfte (siehe unterer Teil der Spalte). Seit 2012 ist infolge der Aufhebung der Emissionsabgabe auf Fremdkapital ein Rückgang der Gesamteinnahmen feststellbar.

Umsatzabgabe

Die Umsatzabgabe wird zum grössten Teil auf den Börsengeschäften erhoben. Ihr Ertrag unterliegt somit den Schwankungen der Aktienmärkte. Ausserdem ist sie den Folgen der Strukturanpassungen im Angebot an Finanzprodukten und in den Anlagestrategien der Investoren ausgesetzt. Diese Auswirkungen sind naturgemäss kaum quantifizierbar.

Über 80 Prozent des Ertrags aus den Umsatzabgaben entfallen auf Börsengeschäfte mit ausländischen Wertpapieren, der Rest entfällt auf den Handel mit inländischen Titeln. Der Ertrag aus der Umsatzabgabe wurde in den letzten Jahren durch die Mitte Sommer 2007 ausgebrochene weltweite Krise der Finanzmärkte, die darauf folgende Rezession und seit neuestem durch die Schuldenkrise im EU-Raum gedämpft. Zunächst profitierten die Einnahmen von den Portfeuilleumschichtungen. Danach verzeichneten sie aufgrund des weltweiten Kurseinbruchs an den Börsen (vgl. Grafik) einen deutlichen Rückgang. Im laufenden Jahr (2013) zeichnet sich aufgrund der seit über einem Jahr steigenden, wenn auch zeitweilig schwächelnden Börsenwerten eine leichte Erholung ab. Deshalb wird derzeit davon ausgegangen, dass der für 2013 veranschlagte Ertrag aus der Umsatzabgabe (1265 Mio.) leicht übertroffen wird.

Im Voranschlag 2014 wird im Zuge der erwarteten Erholung der Weltwirtschaft und der entsprechend positiven Gewinnaussichten börsenkotierter Unternehmen von einer erneuten Zunahme des Handelsvolumens an der Börse ausgegangen. Unter diesen Bedingungen dürften die Einnahmen aus der Umsatzabgabe zum zweiten Jahr in Folge steigen. Allerdings dürften sie deutlich unter dem hohen Niveau (1,9 Mrd.) zu liegen kommen, das 2007 vor dem allmählichen, durch die Finanzkrise verursachten Rückgang verzeichnet wurde.

Prämienquittungsstempel

Die Einnahmen aus dem Prämienquittungsstempel stiegen in den letzten Jahren insgesamt kaum. Für 2014 wird von der Annahme ausgegangen, dass sich die Zunahme der Prämienquittungsstempel der verschiedenen Versicherungskategorien, einschliesslich der Lebensversicherungen, im bisherigen moderaten Rhythmus fortsetzen wird. Die Gesamteinnahmen dürften insgesamt nahe beim für 2013 erwarteten Wert zu liegen kommen.

14 Mehrwertsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013 absolut	%
Mehrwertsteuer	22 050	22 630	22 960	330	1,5
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	35,0	35,1	34,7		
Allgemeine Bundesmittel	16 985	17 430	17 690	260	1,5
Zweckgebundene Mittel	5 065	5 200	5 270	70	1,3
Krankenversicherung 5%	896	920	930	10	1,1
MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 288	2 340	2 380	40	1,7
Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	469	480	490	10	2,1
MWST-Zuschlag 0.4% für die IV	1 103	1 130	1 150	20	1,8
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	309	330	320	-10	-3,0

Der Mehrwertsteuer unterliegen Lieferungen von Gegenständen und Dienstleistungen, die ein Unternehmen im Inland gegen Entgelt erbringt (einschliesslich Eigenverbrauch), sowie die Einfuhr von Gegenständen und der Bezug von Dienstleistungen von Unternehmen mit Sitz im Ausland. Abrechnungspflichtig sind grundsätzlich selbständige Leistungserbringer, die einen Umsatz von jährlich mehr als 100 000 Franken aus steuerbaren Leistungen erzielen. Sie haben die Steuer auf dem Bruttoentgelt zu entrichten. Andererseits dürfen sie in ihrer Abrechnung die Steuer abziehen, die auf den von ihnen selber bezogenen Gegenständen und Dienstleistungen lastet (Vorsteuerabzug).

Nicht alle Leistungen werden gleich hoch besteuert. Für die meisten Lieferungen von Gegenständen und für nahezu alle Dienstleistungen gilt der Normalsatz von 8,0 Prozent. Waren des täglichen Bedarfs werden nur mit dem reduzierten Satz von 2,5 Prozent belastet. Beherbergungsleistungen unterliegen dem Sondersatz von 3,8 Prozent.

Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen wurde am 1.10.1996 eingeführt und bis zum 31.12.2001 befristet. Die Steuererleichterung für Beherbergungsleistungen war als vorübergehende Massnahme gedacht, um die Hotellerie in ihrer schwierigen Lage Mitte der Neunzigerjahre vorübergehend zu unterstützen. Seither hat die Bundesversammlung den MWST-Sondersatz insgesamt fünfmal verlängert. Letztmals hat sie am 21.6.2013 entschieden, den Sondersatz erneut um vier Jahre zu verlängern. Begründet wurde der Entscheid insbesondere mit der herrschenden Frankenstärke und den damit verbundenen

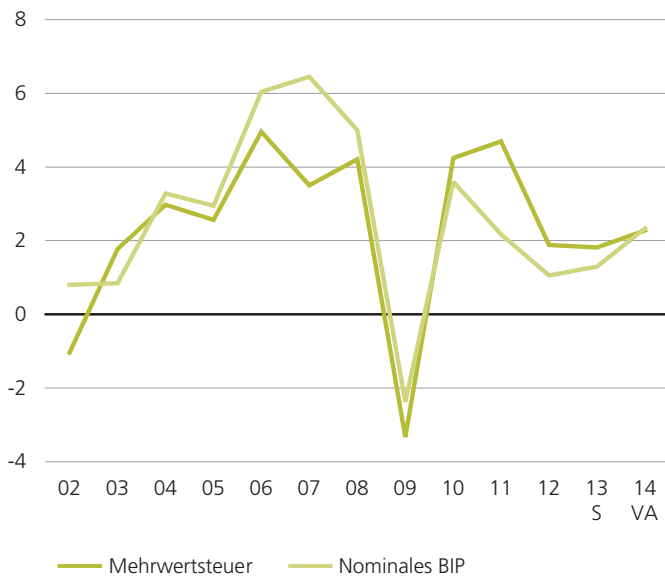
wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Tourismusbranche. Neu gilt der Sondersatz für Beherbergungsleistung bis am 31.12.2017. Dem Bund entgehen dadurch jährlich Mehrwertsteuereinnahmen im Umfang von rund 180 Millionen.

Eine Reihe von Leistungen sind von der Mehrwertsteuer ausgenommen, so namentlich in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung, Kultur, Geld- und Kapitalverkehr, Versicherungen, Vermietung von Wohnungen und Verkauf von Liegenschaften. Wer solche Leistungen erbringt, hat kein Anrecht auf Vorsteuerabzug. Es besteht aber die Möglichkeit, gewisse ausgenommene Leistungen zu versteuern (Option). In diesem Fall gilt das Anrecht auf Vorsteuerabzug.

Die Einnahmenschätzung für den Voranschlag 2014 stützt sich auf das prognostizierte Wachstum des nominellen BIP (2,3%) und die aktuelle Einnahmenschätzung für das laufende Jahr (22,5 Mrd.) ab. Letztere fällt im Vergleich zum Voranschlag 2013 um 180 Millionen tiefer aus, weil sich das nominelle BIP im laufenden Jahr gemäss den jüngsten Prognosen schwächer entwickelt als noch vor Jahresfrist erwartet. Korrigiert um diesen Basis-effekt entwickeln sich die Einnahmen der Mehrwertsteuer und das nominale BIP im Gleichschritt.

Bei den in der Tabelle aufgeführten Komponenten sind auch die Debitorenverluste enthalten. Insgesamt werden diese für 2014 auf 160 Millionen geschätzt. Aufwandseitig müssen zur Berechnung der jeweiligen Einnahmenanteile die Debitorenverluste anteilig abgezogen werden.

Entwicklung Mehrwertsteuer und nominales BIP in Prozent



Die Entwicklung der Mehrwertsteuer ist eng an das nominale BIP-Wachstum geknüpft (die Ausreisser in den Jahren 2011 und 2012 sind auf die Erhöhung der MWSt-Sätze zugunsten der IV zurückzuführen).

15 Mineralölsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013	
				absolut	%
Mineralölsteuern	5 033	4 985	4 980	-5	-0,1
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	8,0	7,7	7,5		
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	3 005	2 980	2 975	-5	-0,2
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 007	1 985	1 985	0	0,0
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und Übrige	20	20	20	0	0,0

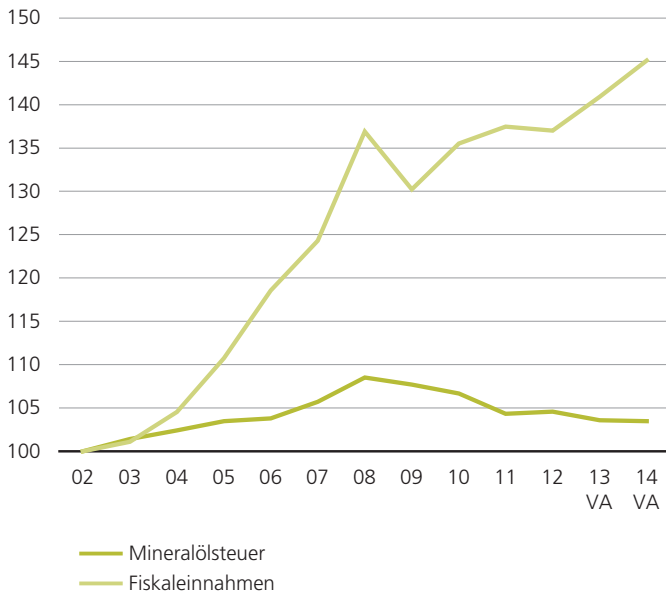
Für das Budgetjahr resultiert ein leichter Rückgang der Einnahmen gegenüber dem Vorjahr. Aufgrund des unterstellten Wirtschaftswachstums wird zwar mit einem moderaten Zuwachs der Mineralölsteuereinnahmen von 1 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2013 gerechnet. Jedoch dürften die Mindereinnahmen, welche sich durch die CO₂-Emissionsvorschriften für Personenwagen ergeben (gemäss Ziel von durchschnittlich 130 g CO₂/km für Neuwagen in 2015), im Budgetjahr um 50 Millionen steigen und rund 150 Millionen erreichen.

Für die Entwicklung der wichtigsten Einflussfaktoren (Fahrzeugbestand, Fahrleistung, Verbrauch und Tanktourismus) – nebst der Wirtschaftsentwicklung – wird im Budgetjahr 2014 von folgenden Annahmen ausgegangen:

- 2012 waren 5,6 Millionen Strassenmotorfahrzeuge in der Schweiz immatrikuliert. Der Bestand hat dabei um 2,3 Prozent zugenommen. 2012 wurde mit insgesamt 431 000 verkauften Neuwagen zum zweiten Mal in Folge ein neuer Rekord erreicht. Der Voranschlag 2014 geht von einer weiteren Zunahme des Bestandes aus (integriert in die Basisannahme von 1% Wachstum für die Einnahmen aus der Mineralölsteuer, vor Berücksichtigung der Wirkung der Emissionsvorschriften).
- Mit dem Fahrzeugbestand nimmt generell auch die Anzahl der zurückgelegten Kilometer zu. Der Durchschnitt pro Fahrzeug war bei den Personenwagen allerdings in den vergangenen Jahren leicht rückläufig. Auch in dieser Hinsicht wird mit einer fortgesetzten Entwicklung gerechnet.
- Der durchschnittliche Verbrauch neuer Fahrzeuge ist meist geringer als derjenige der alten Fahrzeuge derselben Kategorie. Über den ganzen Fahrzeugpark gesehen, sinkt der durchschnittliche Treibstoffverbrauch seit längerem. Der Verbrauch der eingelösten neuen Personenwagen betrug im Jahr 2012 noch 6,21 l/100 km, was CO₂-Emissionen von durchschnittlich 151 g/km entspricht (Vorjahr: 155 g/km). In den kommenden Jahren wird der Einfluss des sinkenden durchschnittlichen Verbrauchs auf die Einnahmen aus der Mineralölsteuer zunehmen; denn gemäss CO₂-Gesetz sind die CO₂-Emissionen der neu immatrikulierten Personenwagen bis 2015 auf 130 g/km zu senken. Eine Fortsetzung des bisherigen Trends wird daher auch für den Voranschlag 2014 unterstellt.
- Die Entwicklung des Tanktourismus ist sehr schwierig zu schätzen. Im Rechnungsjahr 2012 haben die Einnahmen insgesamt um 0,3 Prozent zugenommen. Dies lässt darauf schliessen, dass der Tanktourismus die Einnahmenentwicklung nicht wesentlich geprägt hat. Es wird insbesondere aufgrund der stabilen Wechselkursannahme erwartet, dass sich im Budgetjahr der Umfang des Tanktourismus nicht wesentlich verändern wird.

Mineralölsteuer und Fiskaleinnahmen

Indexiert; 2002=100



Die Entwicklung der Einnahmen der Mineralölsteuer ist sehr verhalten; seit dem Jahr 2008 ist sie gar rückläufig. Daher nimmt der Anteil der Mineralölsteuereinnahmen am Bundeshaushalt stetig ab.

Für das Jahr 2014 werden Ausgaben von 66,4 Milliarden budgetiert, gut 1,4 Milliarden mehr als im Vorjahr (+2,2 %). Wichtigste Wachstumstreiber sind die CO₂-Abgabe, die Beziehungen zum Ausland sowie die Bildung und Forschung. Die stark gebundenen Ausgaben in den Aufgabengebieten Soziale Wohlfahrt sowie Finanzen und Steuern nehmen vergleichsweise wenig zu.

Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

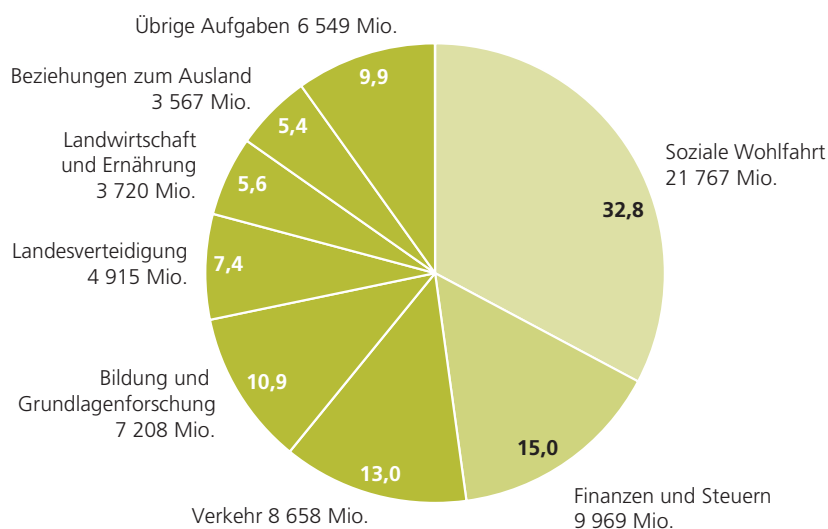
Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013	
				absolut	%
Ordentliche Ausgaben	61 736	64 929	66 353	1 425	2,2
Δ in % Vorjahr	-1,0	5,2	2,2		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 501	2 640	2 715	75	2,8
Ordnung und öffentliche Sicherheit	961	1 087	1 113	26	2,4
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 979	3 294	3 567	272	8,3
Landesverteidigung	4 428	4 808	4 915	108	2,2
Bildung und Forschung	6 664	6 972	7 208	236	3,4
Kultur und Freizeit	450	484	501	17	3,6
Gesundheit	212	229	232	2	0,9
Soziale Wohlfahrt	20 668	21 568	21 767	199	0,9
Verkehr	8 130	8 614	8 658	44	0,5
Umwelt und Raumordnung	1 107	1 033	1 303	270	26,1
Landwirtschaft und Ernährung	3 711	3 718	3 720	2	0,1
Wirtschaft	544	560	685	126	22,5
Finanzen und Steuern	9 380	9 921	9 969	47	0,5

Die Gesamtausgaben wachsen mit 2,2 Prozent langsamer als die Einnahmen (+2,7 %) und das nominale Bruttoinlandprodukt (+2,3 %). Das Wachstum verteilt sich über den gesamten Bundeshaushalt. Der wichtigste Sonderfaktor ist die CO₂-Abgabe, die per 2014 erhöht wird (Rückverteilung und Gebäudeprogramm, +361 Mio.); dies führt in den Aufgabengebieten Umwelt und Raumordnung (+26,1 %; Rückverteilung) und Wirtschaft (+22,5 %; Gebäudeprogramm) zu hohen Zuwachsraten. Weitere Wachstumsschwerpunkte sind die Beziehungen zum Ausland (+272 Mio.; Entwicklungszusammenarbeit und Erweiterungsbeitrag an die EU), Bildung und Forschung (+236 Mio., Wachstum im Rahmen der

BFI-Botschaft 2013–2016) und die Landesverteidigung (+108 Mio., Ausgabenplafond der Armee). Die Soziale Wohlfahrt weist in absoluten Zahlen ebenfalls ein namhaftes Wachstum auf (+199 Mio.); im langjährigen Vergleich fällt dieses mit +0,9% aber moderat aus. Bei den Finanzen und Steuern (+47 Mio.) vermag der neuerliche Rückgang der Schuldzinsen den Anstieg der Anteile Dritter an Bundeseinnahmen beinahe zu kompensieren. Die Ausgaben für den Verkehr nehmen gegenüber dem Vorjahr um 44 Millionen zu, jene für die sechs übrigen Aufgabengebiete unter Ausklammerung der CO₂-Abgabe um 155 Millionen. Der Mitteleinsatz für die Landwirtschaft bleibt praktisch konstant (+2 Mio.).

Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten 2014 in %

Ordentliche Ausgaben



Knapp die Hälfte der Ausgaben des Bundes entfällt auf die Aufgabengebiete Soziale Wohlfahrt und Finanzen und Steuern. Deren Anteil am Haushalt ist rückläufig (-0,7 %-Pkte), während sich jener der übrigen Aufgabengebiete (CO₂-Abgabe; +0,6 %-Pkte) und der Beziehungen zum Ausland (+0,3 %-Pkte) erhöht.

21 Soziale Wohlfahrt

Die budgetierten Ausgaben für die Soziale Wohlfahrt liegen 2014 um 0,9 Prozent über dem Voranschlag 2013. Dass die Zunahme vergleichsweise mässig ausfällt, ist insbesondere auf zwei Faktoren zurückzuführen: Erstens steht in der Altersversicherung keine Rentenerhöhung an, zweitens dürften die Ausgaben 2013 für die Invalidenversicherung und die Krankenversicherung überschätzt worden sein.

Soziale Wohlfahrt

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013 absolut	%
Soziale Wohlfahrt	20 668	21 568	21 767	199	0,9
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	33,5	33,2	32,8		
Altersversicherung	10 339	10 714	10 857	143	1,3
Invalidenversicherung	4 821	5 022	5 016	-7	-0,1
Krankenversicherung	2 186	2 271	2 286	15	0,7
Ergänzungsleistungen	1 366	1 441	1 446	5	0,3
Militärversicherung	213	224	217	-8	-3,4
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	456	464	499	35	7,6
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	80	110	105	-6	-5,2
Migration	1 145	1 252	1 277	25	2,0
Soziale Hilfe und Fürsorge	61	69	64	-4	-6,0

Bei den Ausgaben des Bundes für Soziale Wohlfahrt wird ein Wachstum von 0,9 Prozent budgetiert (2013: +2,7%). Dies entspricht einer Zunahme von 199 Millionen, wovon gut 70 Prozent auf die Altersversicherung entfallen. Der Anstieg verläuft im Jahr 2014 somit vergleichsweise moderat. Dies liegt zum einen daran, dass in der AHV im kommenden Jahr die Altersrenten unverändert bleiben. Zum anderen liegen die Ausgaben für die Invalidenversicherung leicht unter dem Wert im Voranschlag 2013, der jedoch aus heutiger Sicht zu hoch geschätzt wurde. Die stärkste Zunahme wird bei der Arbeitslosenversicherung (ALV) budgetiert. Bei der Militärversicherung, im Bereich Sozialer Wohnungsbau/Wohnbauförderung sowie in der Sozialen Hilfe und Fürsorge ist dagegen mit einem Rückgang zu rechnen.

Moderater Anstieg in der Altersversicherung

Die Bundesausgaben für die *Altersversicherung* setzen sich hauptsächlich aus drei Zahlungsströmen zusammen: (1) aus dem gesetzlichen Bundesbeitrag an die AHV im Umfang von 19,55 Prozent der AHV-Ausgaben, (2) aus dem Anteil der Versicherung am AHV-Mehrwertsteuerprozent sowie (3) aus den Erträgen der Spielbankenabgabe. Insgesamt steigen die budgetierten Ausgaben für die Altersversicherung um 143 Millionen bzw. um 1,3 Prozent:

- Der Bundesbeitrag an die AHV erhöht sich um 146 Millionen (1,85%). Dieser Anstieg entsteht allein durch die Zunahme der Anzahl Rentnerinnen und Rentner. Die Rentenhöhe bleibt dagegen konstant; eine Anpassung der AHV-Renten an die Lohn- und Preisentwicklung ist in Folge des zweijährigen Anpassungsrythmus erst wieder 2015 fällig.

- Der Anteil der Versicherung am Mehrwertsteuerprozent zu Gunsten der AHV erhöht sich entsprechend dem Wachstum der Mehrwertsteuererträge um 41 Millionen (+1,8%).
- Bei der Spielbankenabgabe ist das Jahr 2012 massgebend. Damals betragen die Einnahmen 329,4 Millionen. Diese werden 2014 zweckgebunden für die Finanzierung der AHV verwendet (-46,7 Mio. im Vergleich zu 2013).

Systemwechsel in der Invalidenversicherung

Auch die Bundesausgaben für die *Invalidenversicherung* bestehen aus mehreren Zahlungsströmen, nämlich dem Bundesbeitrag an die IV sowie zwei weiteren Beiträgen im Rahmen der bis 2017 befristeten IV-Zusatzfinanzierung: Erstens erhält die IV den Ertrag aus dem Mehrwertsteuerzuschlag von 0,4 Prozentpunkten. Zweitens übernimmt der Bund während der IV-Zusatzfinanzierung die Zinskosten der IV für ihre Schuld beim AHV-Ausgleichsfonds. Der Zins beträgt 2 Prozent.

- Der Bundesbeitrag an die IV wird 2014 erstmals gemäss dem neuen Finanzierungssystem, das im Rahmen der IV-Revision 6a beschlossen wurde, ausgerichtet. Bisher zahlte der Bund einen Beitrag von 37,7 Prozent der jährlichen IV-Ausgaben. Neu wird der Bundesbeitrag an die Entwicklung der Mehrwertsteuererträge gekoppelt und ist somit unabhängig von den effektiven Ausgaben der Versicherung (vgl. Band 1, Ziff. 62/17). Für 2014 liegt der budgetierte Bundesbeitrag an die IV bei 3639 Millionen, 18 Millionen tiefer als im Voranschlag 2013. Aufgrund des Rechnungsabschlusses von 2012 wurde die Prognose für den Bundesbeitrag 2013 in der Zwischenzeit jedoch nach unten revidiert (3571 Mio.). Im Vergleich damit ergibt sich 2014 ein Plus von 1,9 Prozent.

- Der befristete Mehrwertsteuerzuschlag erhöht sich im Einklang mit den gesamten Mehrwertsteuererträgen gegenüber dem Voranschlag 2013 um 20 Millionen (+1,8%).
- Der Sonderbeitrag an die IV-Zinsen reduziert sich um 9 Millionen. Diese Reduktion ist die Folge davon, dass sich die IV-Schulden 2013 um 592 Millionen auf voraussichtlich 14,35 Milliarden verringern (über den Sonderbeitrag vergütet der Bund der IV 62,3 % ihrer Zinszahlungen; der Rest ist im Bundesbeitrag enthalten).

Bei den *Ergänzungsleistungen* (EL) zur AHV und zur IV zahlt der Bund Beiträge an die Kantone. Er übernimmt 5/8 der jährlichen EL, die der Existenzsicherung dienen. Die Kantone übernehmen die restlichen 3/8 sowie zusätzlich die Krankheits- und Behindernungskosten und die Zusatzkosten von EL-Bezüglern im Heim (bei den zu Hause lebenden Personen gilt die gesamte jährliche EL als Existenzsicherung; bei den Personen im Heim macht die Existenzsicherung nur einen Teil der jährlichen EL aus). Weiter richtet der Bund den Kantonen eine Abgeltung für die EL-Verwaltungskosten aus. Umfangmässig machen die EL zur AHV und zur IV je etwa die Hälfte der Bundesausgaben in diesem Bereich aus. Im Voranschlagsjahr ergibt sich bei den EL zur AHV im Einklang mit der Zunahme der Anzahl Rentnerinnen und Rentner ein Anstieg der Ausgaben um 1,8 Prozent. Bei den EL zur IV schlägt sich die rückläufige Zahl der Neuberentungen in einem Rückgang der Ausgaben für EL um 1,1 Prozent nieder.

Die zweckgebundenen Einnahmen aus der Alkohol- und Tabaksteuer, die für die Finanzierung der Bundesbeiträge an die AHV, IV und EL reserviert sind, werden 2013 auf 2631 Millionen veranschlagt. Der Bundesanteil von 17 Prozent an den Einnahmen aus dem Mehrwertsteuerprozent, welches für die Deckung der demografiebedingten Mehrkosten der AHV seit 1999 erhoben wird, beträgt 487 Millionen (nach Abzug der Debitorenverluste). Mit diesen Einnahmen konnten 23,4 Prozent der Bundesbeiträge an die AHV, IV und EL (einschliesslich Sonderbeitrag an die IV-Zinsen) gedeckt werden. Dies ist etwas mehr als im Voranschlag 2013 (23,0%).

Defizitäre Spezialfinanzierungen

Die Ausgaben des Bundes in der *Krankenversicherung* fallen zum grössten Teil im Bereich der individuellen Prämienverbilligung an. Der Bundesbeitrag beträgt nach Artikel 66 des Krankenversicherungsgesetzes (SR 832.10) 7,5 Prozent der Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP). Die Ausgaben des Bundes für die Prämienverbilligung nehmen im Voranschlag 2014 um rund 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahresbudget zu. Der Voranschlagswert für 2013 liegt allerdings deutlich über dem effektiven Bundesbeitrag für das laufende Jahr. Das entsprechend bereinigte Wachstum der Ausgaben für die Prämienverbilligung beträgt im Budget 2014 rund 3,2 Prozent. In diesem Schätzwert berücksichtigt sind der mutmassliche Anstieg der Durchschnittsprämie, die Zunahme der Versichertenzahl und die Wirkungen der beschlossenen Sparmassnahmen in der OKP, insbesondere im Bereiche der Medikamente. Die Aufteilung des Bundesbeitrags auf die Kantone richtet sich nach deren

Anteil an der Wohnbevölkerung. Die Kantone stocken den Bundesbeitrag nach Bedarf auf, um dem gesetzlichen Auftrag nachkommen zu können. Die Aufwendungen des Bundes für die Prämienverbilligung werden zum Teil zweckfinanziert. Zugunsten unterer Einkommensschichten werden 5 Prozent des Ertrags aus der Mehrwertsteuer (ohne AHV-/IV- und FinöV-Anteil) verwendet, was für 2014 einen budgetierten Betrag von 930 Millionen (nach Abzug der Debitorenverluste) ergibt. Zudem tragen im Voranschlag 2014 die Einnahmen, welche für die ungedeckten Kosten des Strassenverkehrs verwendet werden, 140 Millionen zur Finanzierung der individuellen Prämienverbilligung bei. Die zweckgebundenen Mittel decken damit insgesamt nicht ganz die Hälfte der Ausgaben des Bundes für die Prämienverbilligung.

Gegenläufige Entwicklungen bei Arbeitslosenversicherung, Militärversicherung und Sozialem Wohnungsbau

Die Ausgaben des Bundes für die *Militärversicherung* nehmen im Voranschlag 2014 um gegen 8 Millionen oder rund 3,4 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2013 ab. Während die geschätzten Ausgaben für Renten und Abfindungen das Vorjahresbudget um fast 5 Millionen unterschreiten, nehmen die Behandlungskosten und Barleistungen gegenüber dem Budget 2013 um je rund 1,5 Millionen ab.

Im Bereich *Arbeitslosenversicherung/Arbeitsvermittlung* wachsen die Ausgaben um 35,4 Millionen (+7,6 %). Die Entwicklung in diesem Bereich erklärt sich im Wesentlichen durch zwei Faktoren. Erstens durch die Zunahme des Bundesbeitrags an die Arbeitslosenversicherung gegenüber dem Vorjahr um 16,2 Millionen. Grund für diese Steigerung ist das erwartete Wachstum der beitragspflichtigen Lohnsumme. Zweitens ist im Bereich *Arbeitsvermittlung* eine Zunahme um 19,1 Millionen zu verzeichnen, die auf die Kostensteigerungen für die *Informatikanwendungen PLAS-TA-Umgebung*, *ALV* zurückzuführen sind. Bei dieser Entwicklung handelt es nicht um eine eigentliche Kostensteigerung, sondern um eine Umwandlung von Leistungsverrechnungen (LV) in finanzierungswirksame Mittel (fw). Diese Umwandlung zieht eine Erhöhung nach sich, weil einzig die finanzierungswirksamen Mittel in dieser Tabelle aufgeführt werden. Demgegenüber nehmen die finanzierungswirksamen Ausgaben im Bereich Informatik (Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen) entsprechend ab.

Die Aufwendungen des Bundes für den *sozialen Wohnungsbau* und die Wohnbauförderung nehmen im Vergleich zum Voranschlag 2014 um rund 5,7 Millionen oder 5,2 Prozent ab. Diese Entwicklung ist vor allem auf die tiefer geschätzten Ausgaben für Verluste aus Garantieverpflichtungen und für Zusatzverbilligungen von Mietzinsen zurückzuführen.

Anhaltend hohe Ausgaben für die Migration

Im Bereich *Migration* steigen die Ausgaben im Voranschlag 2014 gegenüber dem Vorjahr um 25 Millionen oder 2 Prozent. Mehrausgaben im zweistelligen Millionenbereich fallen insbesondere bei den Empfang- und Verfahrenszentren (EVZ) an. Dies, weil der Bund die Unterbringungskapazitäten erhöht, um die weiterhin

hohe Zahl neuer Asylgesuche bewältigen zu können. Auch der Testbetrieb im Hinblick auf die Neustrukturierung des Asylbereichs wird ab 2014 einen Mehraufwand bei den EVZ zur Folge haben. Zusätzliche Mittel sind überdies eingestellt im Personalbereich als Folge der hohen Zahl der Asylgesuche und dem angestrebten Pendenzenabbau sowie bei der Integrationsförderung. Demgegenüber werden weniger Mittel an die Kantone ausgerichtet: Wegen der tieferen Anzahl und der höheren Erwerbsquote bei den Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen werden

weniger Globalpauschalen ausbezahlt werden müssen. Dabei ist der Rückgang bei den Asyl Suchenden und den vorläufig Aufgenommenen stärker als der entsprechende Anstieg der Anzahl anerkannter Flüchtlinge. Weiter sinken die eingestellten Mittel bei der internationalen Zusammenarbeit im Migrationsbereich, da die Verhandlungen über den Fonds ISF-Grenze (Nachfolgefonds des EU-Aussengrenzenfonds) noch nicht abgeschlossen sind und entsprechend 2014 keine Beitragszahlungen anfallen werden.

22 Finanzen und Steuern

Auf diesen Aufgabenbereich entfallen 15,0 Prozent der ordentlichen Gesamtausgaben, was gegenüber dem Vorjahresanteil (15,3 %) einem leichten Rückgang entspricht. Gegenüber 2013 wachsen sie als Ergebnis gegenläufiger Entwicklungen leicht (+0,5 %), jedoch deutlich weniger stark als der Durchschnitt aller Ausgaben (+2,2 %).

Finanzen und Steuern

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013	
				absolut	%
Finanzen und Steuern	9 380	9 921	9 969	47	0,5
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	15,2	15,3	15,0		
Anteile an Bundeseinnahmen	4 375	4 456	4 611	156	3,5
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	1 904	2 288	2 172	-116	-5,1
Finanzausgleich	3 102	3 178	3 185	7	0,2

Anstieg der Anteile an den Bundeseinnahmen dank Mehreinnahmen bei der direkten Bundessteuer

Der Anstieg der Anteile an den Bundeseinnahmen gegenüber dem Vorjahr (+156 Mio. oder +3,5 %) beruht hauptsächlich auf den Mehreinnahmen aus der direkten Bundessteuer (DBSt) (+190 Mio. oder +5,8 %). Etwas gedämpft wird der Anstieg der Anteile an den Bundeseinnahmen jedoch durch den Rückgang der Kantonsanteile an den Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA), die gegenüber dem Vorjahr aufgrund eines Basiseffekts und einer Änderung in der Struktur und im Volumen des Fahrzeugbestands (vgl. Band 1, Ziff. 31) einen Rückgang um 27 Millionen (-5,3 %) verzeichnen.

Rückgang der Passivzinsen auch dank Verringerung des Anleihenvolumens

Der Rückgang der Ausgaben für die Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung gegenüber dem Vorjahr (-116 Mio. oder 5,1 %) beruht auf den Passivzinsen, die diesen Posten dominieren. Für einmal können die geringeren Passivzinsen nicht nur auf die rückläufige Zinssatzentwicklung zurückgeführt werden, da die Zinssätze sich praktisch auf ihren historisch tiefen Niveau eingependelt haben. Der Rückgang erklärt sich auch mit der Verringerung des Anleihen- und des Emissionsvolumens. Aufgrund der Verringerung der finanziellen Grundlast (vor allem infolge Rückerstattung von Obligationen im Umfang von 6,9 Mio. im Jahre 2013) verzeichnet die Zinslast auf Anleihen einen Rückgang um 149,5 Millionen (-6,2 %). Hinzu kommt die – allerdings weniger starke – Abnahme der Ausgaben für Zinsswaps (-14 Mio.) gemäss Strategie (Nettoposition an Payerswaps), die im Hinblick auf den erwarteten Zinsanstieg verfolgt wird. Umgekehrt fallen die Agios – die in den Zinskosten auf den Anleihen als Ausgabenminderung berücksichtigt werden – infolge der für 2014 erwarteten Abnahme des Emissionsvolumens geringer aus als im

Vorjahr. Sie steuern damit das Ihre zur Verkleinerung (+50 Mio.) des Vorsprungs bei, der durch den Rückgang des Anleihenvolumens gewonnen werden konnte. Die Ausgaben für Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie verharren auf einem tiefem Niveau, das infolge der Aufhebung der Emissionsabgaben auf Anleihen und Geldmarktbuchforderungen nach dem Inkrafttreten des revidierten Bankengesetzes («Too big to fail»-Bestimmungen) bereits stark gesunken war.

Leichter Anstieg der Ausgleichszahlungen an die Kantone

2014 ist das dritte Jahr der zweiten Vierjahresperiode des neuen Finanzausgleichs (NFA). Die Transferzahlungen des Bundes im Rahmen der verschiedenen Gefässe des Finanzausgleichs belaufen sich auf insgesamt 3185 Millionen. Sie sind gegenüber 2013 um 7,5 Millionen (+0,2%) gestiegen. Der Beitrag des Bundes an den vertikalen Ressourcenausgleich (2220 Mio.) wächst leicht (+11,9 Mio. oder +0,5 %). Ohne die Berichtigung der Zahlen für 2012 (2013 vorgenommen), bedingt durch die Fehlerkorrektur des Faktors Alpha im Zeitraum 2012 –2015, beläuft sich diese Zunahme auf 23,5 Millionen (+1,1%). Aufgrund dieser Korrektur hatte sich das Volumen der Ausgleichszahlungen per Saldo um 11,7 Millionen erhöht. Der Beitrag des Bundes an den Lastenausgleich beträgt 726 Millionen (je 363 Millionen für den geografisch-topografischen und den soziodemografischen Lastenausgleich). Betragsmässig sinkt er damit um insgesamt 4 Millionen. Dieser Rückgang ist in der Anpassung des Vorjahreswertes an die Teuerung begründet (von April 2012 bis April 2013: -0,6%). Der für 2014 eingestellte Beitrag für den Härteausgleich (240 Mio.) ist derselbe wie für 2013, weil 2014 kein einziger ressourcen-schwacher Kanton, der Härteausgleichszahlungen bezieht, zur Kategorie der ressourcenstarken Kantone wechselt.

Zweckgebundenheit der Ausgaben «Finanzen und Steuern»

Der Aufgabenbereich «Finanzen und Steuern» weist das zweitgrösste Finanzvolumen auf. Er zeichnet sich dadurch aus, dass er von den finanzpolitischen Prioritäten ausgenommen ist (die Anteile an den Bundeseinnahmen beispielsweise sind in der Verfassung geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab) und dass er durch zahlreiche äussere Faktoren (Finanzmärkte, Zinssätze, Finanzierungsbedarf, Strategie der Bundestresorerie) beeinflusst wird.

17 Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer (DBSt) und 10 Prozent der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer entfallen auf die Anteile an den Bundeseinnahmen. Ausserdem umfassen sie fast ein Drittel der Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) sowie 20 Prozent des Ertrags aus dem Wehrpflichtersatz. Schliesslich berücksichtigen sie die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer und die übrigen Debitorenverluste (Zoll, LSVA).

Die Ausgaben für die Geldbeschaffung sowie die Vermögens- und Schuldenverwaltung berücksichtigen im Wesentlichen die Passivzinsen (Zinslast auf kurz- und langfristigen Anleihen, auf Depotkonten, usw.) sowie die Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie.

Der 2008 in Kraft getretene neue Finanzausgleich (NFA) besteht aus drei Elementen, von denen zwei, nämlich der Ressourcen- und der Lastenausgleich (geografisch-topografischer und soziodemographischer Lastenausgleich) die wichtigeren darstellen. Dank dem dritten Element, dem Härteausgleich, lassen sich beim Übergang vom alten zum neuen Finanzausgleichsystem Härtefälle zwischen den Kantonen vermeiden; der Härteausgleich bleibt längstens bis 2036 in Kraft. Die Mittelzuweisung für den Härteausgleich bleibt bis 2015 fix, anschliessend verringert sie sich jährlich um 5 Prozent. Der Beitrag des Bundes an die Instrumente des Finanzausgleichs wird jährlich an die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation angepasst. Die Anpassungen für das Jahr 2014 erfolgen aufgrund der Entwicklungen des Ressourcenpotenzials für den Ressourcenausgleich bzw. der Teuerung für den Lastenausgleich.

23 Verkehr

Die Bundesausgaben im Verkehrsbereich wachsen im Voranschlagsjahr mit 0,5 Prozent insgesamt deutlich schwächer als der Gesamthaushalt. Die Entwicklung ist uneinheitlich: Während die aus dem Bundeshaushalt gedeckten Ausgaben für den Strassenverkehr ansteigen, sind beim öffentlichen Verkehr und bei der Luftfahrt Rückgänge zu verzeichnen.

Verkehr

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Differenz zu VA 2013	
	2012	2013	2014	absolut	%
Verkehr	8 130	8 614	8 658	44	0,5
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	13,2	13,3	13,0		
Strassenverkehr	2 841	3 001	3 164	163	5,4
Öffentlicher Verkehr	5 129	5 420	5 305	-115	-2,1
Luftfahrt	160	193	189	-4	-2,3

Strassenverkehr

Die im Bundeshaushalt geplanten Ausgaben für den Strassenverkehr nehmen insgesamt um 163 Millionen bzw. 5,4 Prozent zu:

- Für den Voranschlag (und den Finanzplan) wird davon ausgegangen, dass der Bund per 1.1.2014 im Rahmen des geänderten Netzbeschlusses Nationalstrassen (NEB) rund 400 km bisherige Kantons- und Gemeindestrassen übernimmt. Dies führt zu einer Mehrbelastung von insgesamt 89 Millionen, wobei Mehrausgaben von 115 Millionen für Betrieb und Unterhalt des zusätzlichen Netzes eine Entlastung von 26 Millionen bei den Beiträgen des Bundes an Hauptstrassen der Kantone gegenüber steht (Teilkompensation Mehrkosten Bund).
- Der restliche Anstieg bei den Nationalstrassen beträgt 117 Millionen. Er kommt im Wesentlichen aufgrund eines höheren Anteils an der jährlichen Einlage in den Infrastrukturfonds zustande (vgl. dazu auch die Gesamtsicht «Bundeshaushalt und Infrastrukturfonds» auf der folgenden Seite).
- Die Bundesbeiträge an die übrigen Strassen verzeichnen demgegenüber einen Rückgang von 48 auf 174 Millionen. Dieser ist darauf zurückzuführen, dass im Vergleich zum Vorjahr aus dem Infrastrukturfonds weniger Mittel für den Agglomerationsverkehr und damit auch für Strassenprojekte benötigt werden. Ursache sind einerseits die auslaufenden dringlichen Vorhaben, andererseits Verzögerungen bei der Inangriffnahme neuer Projekte.

NEB an Erhöhung der Nationalstrassenabgabe gekoppelt

Die Erhöhung der Nationalstrassenabgabe soll zu einem späteren Zeitpunkt (voraussichtlich 2016) die Mehrkosten ausgleichen, welche dem Bund durch den Netzbeschluss entstehen. Sollte diese Erhöhung in der Volksabstimmung vom 24.11.2013 abgelehnt werden, würde NEB aufgrund einer Koppelung der Vorlagen nicht in Kraft gesetzt. Dadurch würden die Mehrkosten entfallen, mit einer entsprechenden Entlastung des Haushalts im Jahr 2014.

Der zweckgebundene Fonds «Spezialfinanzierung Strassenverkehr» (vgl. Tabelle B 43 im vorliegenden Band) verzeichnet einen negativen Saldo von 426 Millionen. Die Lücke zwischen den stagnierenden Einnahmen aus den Mineralölsteuern und den steigenden Ausgaben vergrössert sich zunehmend. Per Ende 2014 wird ein Stand von noch 1299 Millionen erwartet.

Öffentlicher Verkehr

Für den *öffentlichen Verkehr* werden im Vergleich zum Vorjahr 115 Millionen weniger aufgewendet (-2,1 %):

- Die Einlage in den FinöV-Fonds sinkt um 105 Millionen bzw. 6,7 %. Dies liegt beinahe alleine an einer tieferen Einlage aus der LSVA, weil mit einem niedrigeren Reinertrag der Abgabe gerechnet wird und mehr LSVA-Mittel im ordentlichen Bundeshaushalt zurückbehalten werden als im Vorjahr (140 Mio. statt 90 Mio.). Diese Mittel werden – wie es die Verfassung vorsieht (Art. 85 Abs. 2 BV) – zur Deckung der vom Strassenverkehr verursachten (externen) Kosten und dabei zur Prämienverbilligung der Krankenkassen verwendet. Mindereinnahmen aus dem Mehrwertsteuer-Promille resultieren aus einer Neuberechnung des FinöV-Anteils an den gesamten Mehrwertsteuereinnahmen (basierend auf einer Neuschätzung der Anteile der MWST-Aggregate, dies im Zusammenhang mit der linearen Satzerhöhung). Demgegenüber steht ein ausgaben-seitig bedingter Anstieg der Mineralölsteuereinnahmen in ähnlicher Höhe (höherer Mittelbedarf zur vorgesehenen Deckung von 25 % der Bauaufwendungen der NEAT-Basislinien).
- Die Ausgaben zur Förderung des Schienengüterverkehrs gehen um rund 35 Millionen zurück (-11,3 %). Zur Erhöhung der Budgetgenauigkeit werden die Investitionsbeiträge an den Bau von Terminals rund 20 Millionen tiefer budgetiert. Zudem wird bei der Abgeltung des alpenquerenden kombinierten Verkehrs der Abbaupfad fortgesetzt (-10 Mio.; vgl. Band 2B, Kredit 802/A2310.0214).

- Einen Rückgang um knapp 70 Millionen (-19,4 %) verzeichnet ferner jener Anteil an der jährlichen Einlage in den Infrastrukturfonds, der dem öffentlichen Verkehr zuzurechnen ist. Dieser Rückgang erklärt sich mit dem Auslaufen der Förderung dringlicher Agglomerationsprojekte.
- Mehraufwendungen von 68 Millionen (+3,1 %) resultieren demgegenüber für den Betrieb und den Substanzerhalt der Bahninfrastruktur. Dieses Wachstum erklärt sich hauptsächlich mit zusätzlichen Anstrengungen zur Beseitigung des Nachholbedarfs beim Unterhalt der Schieneninfrastruktur der SBB (+75 Mio.). Wegen höherer Trassenpreiserlöse sinken indes die Abgeltungen für den Infrastrukturbetrieb der SBB (-11 Mio.).
- Das Wachstum im Regionalen Personenverkehr von 30 Millionen (+3,4 %) ist auf allgemeine Preis- und Kostensteigerungen (+13 Mio.) sowie auf Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen beim Rollmaterial zurückzuführen. Finanziert werden die erhöhten Folgekosten von Investitionen (u.a. Abschreibungen, Zinsen, Unterhalt) durch Umpriorisierungen im übrigen Bereich des öffentlichen Verkehrs (Investitionsbeiträge Bahninfrastruktur und Behindertengleichstellung).

Luftfahrt

Die Ausgaben für die *Luftfahrt* sinken gegenüber dem Vorjahr um 4 Millionen (-2,3 %):

- Hauptgrund sind die um gut 6 Millionen tiefer budgetierten Ausgaben für nicht hoheitliche Sicherheitsmassnahmen, welche aus der Spezialfinanzierung Luftverkehr finanziert werden. Die Reduktion erfolgt mit Blick auf den absehbaren Bedarf und dient der Erhöhung der Budgetgenauigkeit.
- Teilweise kompensiert wird diese Entwicklung durch den Anstieg der Abgeltung an Skyguide zur Deckung der Ertragsausfälle aus der Luftraumüberwachung im grenznahen Ausland. Diese wurde für die Jahre 2014–2016 neu festgelegt. Weil sich die Situation für Skyguide nicht verbessert hat, sondern die ungedeckten Kosten weiter angestiegen sind, wird die Abgeltung leicht erhöht.

Bundeshaushalt und Infrastrukturfonds

Nebst direkten Ausgaben im Aufgabengebiet Verkehr (bspw. für Ausbau und Unterhalt) tätigt der Bund auch Verkehrsinvestitionen über den separaten Infrastrukturfonds (vgl. Band 4, Sonderrechnung Infrastrukturfonds). Diese indirekten Ausgaben finanziert er mit jährlichen Einlagen in den Fonds, die in der Aufgabensicht des Bundeshaushaltes enthalten sind. Über den Infrastrukturfonds (IF) investiert der Bund zudem aus der 2008 erfolgten ausserordentlichen Einlage (2200 Mio.) sowie aus der weiteren ausserordentlichen Einlage 2011 (850 Mio.) zusätzliche Mittel in Nationalstrassen und leistet Beiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen. Diese Mittel sind in der Aufgabensicht nicht enthalten.

Im Bundeshaushalt steigen die Ausgaben des Strassenverkehrs gegenüber dem Vorjahr um 163 Millionen resp. 5,4 Prozent (Ausgaben im Bundeshaushalt inkl. der dem Strassenverkehr zurechenbaren jährlichen Einlage in den IF). Die aus den beiden ausserordentlichen Einlagen des IF zugunsten der Strasse finanzierten Ausgaben sinken demgegenüber um 213 Millionen. Daraus ergibt sich in einer Gesamtsicht ein Ausgabenrückgang von 50 Millionen (-1,4 %). Die aus den a.o. Einlagen des IF mitfinanzierten Ausgaben haben daran folgenden Anteil:

- Nationalstrassen: Die Gesamtausgaben des Bundes für die Nationalstrassen von 2651 Millionen setzen sich aus den Ausgaben des Bundeshaushaltes von 2445 Millionen (inkl. zurechenbare jährliche Einlage in den IF von 579 Mio.) sowie aus Ausgaben von 206 Millionen zusammen, welche der IF aus den a.o. Einlagen zugunsten der Netzfertigstellung und für die Engpassbeseitigung aufwendet. Gegenüber dem Vorjahr nehmen sie um 19 Millionen zu.
- Hauptstrassen: Die Gesamtausgaben des Bundes für die Hauptstrassen von 187 Millionen ergeben sich aus den Ausgaben des Bundeshaushaltes von 147 Millionen (inkl. zurechenbare jährliche Einlage von 20 Mio.) und Mitteln in der Höhe von 20 Millionen, welche der IF aus den a.o. Einlagen für Pauschalbeiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen leistet. Die Gesamtausgaben für Hauptstrassen liegen damit um rund 21 Millionen unter denjenigen des Vorjahres. Dieser Rückgang ist auf die Beteiligung der Kantone an den Mehrkosten des Bundes aus NEB zurückzuführen.

Der restliche Ausgabenrückgang von 48 Millionen bei den aus dem Infrastrukturfonds finanzierten Ausgaben stammt aus den Bundesbeiträgen an die übrigen Strassen.

24 Bildung und Forschung

Das Wachstum von 3,4 Prozent dieses Aufgabenbereichs unterstützt die Ziele der BFI-Botschaft (Bildung, Forschung und Innovation) 2013–2016 (+192 Mio.) im Aktionsplan über die Energieforschung (+47 Mio.). Damit wird die Beteiligung der Schweiz am Europäischen Navigationssatellitensystem Galileo/GNSS ab 2014 sichergestellt (+59 Mio.).

Bildung und Forschung

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013 absolut	%
Bildung und Forschung	6 664	6 972	7 208	236	3,4
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	10,8	10,7	10,9		
Berufsbildung	844	884	891	8	0,9
Hochschulen	1 923	2 016	2 082	66	3,3
Grundlagenforschung	2 536	2 627	2 698	70	2,7
Angewandte Forschung	1 334	1 413	1 504	92	6,5
Übriges Bildungswesen	28	32	32	1	1,9

Überdurchschnittliche Wachstumsrate

Der Aufgabenbereich Bildung und Forschung weist gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 236 Millionen (+3,4 %) auf. Davon werden zusätzlich 74 Millionen für Bildung und 162 Millionen für Forschung ausgegeben. Insgesamt sind für die Bildung 3006 Millionen budgetiert, für die Forschung 4202 Millionen. Die in den Voranschlag eingestellten Kredite tragen den Erhöhungen Rechnung, die vom Parlament im Rahmen seiner Beratungen über die BFI-Botschaft 2013–2016 und den Aktionsplan über die Energieforschung beschlossen wurden (Glättung der Wachstumsraten der Hochschulen bzw. Erhöhung der Mittel für den ETH-Bereich).

Ausgabenniveau für die Berufsbildung gehalten

Die Beiträge an die Berufsbildung verharren in etwa auf dem Vorjahresniveau (891 Mio.). Damit kann der Bund seinen Anteil auf dem Niveau stabilisieren, das 2012 erreicht wurde und das die gesetzliche Richtgrösse für die Bundesbeteiligung darstellt (ein Viertel der Aufwendungen der öffentlichen Hand in diesem Bereich).

Anhaltendes Wachstum für die Hochschulen

Die Hochschulen weisen ein Wachstum von 3,3 Prozent auf (+66 Mio.). Dabei steigen die Beiträge an die Bundeshochschulen um 2,2 Prozent (+16 Mio.). In diesen Beiträgen sind in erster Linie die dem Teilaufgabengebiet «Bildung» zugeordneten Mittel an den ETH-Bereich enthalten (695 Mio. bzw. 26,2 % der gesamten Beiträge an den ETH-Bereich). Das Wachstum ist weniger ausgeprägt als im Vorjahr (+2,9 %), da die Schätzung der nicht finanzwirksamen Beiträge an die Raummieten des ETH-Bereichs und des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung (EHB) nach unten korrigiert wurde (-12 %). Der Anteil des EHB an den Ausgaben für Bundeshochschulen macht rund 5 Prozent (39 Mio.) aus. Die Bundesbeiträge an die kantonalen Universitäten

(804 Mio.) werden um 28 Millionen (+3,6%) angehoben, namentlich zu Gunsten der Grundbeiträge. Ihr Wachstum sollte dasjenige der kantonalen Ausgaben in diesem Bereich im Zeitraum 2013–2016 erreichen oder es sogar übertreffen. Die Beiträge an die Fachhochschulen (541 Mio.) weisen mit 4,3 Prozent (+22 Mio.) von allen Hochschulen das grösste Wachstum auf.

Starkes Wachstum für die angewandte Forschung

Bei den Forschungsausgaben wird zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung unterschieden. Die Ausgaben für die Grundlagenforschung nehmen gegenüber dem Vorjahr um 70 Millionen (+2,7 %) zu. Die Ausgaben für die angewandte Forschung nehmen um 6,5 Prozent (+92 Mio.) zu; diese Wachstumsrate ist viel höher, insbesondere wegen den ab 2014 veranschlagten Mitteln für die Teilnahme der Schweiz am Europäischen Navigationssatellitensystem Galileo/GNSS (+59 Mio.).

Das Aufgabengebiet und die BFI-Botschaft

Das Aufgabengebiet Bildung und Forschung beinhaltet zusätzlich zu den mit der BFI-Botschaft beantragten Krediten weitere Ausgaben. So werden namentlich Pflichtbeiträge an internationale Organisationen (96 Mio.), die Mietaufwendungen von Institutionen des Bundes (306 Mio.) sowie die Kredite für die Ressortforschung und den Personalaufwand (281 Mio.) nicht mit den BFI-Botschaften beantragt. Der überwiegende Teil (90 %) der Kredite im Aufgabenbereich Bildung und Forschung ist jedoch Bestandteil der BFI-Botschaft oder für die europäischen Rahmenforschungsprogramme bestimmt. Diese Kredite nehmen um 3,1 Prozent (+192 Mio.) zu. Dieses Wachstum liegt unter demjenigen des Vorjahres (+3,6 %), insbesondere, weil der Pflichtbeitrag an die Forschungsrahmenprogramme der EU von 2013–2014 infolge des günstigeren Wechselkurses rückläufig ist (-12 Mio.; -2,2 %), während er von 2012 bis 2013 stark gestiegen war (+77 Mio.; +16,7 %).

Die *Grundlagenforschung* umfasst namentlich die Beiträge an das Europäische Laboratorium für Teilchenphysik (CERN), an den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und an die wissenschaftlichen Akademien, ungefähr die Hälfte der Beiträge an die Forschungsinstitutionen von gesamtschweizerischer Bedeutung, einen Teil der Leistungen an die Europäische Raumfahrtbehörde (ESA) sowie knapp 60 Prozent der Bundesbeiträge an den ETH-Bereich. Nimmt man Letzteren aus, verzeichnen die Beiträge an SNF und Akademien in absoluten Zahlen mit einer Zunahme um 23 Millionen (+2,5 %) gemäss Planung nach BFI-Botschaft 2013–2016 den grössten Zuwachs. Der veranschlagte Beitrag an das CERN steigt um 16 Prozent (+6 Mio.), aufgrund der höheren Wirtschaftsleistung, welche Eingang in den Verteilungsschlüssel der Mitgliederbeiträge findet.

Zur *angewandten Forschung* gehören nebst dem Kredit für das erwähnte Europäische Navigationssatellitensystem Galileo/GNSS insbesondere die Ausgaben der Kommission für Technologie und Innovation (KTI), ein Teil der Ausgaben des ETH-Bereichs und des Bundesamtes für Energie (BFE), ungefähr die Hälfte der Beiträge an die Forschungsinstitutionen von gesamtschweizerischer Bedeutung, die Ausgaben der landwirtschaftlichen Forschungsanstalten sowie 90 Prozent der Mittel für die EU-Forschungsrahmenprogramme. Die Kredite für den Technologietransfer im Energiebereich steigen um 10 Millionen (+6,4 %) und die Beiträge an die KTI um 9 Millionen (+6,6 %); das entspricht den Vorgaben von BFI-Botschaft 2013–2016 und Aktionsplan für eine koordinierte Energieforschung. Die Mittel für die Forschungsinstitutionen von gesamtschweizerischer Bedeutung verzeichnen ein starkes Wachstum von 11,8 Prozent (+8 Mio.), das namentlich der Stärkung der wissenschaftlichen Hilfsdienste dient. Im Hinblick auf die Beteiligung der Schweiz an der Europäischen Synchrotron Strahllinie (ESS) wird ab 2014 ein neuer Kredit in Höhe von 2,5 Millionen ins Budget eingestellt.

25 Landesverteidigung

Die Ausgaben für die Landesverteidigung steigen um insgesamt 108 Millionen oder 2,2 Prozent. Dieser Zuwachs ist massgeblich auf die vorgesehene Beschaffung des neuen Kampfflugzeugs Gripen zurückzuführen.

Landesverteidigung

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013	
				absolut	%
Landesverteidigung	4 428	4 808	4 915	108	2,2
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	7,2	7,4	7,4		
Militärische Landesverteidigung	4 306	4 684	4 791	107	2,3
Nationale Sicherheitskooperation	122	124	124	1	0,7

Im Jahr 2014 können im Rahmen des mehrjährigen Ausgabenplafonds der Armee Kreditreste aus früheren Jahren im Umfang von 50 Millionen budgetiert werden. Dies entspricht zusätzlichen Ausgaben im Umfang von 1 Prozent. Insgesamt ergeben sich gegenüber dem Voranschlag 2013 folgende Entwicklungen:

- **Rüstungsaufwand:** Der Rüstungsaufwand steigt von 1059 auf 1226 Millionen (+167 Mio.; +15,8 %). Diese bedeutsame Zunahme ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass 2014 zum ersten Mal Mittel für die anstehende Beschaffung des neuen Kampfflugzeugs Gripen in den entsprechenden Fonds eingelegt werden. Auf dem neu geschaffenen Kredit (Einlage in den Gripen-Fonds) werden 342 Millionen budgetiert. Rund die Hälfte dieser Mittel (175 Mio.) wird durch Verschiebungen innerhalb des Rüstungsaufwandes finanziert, der Rest aus Mitteln für Betrieb und Investitionen der Armee (125 Mio.) sowie aus Kreditresten (42 Mio.). Dementsprechend können für die Beschaffung von Rüstungsmaterial mit 464 Millionen weniger Mittel eingesetzt werden (-94 Mio.). Für die Ausrüstung und den Erneuerungsbedarf (AEB) sowie für die Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung (PEB) sind insgesamt 420 Millionen vorgesehen (-81 Mio.). Diese beiden Kredite dienen der materiellen Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Armee.
- **Personalaufwand (+10 Mio.):** Der Anstieg beim Personalaufwand ist mehrheitlich eine Folge der Lohnmassnahmen und der entsprechenden Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge. Zudem wird im Immobilienbereich die 2013 eingeleitete Personalaufstockung fortgeführt (+1 Mio.), um die vorgesehenen Entwicklungsarbeiten erbringen zu können.

- **Investitionen bei den Immobilien (+8 Mio.):** Angesichts des Nachholbedarfs im Immobilienbereich werden rund 3 Prozent mehr Mittel aufgewendet (neu 278 Mio.). Damit sollen dringende Vorhaben in den Bereichen Umbauten, Sanierungen und Unterhalt realisiert werden.
- **Investitionen bei der Verteidigung (-57 Mio.):** Es ist ein deutlicher Rückgang von 161 auf 104 Millionen (-36%) zu verzeichnen. Diese Abnahme lässt sich einerseits durch den im 2013 beschafften Business-Jet (35 Mio.) für den Lufttransportdienst des Bundes erklären. Andererseits reduziert sich aufgrund der aktualisierten Bedarfsplanung die Beschaffung von Brennstoffen.
- **Internationale militärische Kooperation (-20 Mio.):** Die Abnahme findet ihre Ursache darin, dass die Beiträge der Schweiz an die UNO nicht periodengerecht erfolgen, was zu jährlichen Unterschieden führt.

Das Aufgabengebiet Landesverteidigung umfasst neben der Militärischen Landesverteidigung auch die Nationale Sicherheitskooperation. Diese verzeichnet gegenüber dem Vorjahr ein geringes Wachstum von 0,7 Prozent (+1 Mio.). Der zusätzliche Aufwand ist darauf zurückzuführen, dass das Inkasso für den Betrieb und Unterhalt der dezentralen Komponenten von POLYALERT neu über den Bund läuft. Im gleichen Umfang steigen auch die Einnahmen.

Entwicklung der Betriebs-, Investitions- und Rüstungsausgaben

Bei der Militärischen Landesverteidigung liegt das Verhältnis zwischen Betriebs- (Sach-, Transfer- und Personalausgaben inkl. Arbeitgeberbeiträge) sowie Rüstungs- und Investitionsausgaben im Jahr 2014 bei 66 zu 34 Prozent. 2013 belief sich dieses Verhältnis noch auf 67 zu 33 Prozent. Damit kommt die Armee dem mittelfristigen Ziel, ein Verhältnis zwischen Betriebs- und Rüstungsausgaben von 60 zu 40 zu erreichen, leicht näher.

26 Landwirtschaft und Ernährung

Die Bundesausgaben für die Landwirtschaft und Ernährung bleiben weitgehend konstant. Auch mit der Umsetzung der Agrarpolitik 2014–2017 fließen die landwirtschaftlichen Subventionen grösstenteils in Form von Direktzahlungen an die Landwirtschaftsbetriebe. Bei der Grundlagenverbesserung werden die Mittel für die landwirtschaftliche Strukturverbesserung teils zulasten der Investitionskredite erhöht.

Landwirtschaft und Ernährung

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013	
				absolut	%
Landwirtschaft und Ernährung	3 711	3 718	3 720	2	0,1
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	6,0	5,7	5,6		
Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen	192	194	198	4	2,1
Produktion und Absatz	440	458	441	-16	-3,6
Direktzahlungen	2 809	2 794	2 809	15	0,5
Übrige Ausgaben	270	272	272	0	0,0

Knapp 3,5 Milliarden des Landwirtschaftsbudgets werden gemäss Vorgaben des Landwirtschaftsgesetzes über drei Zahlungsrahmen gesteuert. Dies entspricht rund 90 Prozent der Ausgaben im Bereich Landwirtschaft und Ernährung. Das Parlament hat die landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen für die Umsetzung der Agrarpolitik 2014–2017 mit Bundesbeschluss vom 13.3.2013 für die kommenden vier Jahre wie folgt festgelegt:

- Direktzahlungen: 11 256 Millionen
- Produktion und Absatz: 1776 Millionen
- Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen: 798 Millionen

Die gesamten Ausgaben für die Landwirtschaft und Ernährung bleiben im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr weitgehend stabil (+0,1%). Sie teilen sich auf folgende Bereiche auf:

Die *Direktzahlungen* zur Förderung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft machen mit 2,8 Milliarden rund drei Viertel der Agrarausgaben aus. Sie steigen im Vorjahresvergleich um 15 Millionen. Die Zunahme lässt sich damit begründen, dass im Vorjahr Mittel zur Finanzierung der Zulagen Milchwirtschaft von den Direktzahlungen in den Zahlungsrahmen Produktion und Absatz umgelagert wurden. Diese Kompensation fällt ab 2014 weg. Mit der Agrarpolitik 2014–2017 wurde eine Weiterentwicklung des Direktzahlungssystems beschlossen. Die Mittel für die Direktzahlungen verteilen sich neu auf folgende Instrumente: Versorgungssicherheits-, Kulturlandschafts-, Biodiversitäts-, Landschaftsqualitäts-, Produktionssystem-, Ressourceneffizienz- sowie Übergangsbeiträge.

Die Mittel im Zahlungsrahmen *Produktion und Absatz* werden für Marktstützungsmassnahmen in den Bereichen Milchwirtschaft, Viehwirtschaft und Pflanzenbau eingesetzt. Die budgetierten Mittel für 2014 bleiben im Vergleich zu den letzten Jahren, sieht

man von 2013 ab, weitgehend stabil. Die Differenz zum Vorjahr (-16 Mio.) ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass das Parlament die Mittel für die Beihilfen Pflanzenbau im Jahr 2013 für besondere Massnahmen zur Deklassierung von Schweizer AOC-Weinen um 10 Millionen aufgestockt hat. Hinzu kommt, dass mit der Umsetzung der Agrarpolitik 2014–2017 die Mittel im Zahlungsrahmen Produktion und Absatz von 2014 bis 2017 kontinuierlich von 442 auf 447 Millionen erhöht werden sollen. Dies führt 2014 im Vergleich zu 2013 zu einem Rückgang um 2 Millionen, der aber im Verlauf der nächsten Jahre wieder kompensiert wird. Innerhalb des Zahlungsrahmens ist mit der Agrarpolitik 2014–2017 zudem eine Mittelverschiebung vom Pflanzenbau zur Qualitäts- und Absatzförderung geplant.

Die Mittel bei den *Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen* steigen gegenüber dem Vorjahresbudget um 4 Millionen. Entsprechend dem Willen des Parlaments wird die landwirtschaftliche Strukturverbesserung um 9 Millionen auf 99 Millionen aufgestockt (+10%), und die landwirtschaftlichen Investitionskredite werden um 4 Millionen auf 47 Millionen gesenkt (-8%). Die zur Verfügung stehenden Mittel für die Pflanzen- und Tierzucht, das landwirtschaftliche Beratungswesen, die Betriebshilfe sowie die Umschulungsbeihilfen bleiben weitgehend auf dem Vorjahresniveau.

Die *übrigen Ausgaben*, welche nicht über die Zahlungsrahmen gesteuert werden, sinken im Vergleich zum Vorjahr um knapp eine halbe Million. Dies ist hauptsächlich auf einen Rückgang der budgetierten Mittel bei den landwirtschaftlichen Familienzulagen (-1,8 Mio.) und einen gleichzeitigen Anstieg der Verwaltungskosten (+1,3 Mio.) zurückzuführen. Für die Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte («Schoggigesetz») stehen wie im Vorjahr Mittel im Umfang von 70 Millionen zur Verfügung.

27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit

Die Beziehungen zum Ausland sind weiterhin geprägt durch einen markanten Anstieg der Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit. Gleichzeitig wird für das Jahr 2014 die Ausgabenspitze beim Erweiterungsbeitrag für die EU erwartet. Daraus resultiert insgesamt ein Wachstum des Aufgabengebiets von 8,3 Prozent.

Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Differenz zu VA 2013	
	2012	2013	2014	absolut	%
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 979	3 294	3 567	272	8,3
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	4,8	5,1	5,4		
Politische Beziehungen	713	748	753	5	0,6
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	2 110	2 280	2 484	204	8,9
Wirtschaftliche Beziehungen	156	266	329	63	23,9

Einmalige Vorhaben prägen die Politische Beziehungen

Die Ausgaben für die *Politischen Beziehungen* erfahren mit 0,6 Prozent (+5 Mio.) im Vergleich zum Voranschlag des Vorjahres einen geringen Anstieg, wobei dies das Resultat von verschiedenen gegenläufigen Entwicklungen ist: Für die einmalige Durchführung der OSZE-Ministerratstagung im Rahmen des Schweizer OSZE-Vorsitzes (+11 Mio.) sowie die Vorbereitungsarbeiten für den Schweizer Auftritt an der Weltausstellung 2015 in Mailand (+5 Mio.) steigen die veranschlagte Ausgaben an. Einen Zuwachs verzeichnen auch die Personalausgaben (+6 Mio.), der Bereich der Friedens- und Sicherheitsförderung (+3 Mio.) sowie der Beitrag an das Angebot der SRG für das Ausland (+2 Mio.). Dem stehen Minderausgaben (-10 Mio.) aufgrund der anhaltend günstigen Wechselkurse sowie der Umsetzung der Massnahme «Optimierung Aussennetz» aus der Aufgabenüberprüfung des Bundes gegenüber. Ebenfalls rückläufig sind die Beiträge der Schweiz an die UNO (-8 Mio.) aufgrund der tiefer prognostizierten Ausgaben für die friedenserhaltenden Operationen, wobei der überwiegende Teil dafür dem Aufgabengebiet *Landesverteidigung* angerechnet wird. Schliesslich fällt ebenfalls ins Gewicht, dass im EDA (VE 201) für 2014 keine investiven Informatikmittel mehr vorgesehen sind (-6 Mio.).

Weiterhin starkes Wachstum bei der Entwicklungshilfe

Die Ausgaben für die *Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)* steigen mit einem Wachstum von 9,0 Prozent (+204 Mio.) gegenüber dem Vorjahr erneut stark an. Damit wird der durch das Parlament beschlossene Wachstumspfad zur Erreichung einer APD-Quote von 0,5 Prozent bis 2015 weitergeführt. Der Anstieg verteilt sich auf alle Teilbereiche der Entwicklungshilfe. Am stärksten wachsen die Ausgaben für die technische Zusammenarbeit und die Finanzhilfe (+99 Mio.), gefolgt von der humanitären

Hilfe (+54 Mio.), der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit (+27 Mio.) und den Beiträgen an multilaterale Organisationen (+24 Mio.). Letztere enthalten neu den Beitrag an den Treuhandfonds des IWF, welcher bis 2013 unter den *wirtschaftlichen Beziehungen* aufgeführt wurde und im Jahr 2014 von 4 auf 14 Millionen erhöht wird.

Wirtschaftliche Beziehungen mit Nachholbedarf beim Erweiterungsbeitrag

Die *wirtschaftlichen Beziehungen* verzeichnen mit einem Anstieg von 23,9 Prozent (+63 Mio.) das stärkste Wachstum innerhalb des Aufgabengebiets. Grund dafür ist der Beitrag zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der EU (Erweiterungsbeitrag): Nachdem in den vergangenen Jahren aufgrund von Projektverzögerungen namhafte Kreditreste angefallen sind, wird für 2014 mit einem starken Anstieg von realisierten Projekten gerechnet, womit auch die Auszahlungen ansteigen. DEZA und SECO veranschlagen deshalb in ihren jeweiligen Budgets Mehrausgaben von 28 respektive 40 Millionen.

APD-Quote

Die öffentliche Entwicklungshilfe (aide publique au développement, kurz: APD) umfasst gemäss Definition der OECD alle Finanzströme an Entwicklungsländer und an multilaterale Entwicklungsorganisationen, die (i) aus dem öffentlichen Sektor stammen, (ii) vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen abzielen und (iii) zu Vorzugskonditionen gewährt werden. Die APD-Quote ist eine statistische Grösse, welche den Anteil der APD-Ausgaben eines Landes in Prozent seines Bruttonationaleinkommens (BNE) bezeichnet und häufig für internationale Vergleiche verwendet wird.

28 Übrige Aufgabengebiete

Die Ausgaben der übrigen sechs Aufgabengebiete wachsen gegenüber dem Vorjahr um 516 Millionen (+8,5 %). Der Anstieg geht primär auf die Anhebung der CO₂-Abgabe zurück, deren Mehrertrag teils rückverteilt wird und teils in die Förderung von Gebäudesanierungen fliesst. Bereinigt um diesen Einzeleffekt beträgt die Ausgabensteigerung 155 Millionen (+2,7 %).

Übrige Aufgabengebiete

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013 absolut	%
Übrige Aufgabengebiete	5 775	6 034	6 549	516	8,5
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	9,4	9,3	9,9		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 501	2 640	2 715	75	2,8
Ordnung und öffentliche Sicherheit	961	1 087	1 113	26	2,4
Kultur und Freizeit	450	484	501	17	3,6
Gesundheit	212	229	232	2	0,9
Umwelt und Raumordnung	1 107	1 033	1 303	270	26,1
Wirtschaft	544	560	685	126	22,5

Im Aufgabengebiet *institutionelle und finanzielle Voraussetzungen* steigen die Ausgaben um knapp 75 Millionen (+2,8 %). Davon entfallen mehr als zwei Drittel auf die Teilaufgaben Steuern und Abgaben (+24 Mio., v.a. IT-Investitionen bei ESTV und EZV) sowie Informatik (+27 Mio.). Weiterer Mehrbedarf wird sodann für Bauten und Logistik (+7 Mio.) eingestellt, wo die Investitionen in zivile Bauten im kommenden Jahr zunehmen; an dritter Stelle sind die Teilaufgaben Departementsführung sowie Statistik mit Mehrausgaben von je 4 Millionen zu nennen.

Die Ausgaben für *Ordnung und öffentliche Sicherheit* steigen um 26 Millionen (+2,4 %). Das bedeutendste Wachstum verzeichnet die Aufgabe Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug (+18 Mio.), wo der Mehrbedarf für Investitionsbeiträge an Strafvollzugs- und Erziehungseinrichtungen aufgrund intensiver Bautätigkeit zu Buche schlägt; höhere Ausgaben sind überdies für die Erneuerung von Pass und ID, die Verstärkung der Geldwäscherei-Bekämpfung oder die Abgeltung der Schutzaufgaben an Kantone und Städte zu verzeichnen. Die Ausgaben für das allgemeine Rechtswesen, die Grenzkontrollen sowie die Gerichte nehmen insgesamt um knapp 8 Millionen zu.

Im Aufgabengebiet *Kultur und Freizeit* beläuft sich das Ausgabenwachstum auf 17 Millionen (+3,6 %). Wie bereits im Vorjahr kommt davon mehr als die Hälfte dem Sport zugute (+11 Mio.), wovon der Löwenanteil für Investitionsbeiträge an Sportanlagen von nationaler Bedeutung vorgesehen ist (NASAK 4). Der Zuwachs von je 3 Millionen in den Aufgaben Kulturförderung und Medienpolitik sowie Kulturerhaltung fliesst zu wesentlichen Teilen in die Förderung von Museen und Sammlungen (erweiterter Empfängerkreis) sowie in kulturelle Vergabungen, die neu auch die Sparten Musik und Theater einschliessen.

Für die *Gesundheit* werden 2 Millionen (+0,9 %) mehr eingestellt als im Vorjahr. Während in den Teilgebieten Krankheitsbekämpfung und Prävention sowie Spitäler Minderausgaben von rund 2 Millionen budgetiert werden (u.a. auslaufende Investitionsbeiträge an die Reha-Klinik Novaggio), steigt der Mittelbedarf in den Bereichen Lebensmittelsicherheit (+1 Mio.) und Tiergesundheit (+3 Mio.). Wichtigster Faktor ist hier die Zusammenführung des IVI mit dem Institut für Veterinär-Virologie der Universität Bern, die (gegenfinanzierte) Mehrausgaben von etwas mehr als 2 Millionen zur Folge hat.

Die Ausgaben für *Umwelt und Raumordnung* wachsen um 270 Millionen (+26,1 %). Die Zunahme ist primär auf die Anhebung des CO₂-Abgabesatzes auf Anfang 2014 zurückzuführen (+249 Mio.), der zu Mehreinnahmen und entsprechend höherer Rückverteilung führt. Auch bei der VOC-Lenkungsabgabe wird im Zuge höherer Einnahmen ein grösserer Rückverteilungsbeitrag fällig (+6 Mio.). Zusätzliche Mittel im Umfang von knapp 6 Millionen werden sodann für den Hochwasserschutz (Investitionsbeiträge für Schutzbauten) sowie für die Waldpflege (u.a. Bekämpfung gefährlicher Schadorganismen) bereitgestellt. Die übrigen Bereiche des Aufgabengebiets wachsen nur geringfügig.

Schliesslich werden im Aufgabengebiet *Wirtschaft* Mehrausgaben von 126 Millionen budgetiert (+22,5 %), die fast ausschliesslich den Bereich Energie betreffen. Massgebender Faktor für das Wachstum ist auch hier die Anhebung der CO₂-Abgabe. Rund ein Drittel des daraus resultierenden Mehrertrags kommt aufgrund der Teilzweckbindung dem Gebäudeprogramm (BAFU, +103 Mio.; BFE, +9 Mio.) zugute. Zusätzliche Mittel in Höhe von gut 10 Millionen sind sodann für Programme von EnergieSchweiz vorgesehen (Energierategie 2050). Nur leichter Mehrbedarf besteht in den Aufgaben Wirtschaftsordnung und Waldwirtschaft, während die Ausgaben für die Standortförderung mit dem Abschluss der Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke (Schweiz Tourismus) leicht abnehmen.

31 Haushaltsrisiken

Mit der Offenlegung von Haushaltsrisiken soll gemäss den Richtlinien des Internationalen Währungsfonds (IWF) deren Management unterstützt werden. Der Bund berichtet hauptsächlich mit Voranschlag und Rechnung über mögliche Haushaltsrisiken. Das vorliegende Kapitel gibt einen Überblick und untersucht zudem mittels einer Sensitivitätsanalyse die bestehenden Prognoserisiken.

Haushaltsrisiken des Bundes

Die nachstehende Tabelle fasst die dezentrale Offenlegung der Haushaltsrisiken beim Bund zusammen und verweist auf die entsprechenden Publikationen. Die hier genannten Offenlegungen erfüllen die Vorgaben des IWF in unterschiedlichem Ausmass. Die Eidg. Finanzverwaltung (EFV) prüft entsprechend fortlaufend mögliche Verbesserungen.

Der IWF hat 2008 die Richtlinien zu den Haushaltsrisiken veröffentlicht («Fiscal Risks: Sources, Disclosure, and Management»). Im Rahmen des Berichts über die Fiskaltransparenz der Schweiz («Fiscal Report on the Observance of Standards and Codes», kurz «Fiscal ROSC») hat der IWF im Jahr 2009 eine Beurteilung zum Stand der Umsetzung der Richtlinien in der Schweiz verfasst. Auf Grundlage der Richtlinien und des Berichts hat die EFV mögliche Verbesserungen untersucht und das vorliegende Kapitel als Gefäss für die Thematisierung der Haushaltsrisiken geschaffen.

Der IWF kam in seiner Beurteilung zum Schluss, dass der Bund bei der Umsetzung der Richtlinien mehrheitlich dem internationalen «Best-Practice-Standard» entspricht. Wesentlich dazu beigetragen hat die im Zuge der Einführung des NRM erfolgte konsequente Orientierung an den «International Public Sector Accounting Standards» (IPSAS) bei der Rechnungslegung und der Finanzberichterstattung.

Das bestehende Risikomanagement des Bundes basiert auf der Risikopolitik vom Dezember 2004. Das Risikomanagement wurde seither laufend weiterentwickelt. Der Bundesrat hat im 2010 neue Weisungen über die Risikopolitik des Bundes erlassen (s. Band 1, Ziff. 61/3). Die Vorgaben bezüglich Risikoeffassung und Risikobewertung decken sich grösstenteils mit dem empfohlenen Ausweis gemäss IWF-Richtlinien.

Begriff und Empfehlungen des IWF

Unter Haushaltsrisiken («Fiscal Risks») versteht man die Gefahr, dass die Abschlüsse der staatlichen Haushalte wesentlich von den budgetierten/geplanten Werten abweichen. Diese Gefahr besteht selbst dann, wenn ein Budget «auf Grund sorgfältiger Schätzung des voraussichtlichen Bedarfs festgesetzt» wird, wie es das Finanzhaushaltsgesetz in Artikel 32 vorschreibt. Ausgaben und Einnahmen beruhen auf zahllosen Annahmen über Ereignisse, die durch gesetzliche Bestimmungen oder vertragliche Verpflichtungen finanzielle Konsequenzen für den Staatshaushalt haben. Das effektive Eintreten des Ereignisses ist aber nur in den seltensten Fällen sicher. Eine sorgfältige Budgetierung kann

sich nur an den (im Zeitpunkt der Budgetierung) wahrscheinlichsten relevanten Ereignissen orientieren – Abweichungen von den Plangrössen beim Budgetvollzug sind damit abhängig vom Ausmass der Unsicherheit.

Ein wichtiges Beispiel sind die makroökonomischen Referenzgrössen, die einem Voranschlag zugrunde liegen: Sie orientieren sich zwar an Expertenprognosen, die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung wird aber in aller Regel davon abweichen. Von den wirtschaftlichen Grössen abhängige Steuereinnahmen verfehlen dann den Budgetwert, und auch die Ausgaben (etwa bei den Sozialversicherungen oder den Schuldzinsen) fallen deswegen oftmals anders aus als geplant. Das nachfolgende Kapitel «Sensitivitätsanalyse volkswirtschaftlicher Eckwerte» zeigt auf, wie einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen im Voranschlag auf mögliche Änderungen der makroökonomischen Referenzgrössen reagieren.

Umgang mit Haushaltsrisiken

Gemäss den Richtlinien des IWF stützt sich der Umgang mit Haushaltsrisiken auf die drei Pfeiler Identifizierung, Offenlegung und Management:

Die *Identifizierung* umfasst die Feststellung/Benennung und Quantifizierung konkreter Haushaltsrisiken. Dabei unterscheidet der IWF drei Arten von Risiken:

1. *Makroökonomische bzw. Prognose-Risiken* beziehen sich insbesondere auf das Bruttoinlandprodukt (BIP), die Teuerung, das Zinsniveau oder die Wechselkurse.
2. *Explizite Risiken* entstehen wenn bestehende Verpflichtungen durch ein bestimmtes (nicht budgetiertes) Ereignis einen Finanzierungsbedarf auslösen. Explizite Risiken betreffen beispielsweise die Schuldenverwaltung, Pensionskassen oder staatliche Unternehmen.
3. *Implizite Risiken* entstehen nicht durch eine explizite Verpflichtung sondern durch öffentlichen Druck (z.B. bei Naturkatastrophen, Sozialversicherungen).

Eine weitere Risikokategorie stellen «politische Risiken» dar. Dabei handelt es sich um Belastungen des Haushaltes durch mögliche zukünftige Beschlüsse der politischen Entscheidungsträger, beispielsweise in Form von Mehrausgaben oder Steuersenkungen.

Neben der qualitativen Benennung von Haushaltsrisiken gilt es auch, ihre quantitative Bedeutung zu identifizieren. Sie bemisst sich an den möglichen finanziellen Folgen der jeweiligen Ereignisse und an deren Eintretenswahrscheinlichkeit. Die Quantifizierung erlaubt eine Priorisierung bei der Handhabung der Haushaltsrisiken.

Mit der *Offenlegung* von Haushaltsrisiken soll deren Management unterstützt werden. Eine hohe Transparenz kann beispielsweise zu einer verbesserten Bonität führen und somit die Kosten bei der Geldaufnahme reduzieren. Eine Offenlegung wird im Allgemeinen nicht empfohlen, wenn dadurch ein

«Moral Hazard»-Problem (Anreizproblem) entstehen könnte. Diese Gefahr besteht namentlich bei den impliziten Risiken. Die Offenlegung des Risikos einer Stützung von Unternehmungen im Privatsektor kann beispielsweise deren Risikoverhalten negativ beeinflussen.

Ein erfolgreiches *Management* von Haushaltsrisiken stützt sich gemäss IWF auf einwandfreie Strategien in der Wirtschaftspolitik und der Schuldenverwaltung. Zudem ist eine klare Zuteilung von Rollen und Verantwortlichkeiten in Bezug auf den Umgang mit Haushaltsrisiken notwendig.

Offenlegung der Haushaltsrisiken

Makroökonomische Risiken

Sensitivitätsanalyse makroökonomischer Referenzgrössen	Kapitel «Haushaltsrisiken», Band 3 zum Voranschlag
Bruttoinlandprodukt (BIP)	Kapitel «Alternativszenarien», Band 3 zum Voranschlag sowie Finanzplan
Schuldenverwaltung	Band 5 Finanzplan, Anhang 4
Eventualverbindlichkeiten	Band 1 der Staatsrechnung, Anhang
Vorsorgeverpflichtungen	Band 1 der Staatsrechnung, Anhang
Staatliche Unternehmen	Konsolidierte Rechnung Bund
Steuervergünstigungen	Kapitel «Steuervergünstigungen» Band 1 zum Voranschlag, Anhang; Bericht ESTV; Teil des Subventionsberichts
Sozialversicherungen	«Öffentliche Finanzen der Schweiz», Publikation des Bundesamtes für Statistik

Politische Risiken

Mehrausgaben/Steuersenkungen	Band 5 Finanzplan, Kapitel «Mögliche Mehrbelastungen»
------------------------------	---

Sensitivitätsanalyse volkswirtschaftlicher Eckwerte

Aus der Sensitivitätsanalyse können einfache «Faustregeln» zum Einfluss ausgewählter volkswirtschaftlicher Eckwerte auf das Budget abgeleitet werden. Sie zeigen, wie gewisse Einnahmen- und Ausgabenpositionen im Voranschlag 2014 auf Änderungen des Wirtschaftswachstums oder die kurz- und langfristigen Zinssätze reagieren. Die Sensitivitäten basieren auf Erfahrungswerten und müssen als Grössenordnung verstanden werden.

Die Ergebnisse zeigen beispielsweise, dass bei einem tieferen BIP-Wachstum im Jahr 2014 (-1 %-Punkt) die Fiskaleinnahmen um 1 Prozent zurückgehen, was durch die geringeren Einnahmenanteile (ebenfalls -1 %) nur teilweise aufgefangen wird. Entsprechend fällt das Finanzierungsergebnis um rund 570 Millionen schlechter aus. Die Schuldenbremse würde eine derartige Verschlechterung im Budgetjahr mit einem grösseren Konjunkturfaktor ausgleichen (grösseres konjunkturell zulässiges Defizit).

Die in der nachstehenden Tabelle zusammengefassten Sensitivitätsanalysen basieren auf Annahmen über mögliche makroökonomische Schocks und zeigen die daraus erwarteten Auswirkungen

auf den Bundeshaushalt. Die temporären makroökonomischen Schocks wurden mit Hilfe des Finanzhaushaltsmodells der Eidg. Finanzverwaltung (EFV) simuliert. Die Berechnungen zeigen, dass die Faustregel zur BIP-Sensitivität der Fiskaleinnahmen und der Einnahmenanteile die verschiedenen Schocks relativ gut approximiert. Sie liegt etwa in der Mitte der verschiedenen Ergebnisse. Bei positiven anstelle von negativen Schocks können die Faustregeln ebenfalls verwendet werden. Die Auswirkungen sind ähnlich hoch wie in der Tabelle ausgewiesen, aber in entgegengesetzter Richtung.

Im Unterschied zu den alternativen Budgetszenarien (vgl. Ziff. 32) machen die Faustregeln keine Aussage über die Ursachen der makroökonomischen Schocks und ignorieren auch allfällige Rückkoppelungseffekte («Partialanalyse»). Dies ist vor allem für Änderungen der BIP-Wachstumsrate und deren Auswirkungen auf den Bundeshaushalt von Bedeutung. Ob die Wachstumsverlangsamung durch einen Investitions-, Konsum- oder ausländischen Nachfrageschock ausgelöst wird, hat unterschiedliche Auswirkungen auf die Bundeseinnahmen. Dies betrifft sowohl den Umfang wie auch den Zeitpunkt der Einnahmenreaktion.

Sensitivitätsanalyse

	Δ Voranschlag 2014	
	in Mio.	in %
1 Prozentpunkt tieferes BIP-Wachstum		
Fiskaleinnahmen	-660	-1,0
Einnahmenanteile	-90	-1,0
Finanzierungsergebnis	-570	-
1 Prozentpunkt höhere kurzfristige Zinsen		
Zinsertrag	110	38,7
Passivzinsen	150	7,6
Nettozinsaufwand	-40	-
1 Prozentpunkt höhere langfristige Zinsen		
Zinsertrag	45	15,9
Passivzinsen	110	5,5
Nettozinsaufwand	-65	-

32 Alternativszenarien

Das makroökonomische Basisszenario ist von verschiedenen Unsicherheiten geprägt. Mit Hilfe von Simulationsrechnungen können die Auswirkungen abweichender Entwicklungen auf den Bundeshaushalt analysiert werden. Die Ergebnisse zeigen, dass auch bei kurzfristigen konjunkturellen Schwankungen die Vorgaben der Schuldenbremse erfüllt werden.

Die volkswirtschaftlichen Eckwerte für den Voranschlag 2014 basieren auf der Juni-Prognose der Expertengruppe Konjunkturprognosen des Bundes. Die Entwicklung der Schweizer Wirtschaft verläuft nach wie vor uneinheitlich zwischen robuster Inlandkonjunktur und gedämpften Exporten. Dieses konjunkturelle Muster dürfte sich gemäss Expertengruppe auch im weiteren Jahresverlauf fortsetzen, bei insgesamt moderater Wachstumsdynamik. Insgesamt rechnet die Expertengruppe für das laufende Jahr mit einem realen BIP-Zuwachs von 1,4 Prozent. Eine breiter abgestützte Konjunkturbelebung, die auch die Exportbereiche erfasst, wird erst für nächstes Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von real 2,1 Prozent erwartet.

Obwohl seit dem letzten Jahr die Wahrscheinlichkeit von Extremereignissen gesunken ist, bleibt das beschriebene Basisszenario von Unsicherheiten geprägt. So kann die Krise im Euroraum trotz der Beruhigung an den Finanzmärkten nicht als bewältigt angesehen werden, und auch die kontraktiven Kräfte der Fiskalpolitik in den USA sind nicht gebannt. Ein weiteres weltwirtschaftliches Risiko betrifft die Schwellenländer, in denen die allgemein erwartete Wachstumsbelebung teilweise nur mit Mühe Tritt fasst und noch nicht gesichert ist. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass sich die aussenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen besser entwickeln als erwartet und auch die Schweizer Konjunktur die Erwartungen übertrifft. Insbesondere eine weitere Entschärfung der Situation im Euroraum könnte der Schweizer Exportindustrie neue Impulse verschaffen. Die beschriebenen Unsicherheiten und ihre möglichen Auswirkungen auf den Bundeshaushalt werden nachfolgend erörtert.

Negatives Szenario

Das negative Szenario geht davon aus, dass eine Eskalation der Eurokrise verhindert werden kann. Allerdings dauert sowohl in den USA als auch in den für die Weltwirtschaft immer bedeutenderen Schwellenländern die gegenwärtige Phase der Wachstumsverlangsamung länger an als erwartet. Daraus resultiert für die Schweiz eine Eintrübung des aussenwirtschaftlichen Umfeldes verbunden mit einer schwächeren internationalen Nachfrage nach schweizerischen Gütern und Dienstleistungen. Dabei bekommt vor allem die Investitionsgüterindustrie die fehlenden Impulse zu spüren. Mit einer gewissen Verzögerung kühlt das eingetrübte aussenwirtschaftliche Umfeld auch das binnenwirtschaftliche Konjunkturklima ab: Einkommen und Beschäftigung werden negativ tangiert. In diesem Szenario liegt das reale Bruttoinlandprodukt im Voranschlagsjahr 2014 rund 0,9 Prozent tiefer als im Basisszenario.

Als Konsequenz ist mit Mindereinnahmen von rund 0,6 Milliarden zu rechnen. Gleichzeitig erhöht sich der Konjunkturfaktor aufgrund der schlechteren Wirtschaftslage deutlich. In der Folge steigt auch das konjunkturell zulässige Defizit um 0,7 Milliarden und erlaubt insgesamt ein Finanzierungsdefizit von 0,5 Milliarden. Gleichzeitig erfährt der Bundeshaushalt – primär aufgrund niedriger Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen – ausgabenseitige Entlastungen. Diese Entlastungen sowie das höhere zulässige konjunkturelle Defizit vermögen allerdings die Mindereinnahmen nicht vollständig zu kompensieren, und so reduziert sich der strukturelle Überschuss geringfügig. Die Vorgaben der Schuldenbremse werden aber auch im pessimistischen Szenario erfüllt.

Positives Szenario

Das positive Szenario geht davon aus, dass sich die Weltwirtschaft deutlich dynamischer entwickelt als im Basisszenario unterstellt. Davon profitiert insbesondere der Euroraum, der rasch aus der Rezession herausfindet und dank einem Rückgang der Unsicherheit von kräftig steigenden Investitionen und sinkender Arbeitslosigkeit profitiert. In der Folge verliert der Schweizer Franken als sicherer Hafen an Bedeutung und der Aufwertungsdruck lässt spürbar nach. Somit setzt sich der Primärimpuls für die Schweizer Wirtschaft aus einem Mengeneffekt – der sich aus der höheren internationalen Nachfrage nach Schweizer Gütern und Dienstleistungen ergibt – sowie zusätzlichen Preiseffekten im Aussenhandel zusammen. Davon profitieren in erster Linie die Exporte: Im Vergleich zum Basisszenario liegt das Exportwachstum 2,8 Prozentpunkte höher. Mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung überträgt sich der Aussenhandelsimpuls auch auf die Binnenkonjunktur, und auch die privaten Konsumausgaben entwickeln sich dynamischer. In diesem Szenario liegt das reale Bruttoinlandprodukt rund 1,3 Prozent über dem Niveau des Basisszenarios.

Die bessere konjunkturelle Entwicklung schlägt in diesem Szenario mit Mehreinnahmen von rund 0,8 Milliarden zu Buche. Allerdings verschärfen sich gleichzeitig die Anforderungen der Schuldenbremse deutlich: Anstelle eines konjunkturellen Defizits muss ein Überschuss im Umfang von 0,4 Milliarden (+0,7 Mrd.) erzielt werden. Der verbleibende Spielraum von rund 0,1 Milliarden wird allerdings durch höhere Ausgaben bei den Einnahmenanteilen aufgebraucht. Die Vorgaben der Schuldenbremse können dennoch erfüllt werden.

Fazit

In beiden Szenarien zeigt sich, dass konjunkturelle Schwankungen im Voranschlag 2014 nur einen geringen Einfluss auf den strukturellen Saldo des Bundeshaushaltes haben. Dank der konjunkturgerechten Ausgestaltung der Schuldenbremse wird das schlechtere Finanzierungsergebnis durch einen grösseren Konjunkturfaktor (und umgekehrt) fast vollständig kompensiert, und der Bundeshaushalt kann seine Wirkung als automatischer Stabilisator entfalten.

41 Personal

Gegenüber dem Voranschlag 2013 steigt der Personalaufwand um 110 Millionen (+2,1 %) an. Davon ist knapp ein Drittel durch Mehreinnahmen oder Kompensation im Sachaufwand gegenfinanziert. Der Anstieg begründet sich primär durch Aufstockungen bei der Exekutive und den Global- und Spezialkrediten.

Personal

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013	
				absolut	%
Personalaufwand	5 060	5 379	5 489	110	2,1
Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten	4 940	5 239	5 337	98	1,9
Legislative	72	76	77	1	1,2
Entschädigungen für Parlamentarier	36	39	40	1	2,2
Personalaufwand	35	36	36	0	-0,1
Übriger Personalaufwand	0	0	0	0	24,6
Judikative	138	149	149	0	0,1
Bezüge Bundesrichter	39	39	40	1	2,1
Personalaufwand	98	108	107	-1	-0,8
Übriger Personalaufwand	1	2	2	0	4,6
Exekutive	4 621	4 788	4 846	58	1,2
Bezüge BR und BK	4	4	4	0	-0,5
Bezüge Kommissionen	1	1	1	0	-0,3
Personalaufwand	4 494	4 634	4 689	55	1,2
Personalaufwand Lokalpersonal EDA	60	73	74	1	2,0
Übriger Personalaufwand	61	76	78	2	2,0
Global- und Spezialkredite	57	163	196	33	20,3
Berufliche Integration	-	12	12	0	0,0
Hochschulpraktikanten	-	8	8	0	0,0
Lernende	-	18	18	0	0,0
Lohnmassnahmen	-	6	21	16	279,8
Arbeitgeberbeiträge global	-	49	62	13	26,6
Arbeitgeberleistungen	57	71	76	4	6,3
Umstrukturierungen	53	62	69	7	10,5
Sozialplan	4	7	7	0	0,4
Vorruhestandsurlaub	49	56	62	7	11,7
Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten	120	140	152	12	8,7
Aufwand für befristet angestelltes Personal	120	140	152	12	8,7
Personalausgaben	5 070	5 379	5 489	110	2,1

Hinweise:

- Personalaufwand: Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge
- Lohnmassnahmen: Im Voranschlag 2014 vorsorglich eingestellte Lohnmassnahmen
- Arbeitgeberbeiträge global: Wurden in der Rechnung 2012 dezentralisiert, im Voranschlag 2013 für zentral eingestellte Kredite reserviert (vor Abtretung) und im Voranschlag 2014 für Lohnmassnahmen und zentral eingestellte Kredite sowie zum Ausgleich der Arbeitgeberbeiträge bei Altersdifferenzen reserviert (vor Abtretung); umfasst u.a. auch die zusätzlichen Arbeitgeberbeiträge für die neue Vorsorgelösung gemäss Verordnung über die Pensionierung von Angehörigen der besonderen Personalkategorien (VPABP).
- Arbeitgeberleistungen: Überbrückungsrenten nach Art. 88f BPV, Art. 116c BPV, Berufsunfall und Berufsinvalidität, Altlasten PKB (Prozessrisiken), familienergänzende Kinderbetreuung

Legislative

Der Personalaufwand bei der Legislative steigt gegenüber dem Voranschlag 2013 um knapp 1 Million an, was sich mit einer leichten Erhöhung der Entschädigung für Parlamentarier erklärt.

Judikative

Der Aufwand der Judikative bleibt stabil. Die Bezüge der Bundesrichter nehmen um knapp 1 Million zu, während der Personalaufwand um knapp 1 Million abnimmt.

Exekutive

Der Personalaufwand der Exekutive nimmt gegenüber dem Voranschlag 2013 um total 58 Millionen (+1,2 %) zu.

Die Bezüge des Bundesrats und diejenigen der Bundeskanzlei sowie der Kommissionen bleiben stabil. Der Anstieg des Personalaufwandes um 55 Millionen (+1,2 %) begründet sich im Einzelnen wie folgt: Gut 26 Millionen ergeben sich aus den mit der Gesamtbeurteilung Ressourcen im Personalbereich 2013 beschlossenen Stellenaufstockungen. Von den Departementen sind insgesamt 244 neue Stellen beantragt worden (Vorjahr 284,3). Davon belasten 112 Stellen (16 Mio.) den Bundeshaushalt nicht, da deren Finanzierung über Mehreinnahmen oder eine Kompensation im Sachaufwand gesichert ist. 132 der beantragten Stellen (10 Mio.) sind demgegenüber nicht gegenfinanziert. Darin enthalten sind Stellen im Gesundheits- und Krankenversicherungsbereich (28 FTE), im internationalen Steuer- und Finanzbereich (11 FTE), im Sicherheitsbereich (+40 FTE) und im Umwelt- und Energiebereich (+25 FTE). Davon entfallen im Sicherheitsbereich die Hälfte auf die Bekämpfung der Cyber-Risiken und im Umwelt- und Energiebereich über die Hälfte auf die Umsetzung der Energiestrategie. Die restlichen Stellen verteilen sich in etwa gleichmässig auf alle Departemente. Den Verwaltungseinheiten werden für diese neuen, plafonderhöhenden Stellen nur die Hälfte der angebotenen Mittel zugesprochen. Die hälftige Zuteilung der Lohnkosten im ersten Jahr ist eine Massnahme zur Eindämmung der Kreditreste im Personalbereich und beruht auf dem Umstand, dass neue Stellen in den meisten Fällen erst im Verlauf eines Jahres besetzt werden können. Zusätzlich werden die Stellen zur Bekämpfung der Cyber-Risiken vorerst (im Voranschlag 2014) über Kreditverschiebungen nach Artikel 3 Absatz 2 BB I zum Voranschlag und ohne Aufstockung finanziert. Weitere rund 10,5 Millionen entfallen auf Stellenaufstockungen im Migrationsbereich und dienen zur Bewältigung der Asylgesuche. Knapp 3,5 Millionen fallen für zusätzliche Aufwendungen beim Temporärpersonal an.

Der Personalaufwand der nach FLAG-Grundsätzen geführten Verwaltungseinheiten nimmt gegenüber dem Voranschlag 2013 um 15 Millionen zu. Die Zunahme ist vorwiegend beim VBS auf das Bundesamt für Sport (Baspo +3,6 Mio.) und beim UVEK auf das Bundesamt für Strassen (ASTRA +5,1 Mio.) zurückzuführen. Die restlichen Zunahmen verteilen sich gleichmässig auf die anderen Departemente, einzig das EFD weist aufgrund des Bundesamts für Informatik und Telekommunikation (BIT -2,0 Mio.) eine Abnahme aus. Detaillierte Begründungen zu den Stellenaufstockungen können der Zusatzdokumentation des Eidg. Personalamtes zum Voranschlag 2014 entnommen werden.

Der Personalaufwand des Lokalpersonals EDA steigt um knapp 1 Million an, was hauptsächlich auf den Ausgleich der Teuerung zurückzuführen ist.

Der übrige Personalaufwand nimmt um 2 Millionen zu. Diese Zunahme ist hauptsächlich auf Aufstockungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung zurückzuführen und verteilt sich in etwa gleichmässig über alle Departemente.

Global- und Spezialkredite

Berufliche Integration, Hochschulpraktika und Lernende

Die Kredite für die berufliche Integration, die Hochschulpraktika und die Lernenden bleiben gegenüber dem Vorjahr stabil.

Lohnmassnahmen

Für allfällige Lohnmassnahmen sind vorsorglich Mittel im Umfang von 0,5 Lohnprozenten (21 Mio.) eingestellt. Dies entspricht dem Zuwachs der geplanten Personalbezüge auf der Basis der umgesetzten Lohnmassnahmen 2013. Der Zuwachs gegenüber dem Voranschlag 2013 fällt jedoch geringer aus (15 Mio.), weil die Lohnmassnahmen 2013 tiefer ausfielen als budgetiert. Die definitiven Lohnmassnahmen 2014 werden erst nach den Lohnverhandlungen zwischen den Sozialpartnern und in Kenntnis der Ergebnisse der Lohnrunde in der Privatwirtschaft festgelegt.

Arbeitgeberbeiträge global

Die Zunahme erklärt sich vornehmlich mit den zusätzlichen Sparbeiträgen an die berufliche Vorsorge für die Angehörigen der besonderen Personalkategorien. Letztere stützen sich auf die neue Lösung, welche seit dem 1.7.2013 den Vorruhestand bzw. die vorzeitigen Pensionierungen der Angehörigen der besonderen Personalkategorien (Berufsmilitär, Grenzwachtkorps, Berufsmilitärpiloten, versetzungspflichtiges Personal EDA sowie Rotationspersonal DEZA) ersetzt. Mit der Versicherungslösung werden im Unterschied zur alten Regelung die besonderen Leistungen nicht erst am Ende der beruflichen Laufbahn abgegolten, sondern laufend durch zusätzliche Beiträge des Arbeitgebers an die berufliche Vorsorge. Während einer Übergangsfrist von fünf Jahren laufen beide Modelle noch parallel. Im Übrigen halten sich der Mehrbedarf an Arbeitgeberbeiträgen für zusätzliche Stellen und der Minderbedarf bei einzelnen Verwaltungseinheiten (u.a. VBS) in etwa die Waage.

Arbeitgeberleistungen

Die Arbeitgeberleistungen nehmen gegenüber dem Voranschlag 2013 um 4 Millionen zu. Die Zunahme ist auf die Überbrückungsrenten bei vorzeitigen, freiwilligen Pensionierungen gemäss Art. 88f Bundespersonalverordnung (BPV) zurückzuführen. Dieser Mehrbedarf ergibt sich aufgrund einer angepassten Berechnungsgrundlage (langjähriges Mittel). Gleichzeitig nehmen jedoch die Aufwendungen für vorzeitige Pensionierungen nach Art. 33 BPV sowie für die Arbeitgeberzusatzleistungen (gemäss Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen, VLVA) um je 1 Million ab. Letztere entfallen ab 2015 vollständig.

Umstrukturierungen

Die Aufwendungen im Rahmen des Sozialplans bleiben stabil. Diejenigen für den Vorruhestandsurlaub nach Artikel 34 BPV nehmen hingegen um 7 Millionen zu (beinahe hälftig VBS und GWK). Die Kostensteigerung steht im Zusammenhang mit der von Jahr zu Jahr unterschiedlichen Anzahl an Personen, welche noch nach der alten Regelung und in der Übergangsfrist von 5 Jahren in den Vorruhestandsurlaub übertreten. Ab 2018 werden die Kosten bis ins Jahr 2021 schrittweise wegfallen.

Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten

Beim Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten beträgt der Zuwachs 12 Millionen (inkl. AGB). Die Aufstockungen fallen hauptsächlich beim EDA/DEZA (gut 4 Mio. für Osthilfe und finanzielle Unterstützung humanitärer Aktionen) und beim WBF/SECO (knapp 5 Mio. für wirtschaftliche Zusammenarbeit) an. Weitere kleinere Aufstockungen entfallen auf das EDI, das EFD und das UVEK. Die Aufstockungen werden grösstenteils innerhalb der Sachkredite kompensiert.

42 Informations- und Kommunikationstechnologien IKT

Der IKT-Aufwand nimmt im Vergleich zum Voranschlag 2013 um 50 Millionen oder 4,2 Prozent zu. Der Anstieg ist vor allem auf mehrere Informatikgrossprojekte zurückzuführen. Zu nennen sind dabei das Projekt FISCAL-IT der Eidg. Steuerverwaltung und – quer durch das Aufgabenspektrum des Bundes – Anwendungen im Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung von E-Government.

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013	
				absolut	%
Erfolgsrechnung					
Ertrag	42	35	49	14	40,0
Ertrag aus Informatikleistungen	28	19	33	14	73,7
Übriger Ertrag	14	16	16	0	0
Aufwand	1 080	1 199	1 249	50	4,2
Personalaufwand (nur Leistungserbringer und ISB)	344	359	363	4	1,1
Sach- und Betriebsaufwand	625	728	762	34	4,7
Hardware Informatik	30	44	44	0	0
Software	44	35	45	10	28,6
Informatik Betrieb/Wartung	123	161	150	-11	-6,8
Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen	225	278	308	30	10,8
Telekommunikation	50	49	49	0	0
Übriger Sach- und Betriebsaufwand (nur Leistungserbringer und ISB)	153	161	166	5	3,1
Abschreibungen	111	112	124	12	10,7
Investitionsrechnung					
Investitionsausgaben	82	99	107	8	8,2
Investitionen Informatiksysteme	35	54	55	1	1,9
Investitionen Software	46	45	52	7	15,6
Übrige Investitionen (nur Leistungserbringer und ISB)	1	0	0	0	73,9
Ausgaben	916	1 049	1 089	40	3,8
Finanzierungswirksamer Aufwand	834	950	982	32	3,4
Investitionsausgaben	82	99	107	8	8,1

Mit dem Voranschlag 2014 wurde zur Verbesserung der Transparenz über den gesamten IKT-Aufwand der Bundesverwaltung erstmals der gesamte Aufwand und Ertrag des ISB berücksichtigt, dies analog zu den Leistungserbringern. In den Vorjahren waren jeweils nur der IKT-Sachaufwand und die IKT-Investitionen des ISB berücksichtigt worden. Diese Strukturänderung führt zu einer Zunahme des Aufwands um 13 Millionen. Der in der Tabelle ausgewiesene Voranschlag 2013 wurde zur Verbesserung der Vergleichbarkeit ebenfalls an die neue Struktur angepasst.

Der Anteil des IKT-Aufwands am Funktionsaufwand des Bundes nimmt – bei einem Wachstum 4,2 Prozent – von 11,8 Prozent auf 12,3 Prozent zu. Der Mehraufwand von 50 Millionen lässt sich mit folgenden Faktoren erklären:

- 21 Millionen bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) für das Programm FISCAL-IT: Nach Abbruch des Projekts IN-SIEME im September 2012 muss die ESTV sicherstellen, dass die veralteten, heterogenen und sehr unterhaltsintensiven IT-Anwendungen bis spätestens 2019 abgelöst werden können. Mit dem neuen Programm FISCAL-IT sollen die IT-Anwendungen vereinheitlicht und erneuert sowie die Prozesse der ESTV modernisiert und eGovernment-fähig gemacht werden.
- 12 Millionen für zentrale Projektmittel beim Informatiksteuerungsorgan Bund (ISB) für die Umsetzung des Marktmodells für den neuen IKT-Standarddienst Büroautomation (7 Mio.) und die Ablösung der klassischen Telefonie und Integration der Sprachkommunikation in die Büroautomation (Programm UCC, 5 Mio.).
- 12 Millionen zusätzliche Abschreibungen, hauptsächlich für Software beim Bundesamt für Polizei.
- 10 Millionen für Softwarebeschaffungen beim Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT). Damit wird im Voranschlag 2014 eine Entwicklung vollzogen, die sich bereits in der Rechnung 2012 abzeichnete (Neubestellungen von Arbeitsplatz-Software durch die LB).
- 8 Millionen bei der Führungsunterstützungsbasis der Armee (FUB) für den Ersatz der Büroautomation.

Diesen Mehraufwänden stehen 11 Millionen Minderaufwand für Betrieb/Wartung beim BIT infolge Abbruch des Projekts IN-SIEME entgegen.

Betrachtet man die Veränderungen im Aufwand gegliedert nach *Aufwandarten*, so nehmen der Sach- und Betriebsaufwand um 34 Millionen, die Abschreibungen um 12 Millionen und der Personalaufwand um 4 Millionen zu.

Der Anstieg beim *Personalaufwand* ist primär auf Aufwandsteigerungen bei der FUB und beim ISB zurückzuführen. Beim *Sach- und Betriebsaufwand* sind gegenläufige Bewegungen zu verzeichnen: Während der Aufwand für Projektentwicklungen (+30 Mio.), Softwarebeschaffungen (+10 Mio.) sowie der übrige Sach- und Betriebsaufwand (+5 Mio.) steigen, sinkt der Aufwand für Betrieb/Wartung (-11 Mio.).

Der finanzierungswirksame *Ertrag* der Informatik-Leistungserbringer steigt gegenüber dem Voranschlag 2013 um 14 Millionen (+40,0%) auf 49 Millionen. Die Zunahme ist hauptsächlich beim Ertrag aus Informatikleistungen auszumachen und primär eine Folge davon, dass die Leistungen des BIT für den ALV-Fonds neu als finanzierungswirksamer Ertrag geplant werden und nicht wie in den Vorjahren als Ertrag aus Leistungsverrechnung.

Die *Investitionsausgaben* nehmen gegenüber dem Voranschlag 2013 um 8 Millionen (+8,2%) zu. Dies ist vor allem auf eine Zunahme der Investitionen in Software bei der Eidgenössischen Zollverwaltung in folgenden Bereichen zurückzuführen: Ersatz der TC-POS-Kassensysteme (3 Mio.), Teilprojekt Einsatzleitsystem und Ortung des Programms Führungsunterstützungs- und Einsatzleitsysteme (3 Mio.) sowie Zollkundenverwaltung (2 Mio.). Von den Investitionsausgaben von insgesamt 107 Millionen entfallen 46 Millionen auf die Leistungserbringer und 61 Millionen auf die Leistungsbezüger.

Die *Ausgaben* im IKT-Bereich nehmen gegenüber dem Voranschlag 2013 um 40 Millionen zu und betragen insgesamt 1089 Millionen. Sie setzen sich aus dem finanzierungswirksamen Aufwand (982 Mio.) und den Investitionsausgaben (107 Mio.) zusammen. Der finanzierungswirksame Aufwand berechnet sich folgendermassen: Aufwand minus nicht finanzierungswirksamer Aufwand (125 Mio.) abzüglich Aufwand aus Leistungsverrechnung (142 Mio.). Damit liegt das Ausgabenwachstum im IKT-Bereich über dem durchschnittlichen Wachstum der vorangegangenen Jahre. Für den Anstieg sind hauptsächlich die beschriebenen Informatikgrossprojekte verantwortlich. Darin widerspiegelt sich auch die wachsende Bedeutung von E-Government-Anwendungen quer durch das gesamte Aufgabenspektrum des Bundes. Die Anstrengungen der Schweiz in diesem Bereich schlagen sich auch in internationalen Vergleichen nieder: So zeigt der «UN E-Government Survey 2012» auf, dass die Schweiz im Hauptranking zum «E-Government Development Index» gut abschneidet. Sie positionierte sich 2012 auf dem 15. Rang von 190 Ländern und verbesserte sich damit gegenüber der Vorperiode um 3 Ränge.

Steuerung im IKT-Bereich

In der Bundesinformatik besteht eine Trennung zwischen Leistungserbringern (LE) und Leistungsbezügern (LB). Das ermöglicht eine bessere Zuordnung der Verantwortung und die Schaffung einer Auftraggeber- und Auftragnehmerbeziehung.

Die Leistungserbringer (LE) – BIT, Informatikdienstleistungszentren des EDA, EJPD, WBF und die FUB – erbringen als Service-Center Leistungen insbesondere gegenüber den Dienststellen der zentralen Bundesverwaltung und verrechnen sämtliche bundesinternen Leistungen kreditwirksam auf der Basis einer Planvollkostenrechnung. Die Leistungsverrechnung (LV) im IKT-Bereich beläuft sich 2014 auf 482 Millionen. Daneben erbringen das BIT und das ISC-EJPD in geringem Umfang auch Leistungen ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung (z.B. für den ALV-Fonds, Swissmedic sowie Kantone und Gemeinden). Diese Leistungen werden finanzierungswirksam entschädigt. Das ISC-EJPD erbringt zudem Aufgaben in Zusammenhang mit der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs. Die IKT-LE werden seit dem 1.1.2007 mit Ausnahme der FUB als FLAG-Ämter mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt.

Die für die Leistungserbringung erforderlichen Mittel (Personalaufwand, Sach- und Betriebsaufwand, Abschreibungen sowie Investitionsausgaben) werden bei den LE eingestellt. Durch die Leistungserbringung erwirtschaften diese Erträge: finanzierungswirksam von den externen Bezüchern, LV von den bundesinternen Bezüchern. Dem LV-Ertrag der LE stehen LV-Aufwände der verschiedenen LB (Dienststellen) gegenüber.

Gemessen am für die Leistungserbringung benötigten Aufwand ist die FUB mit 359 Millionen der grösste IKT-LE. Es folgen das BIT (330 Mio.), das ISC-EJPD (92 Mio.) und die Informatik EDA (52 Mio.). Kleinster Leistungserbringer ist das ISCECO im WBF (23 Mio.).

Die Leistungsbezüger (LB) können ihre IKT-Leistungen bei bundesinternen LE oder – im Einverständnis mit ihrem Departement – bei externen LE beziehen. Die LB budgetieren die für den Bezug von IKT-Leistungen notwendigen Mittel finanzierungswirksam für extern bezogene Leistungen und als LV-Mittel für bundesintern bezogene Leistungen. Bei den finanzierungswirksamen Mitteln der Leistungsbezüger handelt es sich insbesondere um Aufwand und Ausgaben für den Kauf bzw. die Entwicklung von amtsspezifischen Fachanwendungen und deren Betrieb. Die Leistungsverrechnung zwischen IKT-LE (LV-Ertrag) und LB (LV-Aufwand) wird nicht ausgewiesen, da den LV-Aufwänden der LB finanzierungswirksame Aufwände bei den LE gegenüberstehen und diese Aufwände sonst doppelt enthalten wären.

Folgende IKT-Kredite werden zentral eingestellt und gesteuert:

- Bund: gemäss Bundesinformatikverordnung (BinFV) zentral budgetierte und durch den Bundesrat oder das ISB im Sinne einer strategischen Steuerung freizugebende Mittel. Beim ISB sind dafür folgende Mittel eingestellt: die Informatikreserve Bund, zentrale Mittel für IKT-Vorhaben, welche die Verwaltungseinheiten nicht selbst finanzieren können sowie Mittel für die Bereitstellung der IKT-Standarddienste.
- Departemente: Informatikreserven und Mittel für Projekte, bei denen der Entscheid betreffend einer externen oder internen Leistungserbringung noch nicht gefallen ist.

43 Bundestresorerie

Dank positivem Rechnungsabschluss und einem erheblichen Tresoreriemittelabbau ist der Fremdmittelbedarf gering. Die kurzfristigen Mittel werden um 2,0 Milliarden auf 10,5 Milliarden per Ende 2014 abgebaut, und der Bestand an Eidgenössischen Anleihen nimmt um 0,3 Milliarden auf 79,1 Milliarden ab. Die Bundesschulden reduzieren sich um 2,0 Milliarden.

Das Rechnungsergebnis des Bundeshaushalts, der finanzierungswirksame Mittelbedarf des Infrastrukturfonds sowie die Gewährung von Tresoreriedarlehen führen netto zu einem geringen Mittelbedarf von insgesamt gut 0,1 Milliarden. Gleichzeitig werden die Tresoreriemittel um 2,1 Milliarden abgebaut. Damit stehen 2,0 Milliarden für den Schuldenabbau zur Verfügung. Bei den Anleihen ist netto eine Reduktion von 0,3 Milliarden und bei den Geldmarkt-Buchforderungen ein Abbau von 2,0 Milliarden vorgesehen. Die übrigen Verbindlichkeiten erhöhen sich dagegen um 0,3 Milliarden.

Am Kapitalmarkt sind Emissionen von Anleihen im Betrag von 6 Milliarden geplant. Zur Rückzahlung fällig werden zwei Anleihen im Umfang von 6,3 Milliarden, eine Anfang Januar und eine im November 2014. Netto werden also 0,3 Milliarden an den Kapitalmarkt zurückbezahlt. Entsprechend werden die ausstehenden Anleihen Ende 2014 rund 79,1 Milliarden betragen. Die Geldmarkt-Buchforderungen werden um 2,0 auf 10,5 Milliarden merklich abgebaut. Die liquiden Mittel reduzieren sich um 2,1 Milliarden. Dieser Abbau ist möglich, da im laufenden Jahr zusätzliche Mittel für die Fälligkeit vom 6.1.2014 aufgebaut

werden mussten. Allfällige kurzfristige Mittelbedürfnisse und Schwankungen der Tresoreriemittel werden im Rahmen des täglichen Cashmanagements durch Geldmarktkredite und -anlagen abgedeckt. Das weiterhin regelmässige Auftreten des Bundes am schweizerischen Kapitalmarkt hilft, auch in Zukunft eine angemessene Marktliquidität im Segment der Bundesanleihen zu gewährleisten. Die Anleihen des Bundes bilden mit ihrer jeweiligen Restlaufzeit und der jeweiligen Rendite die Zinskurve der Staatsanleihen. Diese Renditen gelten dank der erstklassigen Bonität des Bundes für die Marktteilnehmer als risikoloser Zinssatz. Entsprechend ist die Zinskurve der Bundesanleihen für die Marktteilnehmer eine zentrale Referenzgrösse und unterstützt einen effizienten Schweizer Kapitalmarkt.

Im Rahmen des Devisen-Bewirtschaftungskonzepts hat die Tresorerie Fremdwährungen für das Budget 2014 von 258 Millionen Euro und 492 Millionen US-Dollar beschafft beziehungsweise abgesichert. Weiter sichert die Bundestresorerie bei Bedarf Spezialfinanzierungen in verschiedenen Währungen wie Euro, US-Dollar, britischen Pfund und norwegischen Kronen ab.

44 Beratung und Auftragsforschung

Für Beratung und Auftragsforschung sind im Jahr 2014 insgesamt 295 Millionen budgetiert, 1 Million mehr als im Voranschlag 2013 (+0,5 %). Rund die Hälfte der Mittel entfällt auf die Bereiche Energie, Umwelt, Gesundheit und Nationalstrassen.

Beratung und Auftragsforschung

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013	
				absolut	%
Aufwand für Beratung und Auftragsforschung	230	294	295	1	0,5
Allgemeiner Beratungsaufwand	206	208	211	3	1,6
Allgemeiner Beratungsaufwand Unselbständige	15	6	4	-3	-42,9
Kommissionen	9	8	8	0	-1,2
Auftragsforschung	-	72	73	1	1,4
Ausgaben für Beratung und Auftragsforschung	232	294	295	1	0,5

Im Voranschlag 2014 sind die Einheiten mit den grössten Aufwänden für Beratung und Auftragsforschung das Bundesamt für Energie (62 Mio., v.a. EnergieSchweiz und Energiestrategie 2050), das Bundesamt für Umwelt (30 Mio.; Vollzug und Forschung), das Bundesamt für Strassen (29 Mio.; u.a. Strassen- und Brückenforschung) und das Bundesamt für Gesundheit (21 Mio.; Politikvorbereitung, Prävention, Forschung) sowie der Verteidigungsbereich und das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (je 14 Mio.). Auf diese Verwaltungseinheiten entfallen knapp 60 Prozent der Beratungs- und Auftragsforschungsaufwendungen des Bundes.

Im Vergleich zum Voranschlag 2013 sind die Aufwände in diesem Bereich nahezu stabil (+0,5 %). Die grössten Zuwächse gegenüber dem Vorjahr verzeichnen folgende Verwaltungseinheiten:

- Das Bundesamt für Energie (BFE) zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 (+9,9 Mio.);
- Das Bundesamt für Verkehr (BAV), ebenfalls zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 (+2,1 Mio.);
- Die Agroscope, die innerhalb ihres Globalbudgets den Beratungs- zu Lasten des Personalaufwands aufstockt (+1,7 Mio.).

Demgegenüber gehen die Beratungs- und Auftragsforschungsaufwände insbesondere bei der Verteidigung (-10,3 Mio.; Priorisierung und Sistierung von Projekten), bei der Bundesversammlung (-1,5 Mio.; Untersuchung zum Informatikprojekt INSIEME im VA 2013) sowie bei armasuisse Immobilien und fedpol (je -1 Mio.) zurück. Bei allen anderen Verwaltungseinheiten beträgt die Abweichung zum Vorjahresbudget weniger als 1 Million.

Die für 2014 budgetierten Aufwendungen für Beratung und Auftragsforschung liegen wesentlich höher als in der Rechnung 2012. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass in der Rechnung beim Beratungsaufwand relativ hohe Kreditreste entstehen können. Dies deshalb, weil sich der Bedarf nach Beratungsmandaten meist erst relativ kurzfristig erkennen lässt, was eine präzise Budgetierung erschwert.

Abgrenzung der Beratung und Auftragsforschung

Unter Beratung und Auftragsforschung werden Dienstleistungen ausgewiesen,

- deren Empfänger der Bund ist: Zur Beratung zählen somit Gutachten, Expertisen, Auftragsforschung sowie fachliche Beratung in Fragen der Politikgestaltung, der Kommunikation oder der Führung; und
- die einen Beitrag zur Optimierung von Aufgabenerfüllung des Bundes leisten (z.B. Erweiterung der Wissensbasis, Neugestaltung von Prozessen und Organisationen, usw.). Nicht zur Beratung zählen externe Dienstleistungen, bei denen die Aufgabenerfüllung an Dritte übertragen wird (z.B. Übersetzungen, Durchführung von Kampagnen, externe Revisionen, usw.).

Seit dem Jahr 2013 wird innerhalb des Beratungsaufwands zwischen allgemeiner Beratungstätigkeit (Gutachten, Expertisen) und Auftragsforschung unterschieden (Ressortforschung, Markt- und Meinungsforschung etc.). Unter die Auftragsforschung fällt rund ein Viertel des gesamten Beratungsaufwandes.

FLAG umfasst 20 Einheiten. Diese sind verantwortlich für rund 30 Prozent des Eigenaufwandes des Bundes. Im Vergleich zum Voranschlag 2013 steigt dieser um 71 Millionen (+1,7 %), exklusiv zentral eingestellter Kredite für das Personal. Hauptgrund sind die höheren Aufwände für den Betrieb der Nationalstrassen. Der FLAG-Bereich und der übrige Bereich wachsen damit beim Eigenaufwand in etwa gleich stark.

Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013 absolut	%
Erfolgsrechnung					
Ordentlicher Ertrag	2 416	2 277	2 205	-72	-3,2
Funktionsertrag (Globalbudget)	2 220	2 091	2 058	-32	-1,5
Regalien und Konzessionen	30	30	19	-11	-37,0
Übriger Ertrag	166	157	128	-29	-18,3
Ordentlicher Aufwand	5 503	5 819	5 785	-34	-0,6
Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 130	4 182	4 253	71	1,7
Transferaufwand	1 367	1 544	1 470	-75	-4,8
Übriger Aufwand	6	93	62	-31	-33,2
Ausserordentlicher Ertrag	738	-	-	-	-
Investitionsrechnung					
Ordentliche Investitionseinnahmen	33	35	26	-9	-24,6
Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget)	32	34	25	-9	-25,8
Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	1	1	1	0	5,5
Ordentliche Investitionsausgaben	2 675	2 826	2 902	76	2,7
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	1 575	1 620	1 688	69	4,3
Investitionsbeiträge	172	181	164	-16	-9,1
Übrige Investitionen	928	1 026	1 049	23	2,3

Der *ordentliche Ertrag* der FLAG-Verwaltungseinheiten sinkt gegenüber 2013 um 72 Millionen (-3,2 %). Knapp die Hälfte des Rückgangs (-32 Mio.) fällt beim Funktionsertrag an. Beim finanzierungswirksamen Funktionsertrag ist allerdings ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

- Der *finanzierungswirksame Funktionsertrag* macht mit 395 Millionen rund einen Fünftel des Funktionsertrages aus. Er steigt gegenüber dem Vorjahr um 21 Millionen (+5,6 %). Hauptursache dafür ist, dass die Leistungen des ALV Fonds neu als finanzierungswirksamer Ertrag beim Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) geplant werden (+14,5 Mio.); in den Vorjahren wurde sie über die interne Leistungsverrechnung abgewickelt. Weitere Mehrerträge fallen beim Bundesamt für Strassen (ASTRA, +3,5 Mio.) aus Vermietungen und für Dienstleistungen, beim Institut für Virologie und Immunologie (IVI, +2,5 Mio.) infolge der Integration des universitären Instituts für Veterinär-Virologie sowie beim Bundesamt für Sport (BASPO, +1,7 Mio.) für Dienstleistungen an.
- Fast 80 Prozent des Funktionsertrages (1619 Mio.) stammen aus der *internen Leistungsverrechnung* (LV). Der Ertragsrückgang um 51 Millionen (-3,1 %) resultiert hauptsächlich aus den tieferen Liegenschaftserträgen bei armasuisse Immobilien (-31 Mio.) und tieferen Erträgen aus Informatikleistungen beim BIT (-22 Mio.), wovon 14,5 Mio. neu als finanzierungswirksamer Ertrag abgebildet werden (siehe oben).

Die Abnahme um 11 Millionen (- 37%) bei den *Regalien und Konzessionen* beruht auf tieferen jährlichen Konzessionsgebühren im Bundesamt für Kommunikation. Dies ist eine Folge des ausserordentlichen, einmaligen Ertrags aus der Auktion im Mobilfunkfrequenzbereich im 2012.

Der Rückgang um 29 Millionen (-18,3%) im *übrigen Ertrag* widerspiegelt den Rückgang geplanter Inbetriebnahmen von Abschnitten des Nationalstrassennetzes, die von den Kantonen mitfinanziert werden.

Der *ordentliche Aufwand* der FLAG-Einheiten sinkt gegenüber 2013 um 34 Millionen (-0,6 %). Den Reduktionen beim Transferaufwand und übrigen Aufwand steht die Zunahme im Funktionsaufwand gegenüber, der um 71 Millionen ansteigt (+1,7%). Ohne das ASTRA (+72,1 Mio.) bleiben die Globalbudgets der FLAG-Einheiten allerdings mehr oder weniger stabil auf Vorjahrsniveau. Im Vergleich dazu erhöht sich der Eigenaufwand im Nicht FLAG-Bereich um 1,9 Prozent (ohne geplante Lohnmassnahmen und Kredite für besondere Personalkategorien). Der Funktionsaufwand setzt sich nahezu unverändert zusammen aus 22 Prozent Personalaufwand, 36 Prozent Sach- und Betriebsaufwand und 42 Prozent Abschreibungen. Die Aufwände verändern sich im Einzelnen wie folgt:

- Der *Personalaufwand* steigt um 18 Millionen (+ 2%), exklusiv den Lohnmassnahmen und Krediten für besondere Personalkategorien, die zentral eingestellt sind. Fast zwei Drittel dieses

Anstiegs (+11,5 Mio.) erwachsen aus *Mehrleistungen* des BASPO (+3 Mio.), insbesondere zur Abdeckung der erhöhten Nachfrage nach Leistungsdiagnostik und für die Umsetzung des Sportförderungsgesetzes, der IKT-Leistungserbringer (+3 Mio.), vor allem für den Betrieb der elektronischen Geschäftsverwaltung, des Bundesamtes für Landestopografie (+2 Mio.) für die Erweiterung des topografischen Landschaftsmodells, der Zentralen Ausgleichsstelle (+1,5 Mio.) für den Informatikbereich, der Vollzugsstelle für den Zivildienst (+1 Mio.) zur Abdeckung des Vollzugsaufwandes für die gestiegene Zahl an Zivildienstpflichtigen und von armasuisse Immobilien (+1 Mio.) für die Instandhaltung von Immobilien. Diesen Mehraufwänden stehen in der Regel Mehrerträge gegenüber. Weitere 40 Prozent der Erhöhung (+7 Mio.) entstehen beim ASTRA, namentlich für die Umsetzung des *neuen Netzbeschlusses* (NEB). Schliesslich führen die haushaltsneutrale Integration des Instituts für Veterinär-Virologie der Universität Bern in das IVI (+1,7 Mio.) sowie eine kostengünstigere interne Leistungserstellung durch Insourcing von IT-Kompetenz beim Informatik Service Center EJPD und BASPO (+1,4 Mio.) zu einer weiteren Zunahme. Diesem Aufbau steht eine Minderung des Personalaufwandes bei agroscope und beim BIT von 3,3 Millionen gegenüber.

- Der *Sach- und Betriebsaufwand* steigt um 40 Millionen (+2,6%). Für das Wachstum ist grösstenteils der Betrieb der Nationalstrasse beim ASTRA (+ 38 Mio.) verantwortlich. Die Aufwände für Mieten und Pachten steigen um 5 Millionen. Der Aufwand für Informatik und Telekommunikation nimmt dagegen um 6 Millionen ab.
- Die *Abschreibungen* nehmen um 13 Millionen (+0,8 %) zu. Zum Einen steigen die Abschreibungen für die Nationalstrasse beim ASTRA um 17 Millionen. Zum anderen vermindern sie sich bei armasuisse Immobilien um 3 Millionen und bei der Informatik um 1 Million.

Die Abnahme des *Transferaufwandes* um 75 Millionen (-4,8 %) hat verschiedene Ursachen. Einerseits nehmen die Wertberichtigungen beim Bundesamt für Strassen um 86 Millionen ab und die Mittel für nicht hoheitliche Sicherheitsmassnahmen beim Bundesamt für Zivilluftfahrt werden aufgrund der Kreditreste Ende 2012 um 4 Millionen tiefer geplant. Andererseits nimmt der Transferaufwand beim BASPO (+8,4 Mio.) vorwiegend wegen Wertberichtigungen, beim Bundesamt für Kommunikation (+4 Mio.) infolge höherer Beiträge für das Angebot von SRF für das Ausland, für die neue Technologie im Rundfunk und für Medienforschung, sowie bei der MeteoSchweiz für Pflichtbeiträge an die EUMETSAT zugunsten der neuen Generation von Wettersatelliten (+2,3 Mio.) zu.

Der *übrige Aufwand* sinkt aufgrund tieferer Rückstellungen für den Münzumlauf bei der Eidgenössischen Münzstätte Swissmint um 31 Millionen. Die Abnahme beruht auf einem Systemwechsel in der Berechnung der Planwerte.

Der Rückgang in den *ordentlichen Investitionseinnahmen* um 9 Millionen (-24,6%) erklärt sich durch zwei gegenläufige Effekte. Der geplante Ertrag aus Veräusserungen von Liegenschaften sinkt bei armasuisse Immobilien um 10 Millionen. Das ASTRA rechnet mit erhöhten Einnahmen aus dem Verkauf von Parzellen, die für die Nationalstrasse nicht mehr benötigt werden (+1,4 Mio.).

Die *ordentlichen Investitionsausgaben* erhöhen sich um 76 Millionen. Zum einen steigen die Investitionen im Eigenbereich um 69 Millionen. Mehr als drei Viertel dieser Zunahme erklären erhöhte Investitionen in die Nationalstrassen beim ASTRA (+54 Mio.). Die Investitionen für Informatik nehmen um 10 Millionen zu. armasuisse Immobilien erhöht seine Investitionen in die Liegenschaften um 8 Millionen. Dagegen reduzieren sich die *Investitionsbeiträge* um 16 Millionen (-9,1%). Zum einen sinken sie beim ASTRA im Bereich der Hauptstrassen aufgrund des neuen Netzbeschlusses (NEB) um 23,6 Millionen. Zum anderen erhöhen sie sich beim BASPO für Beiträge an nationale Sportanlagen (+7,2 Mio.). Schliesslich steigen die *übrigen Investitionen* um 23 Millionen durch erhöhte Einlagen des ASTRA in den Infrastrukturfonds.

Weiterentwicklung der Verwaltungsführung:

Projekt Neues Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB)

Der Bundesrat hat am 4.5.2011 den Richtungsentscheid zur Weiterentwicklung der Verwaltungsführung gefällt. Nach dem Projektauftrag vom 16.12.2011 hat er am 16.4.2013 einen Konsultationsbericht verabschiedet.

Die Planung und Steuerung des Haushalts soll verstärkt auf die mittelfristige Entwicklung von Aufgaben und Finanzen ausgerichtet und die Budgetierung durch jährliche Ziele zu Leistungen und Wirkungen ergänzt werden. NFB baut im Wesentlichen auf folgenden neuen Planungs- und Steuerungsinstrumenten auf:

- Voranschlag mit Integriertem Aufgaben- und Finanzplan (IAFP);
- Globalbudgets für den Eigenbereich sowie Leistungsgruppen der Verwaltungseinheiten mit ausgewählten Zielen zu Leistungen und Wirkungen;
- Leistungsvereinbarungen zwischen Departement und Amt für die Verknüpfung von politischen Steuerungsvorgaben und betrieblichen Jahreszielen zu Kosten, Leistungen und Projekten.

Für sämtliche Verwaltungseinheiten sollen sich die Anreizinstrumente zu wirtschaftlichem Verhalten am bestehenden FLAG-Modell orientieren. Mit den Globalbudgets sowie weiteren Regelungen, namentlich die Möglichkeit zur Reservebildung, zu Kreditüberschreitungen bei leistungsbedingten Mehrerträgen und zur erleichterten Kreditverschiebung, sollen die betrieblichen Handlungsspielräume gezielt erhöht werden.

Im 1. Halbjahr 2013 fand eine Konsultation der interessierten parlamentarischen Kommissionen statt. Die Botschaft zum NFB soll vom Bundesrat bis Ende 2013 verabschiedet werden. NFB ist eine Massnahme der Legislaturplanung 2011–2015. Die Einführung ist per 1.1.2016 geplant.

Gegenüber der Finanzierungsrechnung schliesst die Erfolgsrechnung leicht besser ab (+0,4 Mrd.). Der Unterschied resultiert im Wesentlichen aus der Differenz zwischen den in der Finanzierungsrechnung verbuchten Investitionsausgaben (7,9 Mrd.) und den in der Erfolgsrechnung berücksichtigten Abschreibungen und Wertberichtigungen (7,3 Mrd.).

Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung

Finanzierungsrechnung	Voranschlag 2014	Erfolgsrechnung	Voranschlag 2014	Differenz
Mio. CHF				
Finanzierungsergebnis	-109	Jahresergebnis	328	437
Ordentliches Finanzierungsergebnis	-109	Ordentliches Ergebnis	328	437
Ordentliche Einnahmen	66 245	Ordentlicher Ertrag	66 138	-107
Fiskaleinnahmen	62 270	Fiskalertrag	62 270	-
Regalien und Konzessionen	899	Regalien und Konzessionen	840	-59
Übrige laufende Einnahmen	1 772	Übriger Ertrag	1 863	91
Investitionseinnahmen	189			-189
Finanzeinnahmen	1 115	Finanzertrag	1 149	33
Beteiligungseinnahmen	864			-864
Übrige Finanzeinnahmen	251	Zunahme von Equitywerten	864	864
		Übriger Finanzertrag	285	33
		Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	17	17
Ordentliche Ausgaben	66 353	Ordentlicher Aufwand	65 810	-544
Eigenausgaben	10 989	Eigenaufwand	13 400	2 411
Personalausgaben	5 489	Personalaufwand	5 489	-
Sach- und Betriebsausgaben	4 274	Sach- und Betriebsaufwand	4 460	186
Rüstungsausgaben	1 226	Rüstungsaufwand	1 226	-
		Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 225	2 225
Laufende Transferausgaben	45 296	Transferaufwand	50 244	4 948
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	9 263	Anteile Dritter an Bundeserträgen	9 263	-
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 102	Entschädigungen an Gemeinwesen	1 102	-
Beiträge an eigene Institutionen	3 005	Beiträge an eigene Institutionen	3 005	-
Beiträge an Dritte	15 681	Beiträge an Dritte	15 682	1
Beiträge an Sozialversicherungen	16 245	Beiträge an Sozialversicherungen	16 170	-75
		Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 599	4 599
		Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	424	424
Finanzausgaben	2 174	Finanzaufwand	2 099	-75
Zinsausgaben	2 149	Zinsaufwand	1 984	-165
Übrige Finanzausgaben	25	Abnahme von Equitywerten	-	-
		Übriger Finanzaufwand	115	89
		Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	66	66
Investitionsausgaben	7 894			-7 894
Sachanlagen und Vorräte	2 765			-2 765
Immaterielle Anlagen	52			-52
Darlehen	457			-457
Beteiligungen	21			-21
Investitionsbeiträge	4 599			-4 599
Ausserordentliche Einnahmen	-	Ausserordentlicher Ertrag	-	-
Ausserordentliche Ausgaben	-	Ausserordentlicher Aufwand	-	-

Im Unterschied zur *Finanzierungsrechnung*, die aufzeigt, in welchem Ausmass die Ausgaben mit entsprechenden Einnahmen aus der gleichen Periode finanziert sind, zeigt die *Erfolgsrechnung* den periodisierten Wertverzehr (Aufwand) und Wertzuwachs (Ertrag) und damit im Saldo die Veränderung der vermögensmässigen Situation des Bundeshaushalts.

Die Tabelle gibt Auskunft über die Herkunft der Differenzen zwischen der Finanzierungs- und der Erfolgsrechnung. Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen Ausgaben, welche zu einem unmittelbaren Mittelabfluss führen, werden in der Erfolgsrechnung auch nicht finanzierungswirksame Geschäftsvorfälle berücksichtigt. Diese beinhalten beispielsweise Lagerbezüge von Halb- und Fertigfabrikaten, die in einer früheren Periode hergestellt oder beschafft wurden und mit entsprechenden Ausgaben verbunden waren. Dazu gehören aber insbesondere auch die in der Berichtsperiode anfallenden Abschreibungen auf den Investitionen sowie die Wertberichtigungen.

Bei einer Erfolgsrechnung im Rahmen des Voranschlags ist zu beachten, dass die zeitlichen Abgrenzungen zur periodengerechten Verbuchung der Geschäftsvorfälle nur sehr beschränkt planbar und damit nur teilweise enthalten sind. Gleiches gilt für die Vornahme von Wertberichtigungen und für erfolgswirksame Veränderungen von Rückstellungen. Diese Transaktionen sind meist erst Ende des Rechnungsjahres bekannt und deshalb in der Regel ebenfalls nicht planbar.

Die Erfolgsrechnung schliesst um 437 Millionen besser ab als die Finanzierungsrechnung. Im Einzelnen ergeben sich folgende Abweichungen zwischen den beiden Rechnungen:

Einnahmen gegenüber Ertrag (-107 Mio.)

Bei den *Regalien und Konzessionen* stammt die Differenz (-59 Mio.) aus der Erhöhung der Rückstellung für den Münzumlauf. Die Höhe der Rückstellung beträgt zur Zeit 2,1 Milliarden.

Beim *übrigen Ertrag* beträgt der Unterschied 91 Millionen. Er resultiert aus der Aktivierung von Eigenleistungen und Anlagegütern (18 Mio.), der Aktivierung von Kantonsanteilen der in Betrieb gehenden Nationalstrassen (34 Mio.) sowie aus dem geplanten Verkauf von Liegenschaften und Grundstücken (39 Mio.).

Die Einnahmen aus der Veräusserung von *Investitionsgütern* (-189 Mio.) führen lediglich im Umfang der Differenz zu den tieferen Buchwerten zu einem Ertrag, welcher in der Erfolgsrechnung im übrigen Ertrag enthalten ist.

Die Differenz zwischen *Finanzeinnahmen* und *Finanzertrag* (33 Mio.) ergibt sich aus der periodengerechten Berücksichtigung der Zinserträge.

Aus den *zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital* erfolgten Entnahmen im Betrag von 17 Millionen. Es handelt sich im Wesentlichen um die Lenkungsabgabe VOC/HEL (4 Mio.), die Sanktion CO₂-Verminderung Personenwagen, Rückverteilung (3 Mio.), den Altlastenfonds (7 Mio.), den Fonds Medienforschung, Rundfunktechnologie und Programmarchivierung (2 Mio.).

Ausgaben gegenüber Aufwand (-544 Mio.)

Die Abweichung des Eigenaufwandes von den entsprechenden Ausgaben von 2411 Millionen ergibt sich aus den nachstehenden Positionen:

Bei der Differenz im *Sach- und Betriebsaufwand* (186 Mio.) handelt es sich grösstenteils um nicht finanzierungswirksame Material- und Warenbezüge ab Lager und um Abgrenzungen beim Liegenschaftenunterhalt.

Die *Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen* von 2225 Millionen erfolgen in der Regel linear über die Nutzungsdauer. Allfällige Verluste aus Anlageabgang werden als ausserplanmässige Abschreibungen gebucht. Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen: Abschreibungen auf den Nationalstrassen (1483 Mio.), Liegenschaften und Grundstücken (538 Mio.), Mobilien (81 Mio.), Informatik (46 Mio.), immaterielle Anlagen (77 Mio.).

Beim *Transferaufwand* belaufen sich die Abweichungen zur Finanzierungsrechnung per Saldo auf total 4948 Millionen. Die Abweichung bei den *Beiträgen an Dritte* (1 Mio.) betrifft Abgrenzungen für Beiträge an internationale Organisationen. Bei den *Beiträgen an Sozialversicherungen* (-75 Mio.) resultiert die Abweichung aus einer Teilauflösung von Rückstellungen für künftige Rentenverpflichtungen aus der Militärversicherung. Die *Investitionsbeiträge* (4599 Mio.) werden bei der Auszahlung aktiviert, gleichzeitig aber im Transferaufwand wieder zu 100 Prozent wertberichtigt. Ausgaben für *Beteiligungen und Darlehen* werden ebenfalls über die Investitionsrechnung abgerechnet und Ende Jahr gemäss den Vorschriften bewertet und wenn nötig wertberichtigt. Von den Wertberichtigungen von Total 424 Millionen entfallen 403 Millionen auf Darlehen: SBB und übrige konzessionierte Transportunternehmen KTU (355 Mio.), Investitionskredite an die Landwirtschaft (48 Mio.). Bei den Beteiligungen betreffen die Abgrenzungen von 21 Millionen Wertkorrekturen auf Kapitalbeteiligungen an Entwicklungsbanken.

Die Abweichung des *Finanzaufwandes* von den *Finanzausgaben* von total -75 Millionen ergibt sich aus der periodengerechten Abgrenzung des Zinsaufwandes (-165 Mio.) und verschiedenen Abgrenzungen im übrigen Finanzaufwand (89 Mio.).

Die *Einlagen in die zweckgebundenen Fonds* im Fremdkapital sind mit total 66 Millionen budgetiert. Sie betreffen die CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung (28 Mio.), die CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Gebäudeprogramm (16 Mio.), die Sanktion CO₂-Verminderung Personenwagen, Infrastrukturfonds (2 Mio.) sowie die Spielbankenabgabe (21 Mio.).

Das geplante Verrechnungsvolumen beträgt 2,5 Milliarden und bewegt sich damit leicht unter dem Voranschlag 2013. Die grössten Positionen bilden die Unterbringung einschliesslich Gebäudebewirtschaftung mit 1,9 Milliarden und die Informatik mit 0,5 Milliarden.

Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013	
				absolut	%
Total Leistungsverrechnung	2 620	2 566	2 515	-51	-2,0
Unterbringung	1 652	1 642	1 610	-33	-2,0
armasuisse Immobilien	1 187	1 163	1 132	-31	-2,6
Bundesamt für Bauten und Logistik	465	480	478	-2	-0,4
Informatik	595	506	491	-16	-3,1
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	398	333	314	-19	-5,8
Übrige IKT-Leistungserbringer	197	174	177	4	2,1
Betrieb und Instandsetzung Liegenschaften	240	273	277	5	1,7
Übrige verrechnete Leistungen	133	145	137	-8	-5,3
Dienstleistungen	88	92	85	-7	-8,1
Verkäufe	46	52	52	0	-0,3

Der um 31 Millionen tiefere Ertrag der armasuisse Immobilien ist auf den laufenden Abbau des Immobilienbestandes (Kernbestand) zurückzuführen. Beim BBL sind die Mieteinnahmen gegenüber dem Vorjahr insgesamt konstant geblieben.

Im Bereich der Informatik ist ein Rückgang von 16 Millionen zu verzeichnen. Dieser ist grösstenteils beim BIT infolge der veränderten Planung beim ALV Fonds für Projekte und Betrieb (-14,5 Mio., neu als fw-Ertrag budgetiert) sowie durch den Wegfall des Projektes INSIEME (-10,5 Mio.) bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung begründet. Auf der anderen Seite sind zusätzliche Leistungsbezüge für Fachanwendungen bei der Zentralen Ausgleichsstelle ZAS geplant (+2,4 Mio.). Generell budgetieren die Verwaltungseinheiten Projekte oftmals als finanzierungswirksamen Aufwand. Bei der Konkretisierung der Vorhaben erfolgt der Sourcing-Entscheid dagegen oft zugunsten des bundesinternen IKT-LE.

Der LV-Umsatz bei den Dienstleistungen ist um rund 8 Prozent zurückgegangen. Dies ist durch die Einstellung von internen Verrechnungen ab dem Jahr 2014 beim EPA (-3 Mio., IT-Ausbildung vormals beim BIT) und bei der Verteidigung begründet (-4,0 Mio., Instandstellungsarbeiten von Motorfahrzeugen nach Unfällen).

Kriterien für die Leistungsverrechnung (LV)

Zur Förderung der Kostentransparenz in der Bundesverwaltung werden gewisse Leistungen kreditwirksam zwischen den Verwaltungseinheiten verrechnet. Gemäss den Bestimmungen von Artikel 41 der Finanzhaushaltverordnung (SR 611.01) sind die verrechenbaren Leistungen definiert und im zentralen Leistungsbereichskatalog aufgelistet. Es werden nur Leistungen verrechnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- *Wesentlichkeit:* Das jährliche Gesamtvolumen der verrechenbaren Leistungen beträgt für den Leistungserbringer (LE) mindestens 3 Millionen; für den einzelnen Leistungsbereich mindestens 500 000 Franken.
- *Beeinflussbarkeit:* Es werden ausschliesslich Leistungen verrechnet, welche einem Leistungsbezüger (LB) direkt zuordenbar und von ihm beeinflussbar sind. Der LB muss somit die Möglichkeit haben, durch sein Verhalten Menge und Qualität und damit die Kosten seines Leistungsbezugs steuern zu können.
- *Kommerzieller Charakter:* Bei den verrechenbaren Leistungen handelt es sich um Leistungen, die durch Dritte auch am Markt angeboten werden.

Zur Zeit sind 14 LE berechtigt, ihre Leistungen verwaltungsintern mit der LV zu verrechnen.



A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			Erfolgsrechnung			Bilanz	
	Ordentliches Finanzierungsergebnis	Ordentliche Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ordentliches Ergebnis	Ordentlicher Ertrag	Ordentlicher Aufwand	Eigenkapital	Bruttoschulden
VA 2014	-109	66 245	66 353	328	66 138	65 810	–	110 300
VA 2013	-450	64 479	64 929	-363	64 435	64 797	–	112 300
2012	1 262	62 997	61 736	1 705	64 041	62 336	-24 999	112 406
2011	1 912	64 245	62 333	3 013	65 693	62 680	-27 400	110 516
2010	3 568	62 833	59 266	4 139	63 523	59 385	-29 502	110 561
2009	2 721	60 949	58 228	6 420	64 146	57 726	-33 869	110 924
2008	7 297	63 894	56 598	7 461	64 047	56 587	-41 187	121 771
2007	4 127	58 092	53 965	3 711	58 000	54 289	-81 742	120 978
2006	2 534	54 911	52 377	2	55 230	55 228	-91 010	123 593
2005	-121	51 282	51 403	-2 646	51 871	54 517	-94 208	130 339
2004	-1 656	48 629	50 285	-5 721	49 037	54 758	-92 910	126 685
2003	-2 801	47 161	49 962	-6 905	47 435	54 340	-86 568	123 711
2002	-2 629	47 405	50 033	-6 449	46 815	53 264	-79 663	122 366
2001	-225	48 911	49 135	-4 862	46 914	51 776	-76 055	106 812
2000	3 970	51 101	47 131	964	50 616	49 653	-70 423	108 110
1999	-2 352	43 016	45 368	-4 153	43 353	47 506	-71 968	102 254
1998	-858	44 134	44 992	-1 678	45 262	46 941	-52 917	109 620
1997	-5 269	38 852	44 122	-5 375	38 343	43 718	-52 581	97 050
1996	-3 743	39 477	43 220	-5 003	39 429	44 431	-47 206	88 418
1995	-3 263	37 266	40 528	-5 014	37 400	42 415	-41 583	82 152
1994	-5 102	36 239	41 341	-5 693	36 623	42 316	-36 569	75 714
1993	-7 818	32 782	40 600	-6 251	33 617	39 868	-30 875	67 520
1992	-2 863	34 953	37 816	-4 031	35 515	39 545	-24 624	55 297
1991	-2 012	33 490	35 501	-3 122	34 091	37 213	-20 594	43 915
1990	1 058	32 673	31 616	-301	32 933	33 234	-17 493	38 509

Hinweis:

– Bruttoschulden für 2013 und 2014 basieren auf Schätzung 2013.

A02 Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)

Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
	Ausserordentliche Einnahmen	20 680	Ausserordentliche Ausgaben	21 724
VA 2014	–	–	–	–
VA 2013	–	–	–	–
2012	Neuvergabe Mobilfunkfrequenzen	738	–	–
2011	Verkauf Sapomp Wohnbau AG	256	Sanierungsbeitrag PK SBB	1 148
	Swisscom Aktienverkauf	34	Infrastrukturfonds	850
2010	–	–	Rückverteilung CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffe	427
2009	Pflichtwandelanleihe UBS	6 807	–	–
	CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	217	–	–
2008	CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	219	Pflichtwandelanleihe UBS	5 928
	Übernahme Swiss durch Lufthansa	64	Infrastrukturfonds	2 600
			Asyl- und Flüchtlingsbereich	113
			Übergang NFA	1 546
			PUBLICA	954
2007	Swisscom Aktienverkauf	754	Golderlös	7 038
2006	Swisscom Aktienverkauf	3 203	–	–
2005	Swisscom Aktienverkauf	1 350	–	–
	Golderlös	7 038	–	–
2004	–	–	Deckungskapitalien BVBD Post	204
			Deckungskapitalien ETH-Professoren	846
			Deckungskapitalien skyguide	20
			Aktienkapitalzuschuss skyguide	50
2003	–	–	–	–

Ausserordentlicher Haushalt vor Einführung der Schuldenbremse (zu statistischen Zwecken)

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
	Ausserordentliche Einnahmen		Ausserordentliche Ausgaben	
2002	Swisscom Aktienverkauf	3 703	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	689
2001	Einnahmen aus UMTS-Lizenzen	203	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	1 080
2000	Einnahmen aus WLL-Lizenzen	582	–	–
1999	–	–	Konjunkturprogramm 1997	288
1998	Börsengang Swisscom	2 940	Zahlungsspitze SBB	1 598
1997	–	–	–	–
1996	–	–	Zahlungsspitze Prämienverbilligung KVG	620

A03 Vorgaben der Schuldenbremse

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013 absolut	Differenz zu VA 2013 %
1 Gesamteinnahmen	67 973	62 833	64 535	63 735	64 479	66 245	1 766	2,7
2 Ausserordentliche Einnahmen	7 024	–	290	738	–	–		
3 Ordentliche Einnahmen [3=1-2]	60 949	62 833	64 245	62 997	64 479	66 245	1 766	2,7
4 Konjunkturfaktor	1,018	1,013	1,007	1,012	1,008	1,005	-0,003	
5 Ausgabenplafond (Art. 13 FHG) [5=3x4]	62 046	63 650	64 695	63 753	64 995	66 576	1 581	2,4
6 Konjunkturell geforderter Überschuss / zulässiges Defizit [6=3-5]	-1 097	-817	-450	-756	-516	-331		
7 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 15 FHG)	–	427	1 998	–	–	–		
8 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG, Fehlbetrag Ausgleichskonto)	–	–	–	–	–	–		
9 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17b FHG, Fehlbetrag Amortisationskonto)	–	–	–	–	66	–		
10 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17c FHG, Vorsorgliche Einsparungen)	–	416	166	435	–	–		
11 Höchstzulässige Ausgaben [11=5+7-8-9-10]	62 046	63 662	66 527	63 319	64 929	66 576	1 647	2,5
12 Gesamtausgaben gemäss R / VA	58 228	59 693	64 331	61 736	64 929	66 353	1 425	2,2
13 Differenz (Art. 16 FHG) [13=11-12]	3 818	3 969	2 197	1 583	0	223		

B11 Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013 absolut	%
Ordentliche Einnahmen	60 949	62 833	64 245	62 997	64 479	66 245	1 766	2,7
Fiskaleinnahmen	55 890	58 157	58 996	58 788	60 474	62 270	1 796	3,0
Direkte Bundessteuer	17 877	17 886	17 891	18 342	18 993	20 113	1 120	5,9
Verrechnungssteuer	4 380	4 723	4 861	4 335	4 811	4 837	26	0,5
Stempelabgaben	2 806	2 855	2 857	2 136	2 200	2 300	100	4,5
Mehrwertsteuer	19 830	20 672	21 642	22 050	22 630	22 960	330	1,5
Übrige Verbrauchssteuern	7 279	7 602	7 341	7 543	7 398	7 480	82	1,1
Mineralölsteuern	5 183	5 134	5 020	5 033	4 985	4 980	-5	-0,1
Tabaksteuer	1 987	2 356	2 208	2 397	2 301	2 387	86	3,7
Biersteuer	110	112	113	113	112	113	1	0,9
Verkehrsabgaben	2 114	2 210	2 323	2 293	2 326	2 273	-53	-2,3
Automobilsteuer	312	373	408	412	375	410	35	9,3
Nationalstrassenabgabe	351	347	360	352	371	363	-8	-2,2
Schwerverkehrsabgabe	1 452	1 490	1 555	1 529	1 580	1 500	-80	-5,1
Zölle	1 033	1 079	1 046	1 044	995	990	-5	-0,5
Spielbankenabgabe	415	381	376	329	380	350	-30	-7,9
Lenkungsabgaben	151	748	660	716	738	964	226	30,6
Lenkungsabgabe VOC	124	123	127	125	125	125	0	0,0
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	0	-	-	-	-	-	-	-
Altlastenabgabe	27	36	35	35	36	36	0	0,0
Lenkungsabgabe CO2	-	589	498	556	577	803	226	39,1
Übrige Fiskaleinnahmen	4	0	-	-	3	3	0	0,0
Regalien und Konzessionen	1 354	1 391	1 410	938	907	899	-8	-0,9
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	246	243	269	267	248	244	-4	-1,7
Gewinnausschüttung SNB	833	833	833	333	333	333	0	0,0
Zunahme des Münzumsatzes	53	74	54	87	91	92	1	1,2
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	187	209	221	218	203	209	6	2,8
Übrige Regalien und Konzessionen	35	32	33	33	32	21	-11	-33,8
Finanzeinnahmen	1 608	1 233	1 601	1 328	1 137	1 115	-21	-1,9
Zinseinnahmen	535	360	369	353	269	251	-18	-6,7
Finanzanlagen	34	11	24	40	20	18	-2	-9,6
Darlehen	240	67	64	58	72	77	5	6,5
Bevorschussung an FinöV-Fonds	177	204	193	176	170	151	-19	-11,1
Übrige Zinseinnahmen	84	77	88	79	6	5	-2	-29,8
Kursgewinne	49	82	169	107	-	-	-	-
Beteiligungseinnahmen	771	790	838	867	867	864	-3	-0,3
Übrige Finanzeinnahmen	254	1	226	1	1	1	0	-24,9
Übrige laufende Einnahmen	1 802	1 720	1 645	1 721	1 750	1 772	23	1,3
Entgelte	1 396	1 272	1 200	1 251	1 282	1 326	45	3,5
Wehrpflichtersatzabgabe	148	155	157	160	170	165	-5	-2,9
Gebühren	227	217	225	241	240	248	7	3,1
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	79	78	76	78	67	67	0	0,4
Verkäufe	148	128	101	91	80	120	40	50,6
Rückerstattungen	198	108	132	130	124	124	-1	-0,7
EU Zinsbesteuerung	166	120	97	114	141	141	0	0,0
Übrige Entgelte	430	466	411	436	460	462	2	0,5
Verschiedene Einnahmen	406	447	445	469	468	446	-22	-4,7
Einnahmen aus Liegenschaften	348	376	361	386	405	369	-36	-8,9
Übrige verschiedene Einnahmen	59	71	84	83	63	77	14	21,9
Investitionseinnahmen	295	333	593	222	212	189	-23	-10,7
Veräusserung von Sachanlagen	74	78	45	50	74	52	-22	-30,0
Rückzahlung von Darlehen	212	237	186	172	138	137	-1	-0,4
Übrige Investitionseinnahmen	9	18	362	1	-	-	-	-

B12 Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Einnahmen	2,7	3,7	2,3	5,3	2,5	1,4
Fiskaleinnahmen	2,4	5,0	2,7	5,3	2,6	2,0
Direkte Bundessteuer	4,7	6,3	4,2	5,5	3,8	4,3
Verrechnungssteuer	-16,0	-5,1	-0,3	26,7	3,5	0,6
Stempelabgaben	-3,1	16,4	-4,3	3,3	-1,1	-6,1
Mehrwertsteuer	5,6	4,9	3,3	3,5	2,4	2,2
Übrige Verbrauchssteuern	7,6	3,9	0,4	2,3	-0,1	0,3
Mineralölsteuern	7,5	3,1	0,2	1,0	-0,3	-0,3
Tabaksteuer	8,1	6,4	0,8	5,6	0,3	1,5
Biersteuer	8,8	1,1	0,2	0,4	1,3	0,1
Verkehrsabgaben	6,7	15,7	15,6	9,6	3,6	-0,2
Automobilsteuer	-	-	-0,8	4,0	3,3	0,1
Nationalstrassenabgabe	6,7	2,6	1,2	1,9	2,8	0,4
Schwerverkehrsabgabe	6,8	0,3	40,2	17,5	3,9	-0,4
Zölle	-0,5	-3,3	0,0	-0,2	0,1	-3,7
Spielbankenabgabe	-14,5	-12,3	300,1	24,1	-4,3	-1,8
Lenkungsabgaben	-	-	738,6	4,2	43,5	10,6
Lenkungsabgabe VOC	-	-	-	5,0	0,0	-0,3
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	-	-	39,0	41,8	-100,0	-
Altlastenabgabe	-	-	-	1,1	5,5	0,1
Lenkungsabgabe CO2	-	-	-	-	-	13,5
Übrige Fiskaleinnahmen	-5,5	-16,6	-29,1	-48,8	-100,0	-
Regalien und Konzessionen	-0,6	11,9	12,0	6,3	1,2	-11,3
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	-5,1	-0,8	3,2	7,1	4,9	-2,7
Gewinnausschüttung SNB	-	25,7	13,6	-	-	-20,5
Zunahme des Münzumschs	-	-	-	-	4,4	5,5
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	-	-	-	75,0	3,3	-1,4
Übrige Regalien und Konzessionen	-26,5	-27,4	10,3	13,8	-10,1	-10,0
Finanzeinnahmen	23,8	-8,6	-8,9	11,2	5,8	-6,6
Zinseinnahmen	18,1	-17,1	-16,6	19,2	-13,7	-1,1
Finanzanlagen	17,0	-8,9	-28,6	30,9	-48,1	33,0
Darlehen	19,6	-26,5	-2,7	-7,6	-18,5	16,9
Bevorschussung an FinöV-Fonds	-	-	-	-	1,6	-5,6
Übrige Zinseinnahmen	12,2	-14,1	-10,4	-16,2	78,4	-52,3
Kursgewinne	-	-	-	-	16,4	-100,0
Beteiligungseinnahmen	366,0	15,3	-1,2	0,1	13,3	0,8
Übrige Finanzeinnahmen	-	-	-22,4	101,2	97,8	-77,3
Übrige laufende Einnahmen	-5,5	-16,9	-0,4	11,3	-1,8	1,8
Entgelte	4,8	-1,7	-0,5	6,4	-3,6	2,3
Wehrpflichtersatzabgabe	2,8	-1,2	3,3	-7,9	3,4	1,2
Gebühren	2,0	5,8	-1,9	3,6	-6,4	2,5
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	6,6	-36,4	-0,6	12,7	1,1	-2,9
Verkäufe	0,3	-6,6	8,7	15,8	-15,8	-2,8
Rückerstattungen	4,2	-0,6	-8,1	-10,0	3,9	-1,0
EU Zinsbesteuerung	-	-	-	-	-5,3	10,8
Übrige Entgelte	15,0	17,7	1,1	9,9	-2,3	3,3
Verschiedene Einnahmen	-11,8	-53,6	2,9	54,9	4,3	0,5
Einnahmen aus Liegenschaften	4,9	2,3	2,8	55,4	3,1	1,0
Übrige verschiedene Einnahmen	-12,2	-70,5	3,2	52,2	10,7	-1,7
Investitionseinnahmen	61,1	16,3	-5,9	-16,3	12,9	-26,5
Veräusserung von Sachanlagen	33,0	4,7	-14,6	26,1	-11,7	0,2
Rückzahlung von Darlehen	66,2	17,2	-5,5	-20,2	-10,4	-9,1
Übrige Investitionseinnahmen	-2,2	8,9	-9,6	26,7	325,4	-100,0

B13 Struktur der Einnahmen nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Einnahmen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fiskaleinnahmen	86,8	89,1	90,4	92,3	92,0	93,8
Direkte Bundessteuer	23,7	23,5	24,0	25,2	28,2	30,1
Verrechnungssteuer	8,1	7,7	5,8	7,0	8,1	7,2
Stempelabgaben	5,6	6,4	6,7	5,3	4,6	3,4
Mehrwertsteuer	29,0	32,0	34,8	35,0	32,8	34,9
Übrige Verbrauchssteuern	14,7	14,8	13,8	13,5	11,8	11,4
Mineralölsteuern	11,2	10,9	10,1	9,4	8,2	7,6
Tabaksteuer	3,3	3,6	3,5	4,0	3,5	3,6
Biersteuer	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Verkehrsabgaben	1,0	1,6	2,7	3,4	3,5	3,5
Automobilsteuer	–	0,5	0,7	0,6	0,6	0,6
Nationalstrassenabgabe	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Schwerverkehrsabgabe	0,4	0,4	1,3	2,1	2,4	2,3
Kombinierter Verkehr	–	–	0,1	0,0	–	–
Zölle	3,4	2,4	2,1	1,9	1,7	1,5
Spielbankenabgabe	0,0	0,0	0,2	0,7	0,6	0,5
Lenkungsabgaben	–	0,0	0,2	0,3	0,7	1,3
Lenkungsabgabe VOC	–	–	0,2	0,2	0,2	0,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	–	0,0	0,0	0,0	0,0	–
Altlastenabgabe	–	–	0,0	0,1	0,1	0,1
Lenkungsabgabe CO2	–	–	–	–	0,4	1,1
Übrige Fiskaleinnahmen	1,2	0,7	0,1	0,0	0,0	0,0
Regalien und Konzessionen	1,0	1,3	1,7	2,4	2,2	1,4
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Gewinnausschüttung SNB	0,4	0,8	1,2	1,7	1,3	0,5
Zunahme des Münzumsatzes	–	–	–	0,0	0,1	0,1
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	–	–	0,0	0,2	0,3	0,3
Übrige Regalien und Konzessionen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Finanzeinnahmen	3,7	3,3	2,3	1,9	2,4	1,8
Zinseinnahmen	3,3	2,5	1,2	0,8	0,8	0,5
Finanzanlagen	1,4	1,2	0,5	0,4	0,1	0,1
Darlehen	1,8	1,2	0,6	0,3	0,2	0,1
Bevorschussung an FinöV-Fonds	–	–	–	0,2	0,3	0,2
Übrige Zinseinnahmen	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0
Kursgewinne	–	–	–	0,0	0,2	0,0
Beteiligungseinnahmen	0,3	0,7	1,1	1,1	1,3	1,3
Übrige Finanzeinnahmen	–	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0
Übrige laufende Einnahmen	7,9	3,2	2,3	2,7	2,8	2,7
Entgelte	3,2	2,4	2,1	2,4	2,1	2,0
Wehrpflichtersatzabgabe	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2	0,3
Gebühren	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	0,8	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Verkäufe	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2	0,1
Rückerstattungen	0,7	0,7	0,4	0,4	0,2	0,2
EU Zinsbesteuerung	–	–	–	0,1	0,2	0,2
Übrige Entgelte	0,4	0,5	0,5	0,7	0,7	0,7
Verschiedene Einnahmen	4,7	0,8	0,1	0,3	0,7	0,7
Einnahmen aus Liegenschaften	0,1	0,1	0,1	0,2	0,6	0,6
Übrige verschiedene Einnahmen	4,5	0,6	0,0	0,0	0,1	0,1
Investitionseinnahmen	0,7	3,1	3,4	0,7	0,6	0,3
Veräusserung von Sachanlagen	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Rückzahlung von Darlehen	0,5	2,9	3,2	0,6	0,3	0,2
Übrige Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0

B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013 absolut	%
Ordentliche Ausgaben	58 228	59 266	62 333	61 736	64 929	66 353	1 425	2,2
Eigenausgaben	9 533	9 487	9 789	9 940	10 566	10 989	423	4,0
Personalausgaben	4 828	4 894	4 945	5 070	5 379	5 489	110	2,1
Personalbezüge	3 954	3 998	4 024	4 111	4 311	4 387	76	1,8
Arbeitgeberbeiträge	752	781	804	842	932	964	32	3,4
Arbeitgeberleistungen	41	53	47	39	49	47	-3	-5,2
Übrige Personalausgaben	80	62	70	79	87	92	5	5,5
Sach- und Betriebsausgaben	3 611	3 592	3 682	3 873	4 128	4 274	146	3,5
Material- und Warenausgaben	41	46	39	39	48	53	6	12,1
Betriebsausgaben	3 164	3 126	3 233	3 371	3 604	3 678	74	2,1
Liegenschaften	288	287	282	292	315	322	7	2,1
Mieten und Pachten	151	149	176	170	178	200	22	12,2
Informatik	482	470	496	471	565	596	31	5,4
Beratung und Auftragsforschung	252	239	222	232	294	295	1	0,5
Betriebsausgaben der Armee	809	863	928	967	965	928	-37	-3,9
Verluste auf Forderungen	195	189	217	287	184	173	-10	-5,6
Übrige Betriebsausgaben	987	929	913	951	1 103	1 165	61	5,5
Betrieblicher Unterhalt	405	420	409	464	476	542	66	13,9
Nationalstrassen								
Rüstungsausgaben	1 095	1 001	1 163	997	1 059	1 226	167	15,8
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	120	111	95	86	110	90	-20	-18,2
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	292	316	307	317	391	330	-61	-15,6
Rüstungsmaterial	683	575	761	594	558	806	248	44,4
Laufende Transferausgaben	38 194	39 536	42 494	42 882	44 264	45 296	1 032	2,3
Anteile Dritter an	7 116	7 705	8 549	8 687	8 826	9 263	437	4,9
Bundeseinnahmen								
Kantonsanteile	4 388	4 436	4 466	4 477	4 651	4 816	165	3,5
Anteile der Sozialversicherungen	2 596	2 694	3 519	3 734	3 820	3 834	14	0,4
Rückverteilung	132	576	564	477	356	613	257	72,4
Lenkungsabgaben								
Entschädigungen an	780	801	856	1 036	1 099	1 102	3	0,3
Gemeinwesen								
Beiträge an eigene Institutionen	2 723	2 850	2 971	3 093	2 941	3 005	64	2,2
Beiträge an Dritte	13 290	13 616	14 316	14 594	15 298	15 681	383	2,5
Finanzausgleich	2 808	2 901	3 049	3 102	3 178	3 185	7	0,2
Internationale Organisationen	1 497	1 602	1 760	1 824	1 927	1 982	55	2,9
Übrige Beiträge an Dritte	8 985	9 114	9 507	9 668	10 194	10 514	320	3,1
Beiträge an Sozialversicherungen	14 285	14 564	15 802	15 472	16 099	16 245	146	0,9
AHV / IV / ALV	10 918	11 055	12 124	11 711	12 177	12 312	135	1,1
Übrige Sozialversicherungen	3 367	3 508	3 677	3 761	3 922	3 933	11	0,3
Finanzausgaben	3 255	2 972	2 605	1 906	2 290	2 174	-116	-5,1
Zinsausgaben	3 135	2 834	2 380	1 736	2 274	2 149	-126	-5,5
Anleihen	2 896	2 595	2 178	1 610	2 122	2 022	-99	-4,7
Geldmarktbuchforderungen	1	3	5	-	27	21	-6	-22,8
Übrige Zinsausgaben	238	236	196	126	126	106	-20	-15,8
Kursverluste	26	54	88	44	-	-	-	-
Kapitalbeschaffungsausgaben	78	83	137	53	16	15	0	-0,6
Übrige Finanzausgaben	16	2	0	73	-	10	10	-

B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013	
							absolut	%
Investitionsausgaben	7 245	7 270	7 444	7 007	7 810	7 894	85	1,1
Sachanlagen und Vorräte	2 512	2 585	2 270	2 359	2 659	2 765	106	4,0
Liegenschaften	635	596	637	659	733	741	8	1,1
Mobilien und Vorräte	378	283	230	239	349	276	-72	-20,7
Nationalstrassen	1 499	1 706	1 403	1 461	1 578	1 748	170	10,8
Immaterielle Anlagen	39	46	50	47	45	52	7	16,6
Darlehen	599	307	854	480	486	457	-29	-6,1
Beteiligungen	30	30	110	20	23	21	-2	-9,0
Investitionsbeiträge	4 065	4 302	4 160	4 101	4 596	4 599	3	0,1
Fonds für	1 548	1 604	1 401	1 282	1 561	1 456	-105	-6,7
Eisenbahngrossprojekte								
Übrige Investitionsbeiträge	2 518	2 699	2 759	2 819	3 035	3 143	108	3,6

B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Ausgaben	3,4	2,9	2,4	1,9	3,7	2,1
Eigenausgaben	0,8	-1,7	-2,6	-0,3	3,7	3,4
Personalausgaben	2,4	0,0	-2,1	0,0	2,6	2,9
Personalbezüge	3,3	0,1	-2,0	0,2	2,4	2,4
Arbeitgeberbeiträge	0,8	-2,4	-0,8	2,1	8,1	5,1
Arbeitgeberleistungen	-4,3	3,3	-7,6	-9,9	-25,1	0,7
Übrige Personalausgaben	0,1	5,0	15,1	-3,5	5,9	6,9
Sach- und Betriebsausgaben	-0,3	0,6	-2,1	-0,2	6,7	4,1
Material- und Warenausgaben	-	-	78,3	38,5	-3,7	2,3
Betriebsausgaben	-0,3	0,5	-2,2	-0,5	3,7	3,6
Liegenschaften	-2,2	-1,6	-7,0	-15,6	5,2	4,3
Mieten und Pachten	7,5	2,2	-0,6	-0,2	7,2	3,1
Informatik	8,7	0,0	-4,1	13,2	13,9	4,9
Beratung und Auftragsforschung	5,5	34,0	11,0	4,0	-17,0	8,4
Betriebsausgaben der Armee	-7,8	5,9	-0,9	-3,3	7,0	0,2
Verluste auf Forderungen	-	-	-	-	-0,8	-4,8
Übrige Betriebsausgaben	3,6	-5,4	-4,5	-4,3	5,6	6,5
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	-	-	-	-	-	8,1
Rüstungsausgaben	-0,8	-9,4	-5,7	-1,6	-0,1	2,6
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	-10,0	-5,9	13,3	-0,6	-10,0	1,2
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	-5,2	-9,1	0,6	0,1	1,5	4,1
Rüstungsmaterial	1,2	-9,7	-9,4	-2,4	0,9	2,2
Laufende Transferausgaben	4,6	4,2	3,9	2,9	4,8	2,2
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	2,8	12,9	6,4	7,5	-0,2	2,9
Kantonsanteile	2,8	5,1	4,8	7,1	-7,1	3,0
Anteile der Sozialversicherungen	-	-	10,5	7,4	9,2	2,8
Rückverteilung Lenkungsabgaben	-	-	-	50,7	40,0	3,5
Entschädigungen an Gemeinwesen	-12,0	11,2	1,6	21,8	-3,0	7,8
Beiträge an eigene Institutionen	5,0	-29,3	33,1	5,0	4,1	0,3
Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-0,7	-1,8	10,2	2,8
Finanzausgleich	-	-	-	-	-	1,5
Internationale Organisationen	5,0	7,4	7,3	18,6	7,9	4,4
Übrige Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-1,1	-3,7	3,1	3,0
Beiträge an Sozialversicherungen	6,0	3,0	4,2	2,7	4,2	1,2
AHV / IV / ALV	6,3	4,8	4,3	2,5	4,5	0,7
Übrige Sozialversicherungen	5,5	-1,8	4,0	3,3	3,3	2,7
Finanzausgaben	11,1	4,2	-0,8	2,8	-10,2	-2,2
Zinsausgaben	10,7	3,9	-2,1	4,0	-11,3	-0,1
Anleihen	24,9	8,0	2,5	9,6	-9,9	-0,7
Geldmarktbuchforderungen	34,4	-17,2	-41,4	77,8	-60,3	97,9
Übrige Zinsausgaben	-2,9	3,4	-7,2	-24,5	-11,4	-3,5
Kursverluste	-	-	-	-	12,8	-100,0
Kapitalbeschaffungsausgaben	49,7	17,6	26,5	-25,7	11,4	-42,1
Übrige Finanzausgaben	-	-	-	-	-75,1	48,4
Investitionsausgaben	-1,0	4,7	5,6	-0,2	4,4	1,6
Sachanlagen und Vorräte	2,2	1,9	-8,6	10,4	26,9	4,9
Liegenschaften	5,3	7,0	-19,3	28,2	1,4	4,9
Mobilien und Vorräte	-0,7	-4,5	3,6	-7,2	-4,0	5,5
Nationalstrassen	-	-	-	-	-	4,9
Immaterielle Anlagen	-	-	-	3,0	40,6	-2,4
Darlehen	-12,3	-13,2	3,7	13,7	22,8	-14,0
Beteiligungen	-33,3	43,3	102,2	-14,5	33,3	-33,9
Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-4,3	2,7
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	-	-	-	-	-	0,4
Übrige Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-13,7	3,8

B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Ausgaben	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Eigenausgaben	25,4	22,0	17,6	16,1	16,0	16,4
Personalausgaben	12,1	10,9	8,9	8,5	8,1	8,2
Personalbezüge	9,7	8,8	7,0	7,0	6,7	6,6
Arbeitgeberbeiträge	1,7	1,4	1,2	1,0	1,2	1,4
Arbeitgeberleistungen	0,6	0,7	0,7	0,3	0,1	0,1
Übrige Personalausgaben	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sach- und Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	6,0	6,4
Material- und Warenausgaben	–	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	5,3	5,5
Liegenschaften	1,6	1,5	1,0	0,7	0,5	0,5
Mieten und Pachten	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Informatik	0,5	0,5	0,4	0,4	0,8	0,9
Beratung und Auftragsforschung	0,2	0,4	0,7	0,7	0,4	0,4
Betriebsausgaben der Armee	2,0	1,7	1,7	1,5	1,4	1,5
Verluste auf Forderungen	–	–	–	0,1	0,3	0,3
Übrige Betriebsausgaben	3,1	2,6	1,8	1,5	1,6	1,7
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	0,7	0,8
Rüstungsausgaben	5,5	4,1	2,8	2,4	1,9	1,8
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2	0,1
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	1,1	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5
Rüstungsmaterial	4,1	3,1	1,9	1,6	1,2	1,1
Laufende Transferausgaben	54,6	57,6	61,8	64,4	66,6	68,5
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7,9	8,9	12,9	14,7	13,0	13,9
Kantonsanteile	7,9	8,2	9,0	10,1	7,6	7,3
Anteile der Sozialversicherungen	–	0,7	3,8	4,3	4,8	5,9
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	0,1	0,2	0,6	0,8
Entschädigungen an Gemeinwesen	0,9	0,8	0,9	1,6	1,4	1,7
Beiträge an eigene Institutionen	6,3	3,7	4,2	4,3	4,7	4,6
Beiträge an Dritte	18,7	21,7	20,7	19,1	22,8	23,6
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,9	4,9
Internationale Organisationen	0,9	1,0	1,2	2,1	2,7	3,0
Übrige Beiträge an Dritte	17,8	20,7	19,6	17,0	15,3	15,7
Beiträge an Sozialversicherungen	20,8	22,4	23,1	24,7	24,7	24,7
AHV / IV / ALV	15,1	17,1	17,5	18,8	18,9	18,7
Übrige Sozialversicherungen	5,7	5,4	5,5	5,9	5,8	6,0
Finanzausgaben	7,2	7,5	7,6	7,3	5,3	3,4
Zinsausgaben	7,0	7,3	7,1	7,0	5,1	3,3
Anleihen	2,8	4,1	4,8	5,8	4,6	3,0
Geldmarktbuchforderungen	1,1	0,5	0,4	0,3	0,1	0,1
Übrige Zinsausgaben	3,1	2,6	1,9	1,0	0,4	0,2
Kursverluste	–	–	–	0,0	0,1	0,0
Kapitalbeschaffungsausgaben	0,2	0,2	0,5	0,3	0,1	0,0
Übrige Finanzausgaben	–	–	–	0,0	0,0	0,0
Investitionsausgaben	12,8	12,9	13,1	12,3	12,1	11,7
Sachanlagen und Vorräte	2,1	1,7	1,1	1,3	4,1	4,0
Liegenschaften	1,1	1,0	0,5	0,6	1,0	1,1
Mobilien und Vorräte	1,0	0,7	0,6	0,6	0,5	0,4
Nationalstrassen	–	–	–	–	2,5	2,5
Immaterielle Anlagen	–	–	0,0	0,0	0,1	0,1
Darlehen	3,1	3,3	1,2	0,8	0,9	0,7
Beteiligungen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0
Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	6,9	6,9
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	2,6	2,2
Übrige Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	4,3	4,7

B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013 absolut	%
Ordentliche Ausgaben	58 228	59 266	62 333	61 736	64 929	66 353	1 425	2,2
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 474	2 460	2 490	2 501	2 640	2 715	75	2,8
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 474	2 460	2 490	2 501	2 640	2 715	75	2,8
Ordnung und öffentliche Sicherheit	890	910	950	961	1 087	1 113	26	2,4
Allgemeines Rechtswesen	75	76	77	82	85	87	1	1,3
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	339	354	397	390	468	487	18	3,9
Grenzkontrollen	316	314	314	327	350	356	6	1,6
Gerichte	159	166	161	163	183	184	1	0,5
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 587	2 607	3 214	2 979	3 294	3 567	272	8,3
Politische Beziehungen	712	726	720	713	748	753	5	0,6
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 723	1 761	2 358	2 106	2 280	2 484	204	8,9
Wirtschaftliche Beziehungen	76	75	81	78	266	329	63	23,9
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	75	44	55	82	-	-	-	-
Landesverteidigung	4 515	4 395	4 533	4 428	4 808	4 915	108	2,2
Militärische Landesverteidigung	4 413	4 292	4 417	4 306	4 684	4 791	107	2,3
Nationale Sicherheitskooperation	102	103	116	122	124	124	1	0,7
Bildung und Forschung	5 715	6 067	6 509	6 664	6 972	7 208	236	3,4
Berufsbildung	628	691	751	844	884	891	8	0,9
Hochschulen	1 765	1 833	1 891	1 923	2 016	2 082	66	3,3
Grundlagenforschung	2 196	2 350	2 506	2 536	2 627	2 698	70	2,7
Angewandte Forschung	1 099	1 164	1 331	1 334	1 413	1 504	92	6,5
Übriges Bildungswesen	28	28	29	28	32	32	1	1,9
Kultur und Freizeit	395	413	429	450	484	501	17	3,6
Kulturerhaltung	92	106	104	116	120	123	3	2,6
Kulturförderung und Medienpolitik	170	169	172	190	195	198	3	1,7
Sport	134	138	153	143	169	180	11	6,3
Gesundheit	276	228	210	212	229	232	2	0,9
Gesundheit	276	228	210	212	229	232	2	0,9
Soziale Wohlfahrt	18 049	18 454	20 557	20 668	21 568	21 767	199	0,9
Altersversicherung	9 671	9 935	10 184	10 339	10 714	10 857	143	1,3
Invalidenversicherung	3 581	3 523	4 671	4 821	5 022	5 016	-7	-0,1
Krankenversicherung	1 847	2 008	2 150	2 186	2 271	2 286	15	0,7
Ergänzungsleistungen	1 312	1 271	1 305	1 366	1 441	1 446	5	0,3
Militärversicherung	195	216	221	213	224	217	-8	-3,4
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	406	439	941	456	464	499	35	7,6
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	144	126	84	80	110	105	-6	-5,2
Migration	842	885	937	1 145	1 252	1 277	25	2,0
Soziale Hilfe und Fürsorge	53	51	64	61	69	64	-4	-6,0
Verkehr	8 099	8 225	8 062	8 130	8 614	8 658	44	0,5
Strassenverkehr	2 678	2 914	2 589	2 841	3 001	3 164	163	5,4
Öffentlicher Verkehr	5 325	5 215	5 341	5 129	5 420	5 305	-115	-2,1
Luftfahrt	96	96	132	160	193	189	-4	-2,3

B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013	
							absolut	%
Umwelt und Raumordnung	726	1 140	1 127	1 107	1 033	1 303	270	26,1
Umwelt	340	792	762	696	598	861	263	43,9
Schutz vor Naturgefahren	257	239	247	264	279	284	6	2,1
Naturschutz	117	96	103	131	142	143	1	0,8
Raumordnung	13	14	14	16	15	15	0	-0,1
Landwirtschaft und Ernährung	3 692	3 666	3 663	3 711	3 718	3 720	2	0,1
Landwirtschaft und Ernährung	3 692	3 666	3 663	3 711	3 718	3 720	2	0,1
Wirtschaft	560	591	632	544	560	685	126	22,5
Wirtschaftsordnung	109	119	120	137	139	140	2	1,3
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	247	168	234	138	141	139	-1	-1,0
Energie	179	280	254	244	254	378	124	49,1
Waldwirtschaft	27	24	24	25	27	28	1	3,2
Finanzen und Steuern	10 248	10 111	9 954	9 380	9 921	9 969	47	0,5
Anteile an Bundeseinnahmen	4 185	4 238	4 300	4 375	4 456	4 611	156	3,5
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	3 255	2 972	2 605	1 904	2 288	2 172	-116	-5,1
Finanzausgleich	2 808	2 901	3 049	3 102	3 178	3 185	7	0,2

B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Ausgaben	3,4	2,9	2,4	1,9	3,7	2,1
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	3,6	2,3
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	3,6	2,3
Ordnung und öffentliche Sicherheit	4,7	0,8	5,8	-1,2	4,0	4,3
Allgemeines Rechtswesen	8,2	-11,9	11,8	-11,7	-0,3	3,1
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	5,7	4,2	9,8	-2,5	6,3	5,3
Grenzkontrollen	1,8	1,3	1,4	0,6	2,8	3,6
Gerichte	6,6	7,7	0,7	7,4	3,3	3,6
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	3,5	1,3	2,5	-0,2	9,0	3,6
Politische Beziehungen	4,7	2,2	4,2	-0,3	4,1	0,9
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1,7	1,5	1,7	3,0	10,9	3,1
Wirtschaftliche Beziehungen	18,0	-1,9	3,3	0,1	3,3	38,4
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	9,7	-0,4	2,5	-38,7	16,1	-100,0
Landesverteidigung	-1,4	-4,1	-1,7	-0,9	1,2	2,7
Militärische Landesverteidigung	-1,2	-3,7	-1,8	-1,0	1,1	2,8
Nationale Sicherheitskooperation	-8,2	-18,3	1,6	3,2	5,0	1,0
Bildung und Forschung	4,3	1,2	2,6	3,1	6,9	3,3
Berufsbildung	5,3	-3,5	2,6	-0,4	9,7	4,7
Hochschulen	2,3	3,1	2,0	-8,8	4,9	3,2
Grundlagenforschung	7,3	1,0	6,0	22,1	8,1	2,7
Angewandte Forschung	3,7	2,9	0,9	8,4	7,4	3,5
Übriges Bildungswesen	32,5	-20,4	8,6	-4,0	-16,7	3,4
Kultur und Freizeit	0,5	14,3	2,4	-3,7	-1,7	2,0
Kulturerhaltung	0,9	-3,6	2,0	2,6	2,5	6,4
Kulturförderung und Medienpolitik	-4,1	31,6	1,7	-7,7	-6,6	-3,2
Sport	5,9	4,7	4,5	0,0	2,3	4,2
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-5,5	2,8
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-5,5	2,8
Soziale Wohlfahrt	6,0	7,1	3,2	2,6	5,0	2,0
Altersversicherung	5,0	8,9	4,6	3,3	6,3	2,3
Invalidenversicherung	8,6	6,7	6,3	2,7	1,0	1,7
Krankenversicherung	8,4	-2,3	4,2	3,9	-1,3	2,5
Ergänzungsleistungen	-0,7	-0,4	5,8	4,3	16,4	3,7
Militärversicherung	0,8	-1,6	0,5	-2,8	-1,1	-0,5
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	24,2	97,5	-0,7	13,5	32,8	-14,3
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	4,4	19,9	-10,8	-17,9	-6,4	3,8
Migration	6,3	15,1	-10,0	-4,8	4,3	9,9
Soziale Hilfe und Fürsorge	-11,7	-3,9	20,2	20,5	7,3	-5,0
Verkehr	3,1	0,0	4,1	0,8	2,3	1,9
Strassenverkehr	1,0	-0,1	0,7	-0,9	-1,5	5,2
Öffentlicher Verkehr	4,9	2,1	6,6	2,0	4,3	0,0
Luftfahrt	6,0	-32,7	12,8	-4,1	10,0	10,6
Umwelt und Raumordnung	-4,2	-0,5	4,7	3,8	14,5	4,2
Umwelt	-1,2	2,4	1,5	0,5	24,2	4,2
Schutz vor Naturgefahren	-5,5	-8,2	9,9	7,0	3,5	2,5
Naturschutz	-13,8	5,0	7,5	8,9	-0,9	8,6
Raumordnung	6,7	2,3	15,1	3,8	3,7	1,5
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,4	0,0
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,4	0,0
Wirtschaft	-9,1	-2,3	5,2	-11,6	12,3	3,4
Wirtschaftsordnung	8,4	1,2	9,3	7,9	-5,0	4,3
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	-19,7	-2,4	1,9	-14,7	16,1	-12,0
Energie	31,3	-9,8	6,9	-6,9	33,1	12,8
Waldwirtschaft	-3,9	1,6	6,8	-32,2	-12,4	4,1
Finanzen und Steuern	6,5	4,8	2,3	5,9	0,5	1,2
Anteile an Bundeseinnahmen	2,1	5,6	5,5	8,4	-7,0	2,9
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	11,1	4,2	-0,8	2,8	-10,2	-2,2
Finanzausgleich	-	-	-	-	-	1,5

B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Ausgaben	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,1	4,1
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,1	4,1
Ordnung und öffentliche Sicherheit	1,6	1,5	1,6	1,5	1,5	1,6
Allgemeines Rechtswesen	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,7
Grenzkontrollen	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5
Gerichte	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	5,0	4,5	4,8	4,4	4,6	5,2
Politische Beziehungen	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2	1,1
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	3,2	2,7	2,9	2,9	3,2	3,7
Wirtschaftliche Beziehungen	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,4
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	0,5	0,4	0,4	0,2	0,1	0,0
Landesverteidigung	14,3	11,6	9,5	8,4	7,6	7,4
Militärische Landesverteidigung	13,8	11,3	9,3	8,2	7,4	7,2
Nationale Sicherheitskooperation	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Bildung und Forschung	9,1	8,6	8,6	9,0	10,0	10,8
Berufsbildung	1,3	1,1	1,0	1,0	1,1	1,4
Hochschulen	4,6	4,4	4,4	2,9	3,0	3,1
Grundlagenforschung	1,5	1,5	1,5	3,3	3,8	4,1
Angewandte Forschung	1,6	1,5	1,5	1,8	2,0	2,2
Übriges Bildungswesen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Kultur und Freizeit	0,7	1,0	1,3	0,9	0,7	0,7
Kulturerhaltung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Kulturförderung und Medienpolitik	0,2	0,5	0,9	0,4	0,3	0,3
Sport	0,2	0,2	0,3	0,2	0,3	0,3
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3
Soziale Wohlfahrt	25,5	29,0	29,9	31,3	31,5	33,1
Altersversicherung	9,8	10,8	13,7	14,3	16,5	16,5
Invalidenversicherung	5,6	6,7	7,5	8,4	6,5	7,6
Krankenversicherung	3,7	3,6	3,8	4,1	3,3	3,5
Ergänzungsleistungen	1,2	1,0	1,1	1,3	2,1	2,2
Militärversicherung	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4	0,3
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	2,0	3,0	0,4	0,6	0,9	0,7
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	0,5	0,7	0,7	0,3	0,2	0,2
Migration	2,0	2,6	2,2	1,7	1,5	1,9
Soziale Hilfe und Fürsorge	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
Verkehr	14,8	14,2	14,0	14,2	13,5	13,1
Strassenverkehr	6,9	6,1	5,9	5,3	4,5	4,7
Öffentlicher Verkehr	7,1	7,9	8,0	8,7	8,8	8,1
Luftfahrt	0,8	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3
Umwelt und Raumordnung	1,2	1,1	1,2	1,2	1,5	1,8
Umwelt	0,7	0,7	0,7	0,6	0,9	1,2
Schutz vor Naturgefahren	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4
Naturschutz	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2
Raumordnung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,2	5,7
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,2	5,7
Wirtschaft	1,6	1,3	1,4	0,8	0,9	1,0
Wirtschaftsordnung	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	0,8	0,5	0,5	0,3	0,3	0,2
Energie	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3	0,5
Waldwirtschaft	0,4	0,3	0,4	0,1	0,0	0,0
Finanzen und Steuern	14,3	14,9	15,7	16,7	17,5	15,2
Anteile an Bundeseinnahmen	7,1	7,4	8,2	9,4	7,3	7,0
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	7,2	7,5	7,6	7,3	5,3	3,4
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,9	4,9

B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2014

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Voranschlag 2014	Instituti- onelle und finanzielle Voraus- setzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internatio- nale Zusammen- arbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	66 353	2 715	1 113	3 567	4 915	7 208	501
Eigenausgaben	10 989	2 290	872	793	4 385	267	128
Personalausgaben	5 489	1 421	726	615	1 523	150	93
Sach- und Betriebsausgaben	4 274	869	146	178	1 636	117	34
Rüstungsausgaben	1 226	–	–	–	1 226	–	–
Laufende Transferausgaben	45 296	35	164	2 750	139	6 571	327
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	9 263	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 102	–	69	–	20	–	4
Beiträge an eigene Institutionen	3 005	–	4	–	–	2 489	128
Beiträge an Dritte	15 681	35	91	2 750	119	4 081	195
Beiträge an Sozialversicherungen	16 245	–	–	–	–	–	–
Finanzausgaben	2 174	2	–	–	0	–	0
Investitionsausgaben	7 894	387	77	24	391	370	47
Sachanlagen und Vorräte	2 765	369	27	0	391	214	2
Immaterielle Anlagen	52	18	5	1	–	–	–
Darlehen	457	–	–	2	–	–	–
Beteiligungen	21	–	–	21	–	–	–
Investitionsbeiträge	4 599	–	45	–	–	156	45

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	232	21 767	8 658	1 303	3 720	685	9 969
Eigenausgaben	145	605	833	172	123	207	169
Personalausgaben	67	360	204	108	91	130	–
Sach- und Betriebsausgaben	77	244	630	64	32	77	169
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Laufende Transferausgaben	85	21 124	2 071	759	3 447	197	7 628
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	3 834	373	613	–	–	4 442
Entschädigungen an Gemeinwesen	3	966	31	–	3	4	–
Beiträge an eigene Institutionen	14	–	351	1	–	17	–
Beiträge an Dritte	68	157	1 315	145	3 364	176	3 185
Beiträge an Sozialversicherungen	–	16 166	–	–	79	–	–
Finanzausgaben	–	–	–	–	–	0	2 172
Investitionsausgaben	3	38	5 754	372	151	281	–
Sachanlagen und Vorräte	1	1	1 754	2	2	1	–
Immaterielle Anlagen	0	5	21	1	1	0	–
Darlehen	–	33	371	–	48	4	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	1	0	3 608	369	99	276	–

B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2013

Kontengruppen	Total Voranschlag 2013	Aufgabengebiete					
		Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	Landesverteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	64 929	2 640	1 087	3 294	4 808	6 972	484
Eigenausgaben	10 566	2 234	868	770	4 209	263	124
Personalausgaben	5 379	1 392	711	600	1 513	150	89
Sach- und Betriebsausgaben	4 128	842	158	170	1 636	113	35
Rüstungsausgaben	1 059	–	–	–	1 059	–	–
Laufende Transferausgaben	44 264	32	163	2 493	157	6 356	321
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 826	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 099	–	68	–	20	0	4
Beiträge an eigene Institutionen	2 941	–	4	–	–	2 413	128
Beiträge an Dritte	15 298	32	91	2 493	137	3 944	188
Beiträge an Sozialversicherungen	16 099	–	–	–	–	–	–
Finanzausgaben	2 290	2	–	–	0	–	0
Investitionsausgaben	7 810	372	56	31	442	353	39
Sachanlagen und Vorräte	2 659	364	27	5	440	228	2
Immaterielle Anlagen	45	8	4	1	2	–	–
Darlehen	486	–	–	2	–	–	–
Beteiligungen	23	–	–	23	–	–	–
Investitionsbeiträge	4 596	–	25	–	–	124	38

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt und Raumordnung	Landwirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	229	21 568	8 614	1 033	3 718	560	9 921
Eigenausgaben	139	540	756	167	122	194	179
Personalausgaben	64	343	195	106	90	127	–
Sach- und Betriebsausgaben	75	196	560	62	33	67	179
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Laufende Transferausgaben	86	20 992	2 063	499	3 451	196	7 454
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	3 820	374	356	–	–	4 277
Entschädigungen an Gemeinwesen	3	965	31	–	3	4	–
Beiträge an eigene Institutionen	15	–	364	1	–	17	–
Beiträge an Dritte	68	189	1 295	142	3 367	175	3 178
Beiträge an Sozialversicherungen	–	16 018	–	–	81	–	–
Finanzausgaben	–	–	–	–	–	0	2 288
Investitionsausgaben	4	36	5 796	367	145	169	–
Sachanlagen und Vorräte	1	0	1 586	2	2	1	–
Immaterielle Anlagen	1	4	25	1	–	0	–
Darlehen	–	31	397	–	53	3	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	3	0	3 788	364	90	164	–

B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital (ohne Spezialfonds)

Mio. CHF		Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Einlage (+)/ Entnahme (-)
Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital, Stand		1 009	1 190	1 240	50
VOC / HEL-Lenkungsabgabe		259	262	257	-4
606	E1100.0111/ 112/113	125	125	125	
606	E1400.0101	1	3	1	
	A2300.0100	-122	-125	-130	
CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung und Technologiefonds		-120	-30	-2	28
606	E1100.0121 (Teil)	368	347	533	
606	E1400.0114 (Teil)	-	1	1	
810	A2400.0105 (Teil)	0	-	-1	
810	A2300.0112	-355	-231	-480	
810	A4300.0150	-	-25	-25	
CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Gebäudeprogramm		-50	-16	0	16
606	E1100.0121 (Teil)	184	173	267	
606	E1400.0114 (Teil)	0	-	0	
810	A2400.0105 (Teil)	0	-	0	
810	A4300.0146	-153	-93	-196	
805	A4300.0126	-43	-46	-55	
Sanktion CO₂-Verminderung PW, Rückverteilung		3	3	0	-3
805	E1100.0124	1	-	-	
805	E1400.0116	0	0	-	
806	E5300.0113 (Teil)	3	-	-	
805	A2100.0001 (Teil)	0	-	-	
806	A6100.0001 (Teil)	0	-	-	
810	A2300.0114	-	-	-3	
Sanktion CO₂-Verminderung PW, Infrastrukturfonds		-	55	57	2
805	E1100.0124	-	57	2	
805	E1400.0116	-	0	0	
806	E5300.0113 (Teil)	-	1	1	
805	A2400.0106	-	-	0	
805	A2114.0001 (Teil)	-	-1	-	
805	A2119.0001 (Teil)	-	0	-	
805	A2100.0001 (Teil)	-	0	0	
806	A6100.0001 (Teil)	-	-1	-1	
Spielbankenabgabe		705	709	730	21
417	E1100.0122	329	380	350	
417	A2300.0113	-381	-376	-329	
Altlastenfonds		169	163	156	-7
810	E1100.0100	35	36	36	
810	A2310.0131	-19	-41	-42	
810	A2100.0001 (Teil)	-1	-1	-1	
Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern		32	32	32	0
318	E1400.0102	1	1	1	
318	A2310.0332 (Teil)	-1	-1	-1	
Medienforschung, Rundfunktechnologie, Programmarchivierung		9	9	7	-2
808	E5200.0100	3	3	3	
808	A6210.0145	-2	-2	-3	
808	A6210.0146	0	-1	0	
808	A6210.0148	-	-	-1	

B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital (ohne Spezialfonds)

Fortsetzung

Mio. CHF		Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Einlage (+)/ Entnahme (-)
Filmförderung					
306	E1300.0146	Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter Einnahmeanteil	1	0	0
306	A2310.0454	Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter	-	0	-1
Krankenversicherung					
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Krankenversicherung (5%)	886	913	924
606	E1100.0109 (Teil)	Schwerverkehrsabgabe, ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	283	90	140
316	A2310.0110 (Teil)	Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	-1 169	-1 003	-1 064
Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung					
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, MWSt-Prozent für die AHV (83%)	2 262	2 322	2 363
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Zuschlag 0,4% für die IV	1 090	1 122	1 142
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Bundesanteil am MWSt-Prozent (17%)	463	476	487
606	E1100.0102	Tabaksteuer	2 397	2 301	2 387
601	E1200.0101	Reingewinn Alkoholverwaltung	267	248	244
318	A2310.0327 (Teil)	Leistungen des Bundes an die AHV	-3 127	-3 025	-3 118
318	A2310.0328 (Teil)	Leistungen des Bundes an die IV			
318	A2310.0329 (Teil)	Ergänzungsleistungen zur AHV			
318	A2310.0384 (Teil)	Ergänzungsleistungen zur IV			
318	A2310.0453 (Teil)	Sonderbeitrag an die IV-Zinsen			
605	A2300.0105	Mehrwertsteuerprozent für die AHV	-2 262	-2 322	-2 363
605	A2300.0111	Mehrwertsteuerzuschlag für die IV	-1 090	-1 122	-1 142

Hinweis:

– Einlagen aus Mehrwertsteuer abzüglich der Debitorenverluste

B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Einlage (+) / Entnahme (-)
Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital, Stand	4 418	4 570	4 668	99
Spezialfinanzierung Strassenverkehr	2 078	1 725	1 299	-426
Einnahmen	3 834	3 768	3 769	
Ausgaben	-3 784	-4 120	-4 195	
Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FHAL/WTO	2 256	2 764	3 290	526
606 E1100.0110 (Teil) Einfuhrzölle	545	508	526	
Spezialfinanzierung Luftverkehr	31	26	25	-1
606 E1100.0104 (Teil) Mineralölsteuer auf Treibstoffen	20	22	21	
606 E1100.0105 (Teil) Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	28	29	29	
803 A6210.0152 Technische Sicherheitsmassnahmen	-26	-28	-28	
803 A6210.0153 Umweltschutz-Massnahmen	-1	-14	-14	
803 A6210.0154 Nicht-hoheitliche Sicherheitsmassnahmen	-	-14	-8	
Bundeskriegstransportversicherung	55	55	55	0
724 E1300.0010 (Teil) Entgelte	0	0	0	
724 A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	0	0	0	
Überwachung Tierseuchen	-	-	-	-
708 E1100.0123 Schlachtabgabe	-	3	3	
341 A2310.0500 Überwachung Tierseuchen	-	-3	-3	

B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013 %	
Einnahmen	3 803	3 768	3 769	1	0,0
606 A2111.0141 Aufwandentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	-31	-33	-33	-1	1,5
606 A2119.0001 Übriger Betriebsaufwand; Verkauf und Kontrolle Nationalstrassenabgabe	-2	-5	-5	0	0,1
606 E1100.0104 Mineralölsteuer auf Treibstoffen	1 482	1 469	1 467	-2	-0,1
606 E1100.0105 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	1 979	1 956	1 957	1	0,0
606 E1100.0108 Nationalstrassenabgabe	352	371	363	-8	-2,2
802 E3200.0001 Rückzahlung Darlehen Terminalanlagen	6	6	6	0	-2,1
806 E5100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	11	-	10	10	-
806 E7100.0001 Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget); Erlös Restparzellen Nationalstrasse	6	4	5	1	39,0
806 E7200.0001 Rückzahlung Darlehen Bahnhofparkanlagen	0	0	0	0	0,0
Ausgaben	3 784	4 120	4 195	75	1,8
Nationalstrassen (ohne Infrastrukturfonds)	1 542	1 644	1 731	88	5,3
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget); Betrieb	329	363	400	38	10,4
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget); Unterhalt/Ausbau	1 213	1 281	1 331	50	3,9
Infrastrukturfonds	928	1 026	1 049	23	2,3
806 A8400.0100 Jährliche Einlage Infrastrukturfonds	928	1 026	1 049	23	2,3
Hauptstrassen	168	171	147	-24	-13,8
806 A8300.0107 Hauptstrassen	168	171	147	-24	-13,8
Übrige werkgebundene Beiträge	445	561	535	-26	-4,7
802 A2310.0214 Abgeltung alpenquerender kombinierter Verkehr	154	175	165	-10	-5,7
802 A2310.0215 Autoverlad	2	3	2	0	-8,6
802 A2310.0450 Abgeltung nicht-alpenquerender Schienengüterverkehr	7	14	14	0	-0,6
802 A4300.0119 Verkehrstrennung	2	2	2	-1	-25,0
802 A4300.0121 Anschlussgleise	10	22	18	-5	-20,8
802 A4300.0129 Fonds für Eisenbahngrossprojekte	265	301	309	9	2,8
802 A4300.0141 Terminalanlagen	5	45	25	-19	-43,2
Nicht werkgebundene Beiträge	376	374	373	0	-0,1
806 A6200.0152 Allgemeine Strassenbeiträge	-	366	366	0	-0,1
806 A6200.0153 Kantone ohne Nationalstrassen	-	7	7	0	-0,1
806 A6210.0137 Allgemeine Strassenbeiträge	368	-	-	-	-
806 A6210.0139 Kantone ohne Nationalstrassen	8	-	-	-	-
Forschung und Verwaltung	160	170	180	11	6,3
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	158	163	175	12	7,5
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	2	7	5	0	-21,3
Umweltschutz	102	108	110	2	2,3
806 A6210.0142 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege	1	1	1	0	1,5
810 A2310.0134 Wald	46	46	48	2	3,4
810 A4300.0103 Schutz Naturgefahren	19	23	24	0	1,3
810 A4300.0139 Lärmschutz	36	37	38	1	1,5
Heimat- und Landschaftsschutz	15	15	15	0	1,3
306 A4300.0138 Heimatschutz und Denkmalpflege	11	11	11	0	1,5
806 A8300.0110 Historische Verkehrswege	2	2	2	0	1,5
810 A4300.0105 Natur und Landschaft	2	2	2	0	0,0
Schutz übriger Strassen vor Naturgewalten	50	52	53	1	2,0
810 A4300.0135 Hochwasserschutz	50	52	53	1	2,0
Saldo	19	-352	-426	-74	
Stand der Spezialfinanzierung Ende Jahr	2 078	1 725	1 299	-426	-24,7

C01 Ertrag nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013 absolut	%
Ordentlicher Ertrag	64 146	63 523	65 693	64 041	64 435	66 138	1 703	2,6
Fiskalertrag	56 790	57 757	60 096	58 288	60 474	62 270	1 796	3,0
Direkte Bundessteuer	17 877	17 886	17 891	18 342	18 993	20 113	1 120	5,9
Verrechnungssteuer	5 280	4 323	5 961	3 835	4 811	4 837	26	0,5
Stempelabgaben	2 806	2 855	2 857	2 136	2 200	2 300	100	4,5
Mehrwertsteuer	19 830	20 672	21 642	22 050	22 630	22 960	330	1,5
Übrige Verbrauchssteuern	7 279	7 602	7 341	7 543	7 398	7 480	82	1,1
Mineralölsteuer	5 183	5 134	5 020	5 033	4 985	4 980	-5	-0,1
Tabaksteuer	1 987	2 356	2 208	2 397	2 301	2 387	86	3,7
Biersteuer	110	112	113	113	112	113	1	0,9
Verkehrsabgaben	2 114	2 210	2 323	2 293	2 326	2 273	-53	-2,3
Automobilsteuer	312	373	408	412	375	410	35	9,3
Nationalstrassenabgabe	351	347	360	352	371	363	-8	-2,2
Schwerverkehrsabgabe	1 452	1 490	1 555	1 529	1 580	1 500	-80	-5,1
Zölle	1 033	1 079	1 046	1 044	995	990	-5	-0,5
Spielbankenabgabe	415	381	376	329	380	350	-30	-7,9
Lenkungsabgaben	151	748	660	716	738	964	226	30,6
Lenkungsabgabe VOC	124	123	127	125	125	125	0	0,0
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	0	-	-	-	-	-	-	-
Altlastenabgabe	27	36	35	35	36	36	0	0,0
Lenkungsabgabe CO2	-	589	498	556	577	803	226	39,1
Übriger Fiskalertrag	4	0	-	-	3	3	0	0,0
Regalien und Konzessionen	1 350	1 383	1 403	995	908	840	-68	-7,5
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	246	243	269	267	248	244	-4	-1,7
Gewinnausschüttung SNB	833	833	833	333	333	333	0	0,0
Zunahme des Münzumsatzes	53	74	54	144	91	32	-59	-64,8
Ertrag aus Kontingentsversteigerungen	182	199	213	217	203	209	6	2,8
Übrige Regalien und Konzessionen	36	33	34	34	33	23	-11	-32,7
Finanzertrag	3 075	2 446	2 136	2 842	1 175	1 149	-27	-2,3
Zinsertrag	477	375	376	359	307	284	-23	-7,6
Finanzanlagen	10	11	18	40	20	18	-2	-10,4
Darlehen	206	83	78	64	110	110	0	-0,4
Bevorschussung an FinöV-Fonds	177	204	193	176	170	151	-19	-11,1
Übriger Zinsertrag	84	77	88	79	6	5	-2	-29,8
Kursgewinne	49	82	169	107	-	-	-	-
Beteiligungsertrag	0	0	1	0	0	0	0	-10,8
Zunahme von Equitywerten	2 179	1 840	1 256	2 285	867	864	-3	-0,3
Übriger Finanzertrag	370	149	334	92	1	1	0	-24,9
Übriger Ertrag	2 893	1 803	1 880	1 852	1 871	1 863	-8	-0,4
Entgelte	1 354	1 259	1 192	1 255	1 282	1 326	45	3,5
Wehrpflichtersatzabgabe	148	155	157	160	170	165	-5	-2,9
Gebühren	227	217	225	243	240	248	7	3,1
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	80	79	76	78	67	67	0	0,4
Verkäufe	149	129	102	92	80	120	40	50,6
Rückerstattungen	173	104	118	131	124	124	-1	-0,7
EU Zinsbesteuerung	166	120	97	114	141	141	0	0,0
Übrige Entgelte	412	455	415	436	460	462	2	0,5
Verschiedener Ertrag	1 539	544	689	598	589	537	-52	-8,9
Liegenschaftenertrag	357	371	365	386	405	369	-36	-8,9
Übriger verschiedener Ertrag	1 181	173	323	211	185	168	-17	-9,0
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	37	135	178	64	6	17	10	165,1

C02 Aufwand nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013 absolut	%
Ordentlicher Aufwand	57 726	59 385	62 680	62 336	64 797	65 810	1 012	1,6
Eigenaufwand	11 929	12 039	12 230	12 304	13 074	13 400	326	2,5
Personalaufwand	4 812	4 824	4 923	5 060	5 379	5 489	110	2,1
Personalbezüge	3 948	3 998	4 023	4 111	4 311	4 387	76	1,8
Arbeitgeberbeiträge	752	781	804	843	932	964	32	3,4
Arbeitgeberleistungen	42	78	47	38	49	47	-3	-5,2
Übriger Personalaufwand	70	-34	49	68	87	92	5	5,5
Sach- und Betriebsaufwand	4 120	4 071	3 983	4 029	4 430	4 460	30	0,7
Material- und Warenaufwand	237	259	192	138	286	182	-103	-36,2
Betriebsaufwand	3 470	3 399	3 386	3 424	3 668	3 735	67	1,8
Liegenschaften	552	531	465	414	352	360	7	2,1
Mieten und Pachten	150	149	160	164	178	200	22	12,2
Informatik	488	471	496	472	567	596	29	5,1
Beratung und Auftragsforschung	252	238	225	230	294	295	1	0,5
Betriebsaufwand der Armee	809	861	929	968	965	928	-37	-3,9
Abschreibungen auf Forderungen	205	200	190	221	184	173	-10	-5,6
Übriger Betriebsaufwand	1 014	948	921	955	1 129	1 184	55	4,9
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	412	413	404	467	476	542	66	13,9
Rüstungsaufwand	1 095	1 001	1 163	997	1 059	1 226	167	15,8
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	120	111	95	86	110	90	-20	-18,2
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	292	316	307	317	391	330	-61	-15,6
Rüstungsmaterial	683	575	761	594	558	806	248	44,4
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	1 902	2 143	2 162	2 218	2 206	2 225	20	0,9
Gebäude	359	487	528	555	540	534	-6	-1,2
Nationalstrassen	1 390	1 424	1 416	1 425	1 467	1 483	17	1,1
Übrige Abschreibungen	153	232	218	238	199	208	9	4,8
Transferaufwand	42 445	44 024	46 994	47 332	49 230	50 244	1 014	2,1
Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 116	7 705	8 549	8 687	8 826	9 263	437	4,9
Kantonsanteile	4 388	4 436	4 466	4 477	4 651	4 816	165	3,5
Anteile der Sozialversicherungen	2 596	2 694	3 519	3 734	3 820	3 834	14	0,4
Rückverteilung Lenkungsabgaben	132	576	564	477	356	613	257	72,4
Entschädigungen an Gemeinwesen	778	807	856	1 015	1 099	1 102	3	0,3
Beiträge an eigene Institutionen	2 723	2 850	2 971	3 093	2 941	3 005	64	2,2
Beiträge an Dritte	13 279	13 608	14 317	14 619	15 297	15 682	385	2,5
Finanzausgleich	2 808	2 901	3 049	3 102	3 178	3 185	7	0,2
Internationale Organisationen	1 496	1 597	1 762	1 825	1 926	1 982	57	2,9
Übrige Beiträge an Dritte	8 976	9 110	9 506	9 692	10 194	10 514	320	3,1
Beiträge an Sozialversicherungen	14 280	14 493	15 754	15 399	16 038	16 170	132	0,8
AHV / IV / ALV	10 915	11 053	12 126	11 712	12 191	12 312	121	1,0
Übrige Sozialversicherungen	3 365	3 439	3 628	3 687	3 847	3 858	11	0,3
Wertberichtigung	4 065	4 302	4 160	4 101	4 596	4 599	3	0,1
Investitionsbeiträge								
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	203	259	386	417	432	424	-9	-2,0

C02 Aufwand nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Differenz zu VA 2013	
							absolut	%
Finanzaufwand	3 341	3 299	3 428	2 664	2 307	2 099	-207	-9,0
Zinsaufwand	3 042	2 902	2 669	2 406	2 197	1 984	-212	-9,7
Anleihen	2 785	2 679	2 481	2 297	2 052	1 861	-191	-9,3
Geldmarktbuchforderungen	9	2	6	0	28	22	-7	-23,9
Übriger Zinsaufwand	248	221	182	109	116	102	-14	-12,1
Kursverluste	26	54	88	44	-	-	-	-
Kapitalbeschaffungsaufwand	128	122	116	104	110	105	-5	-4,6
Abnahme von Equitywerten	5	95	440	-	-	-	-	-
Übriger Finanzaufwand	140	126	116	110	-	10	10	-
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	11	22	27	37	187	66	-121	-64,5

C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	2009-2014
Ordentlicher Ertrag	0,2	-1,0	3,4	-2,5	0,6	2,6	0,6
Fiskalertrag	-2,2	1,7	4,1	-3,0	3,7	3,0	1,9
Direkte Bundessteuer	2,1	0,0	0,0	2,5	3,5	5,9	2,4
Verrechnungssteuer	-8,3	-18,1	37,9	-35,7	25,5	0,5	-1,7
Stempelabgaben	-5,7	1,8	0,1	-25,2	3,0	4,5	-3,9
Mehrwertsteuer	-3,3	4,2	4,7	1,9	2,6	1,5	3,0
Übrige Verbrauchssteuern	-3,2	4,4	-3,4	2,8	-1,9	1,1	0,5
Verkehrsabgaben	-1,1	4,6	5,1	-1,3	1,4	-2,3	1,5
Zölle	1,6	4,5	-3,1	-0,2	-4,7	-0,5	-0,9
Verschiedener Fiskalertrag	-8,1	97,9	-8,3	1,0	7,2	17,5	18,2
Regalien und Konzessionen	5,1	2,5	1,5	-29,1	-8,7	-7,5	-9,0
Finanzertrag	12,2	-20,5	-12,7	33,1	-58,6	-2,3	-17,9
Beteiligungsertrag	-37,2	9,3	177,9	-70,8	-25,6	-10,8	-10,0
Zunahme von Equitywerten	20,6	-15,5	-31,8	82,0	-62,1	-0,3	-16,9
Übriger Finanzertrag	-3,9	-32,4	45,2	-36,6	-44,7	-7,7	-20,5
Übriger Ertrag	46,9	-37,7	4,3	-1,5	1,0	-0,4	-8,4
Entgelte	-10,2	-7,0	-5,3	5,3	2,2	3,5	-0,4
Verschiedener Ertrag	233,3	-64,6	26,6	-13,2	-1,4	-8,9	-19,0
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	1 978,9	262,0	31,7	-63,8	-90,3	165,1	-15,0
Ordentlicher Aufwand	2,0	2,9	5,5	-0,5	3,9	1,6	2,7
Eigenaufwand	4,6	0,9	1,6	0,6	6,3	2,5	2,4
Personalaufwand	6,9	0,2	2,1	2,8	6,3	2,1	2,7
Sach- und Betriebsaufwand	9,5	-1,2	-2,2	1,2	10,0	0,7	1,6
Rüstungsaufwand	-10,9	-8,6	16,2	-14,3	6,3	15,8	2,3
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	-0,7	12,7	0,9	2,6	-0,6	0,9	3,2
Transferaufwand	2,9	3,7	6,7	0,7	4,0	2,1	3,4
Anteile Dritter an Bundeserträgen	-4,0	8,3	11,0	1,6	1,6	4,9	5,4
Entschädigungen an Gemeinwesen	-0,9	3,7	6,1	18,6	8,3	0,3	7,2
Beiträge an eigene Institutionen	5,8	4,7	4,2	4,1	-4,9	2,2	2,0
Beiträge an Dritte	4,8	2,5	5,2	2,1	4,6	2,5	3,4
Beiträge an Sozialversicherungen	5,1	1,5	8,7	-2,3	4,2	0,8	2,5
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	5,3	5,8	-3,3	-1,4	12,1	0,1	2,5
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	-45,3	27,5	49,0	8,0	3,6	-2,0	15,8
Finanzaufwand	-13,6	-1,2	3,9	-22,3	-13,4	-9,0	-8,9
Zinsaufwand	-8,8	-4,6	-8,1	-9,9	-8,7	-9,7	-8,2
Abnahme von Equitywerten	-15,8	1 632,4	363,9	-100,0	-	-	-100,0
Übriger Finanzaufwand	-43,9	2,9	5,9	-19,3	-57,4	4,5	-17,1
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	-82,1	97,3	22,1	35,2	412,3	-64,5	42,7

C04 Struktur von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen

% Anteil am ordentlichen Ertrag / Aufwand	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014
Ordentlicher Ertrag	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fiskalertrag	88,5	90,9	91,5	91,0	93,9	94,2
Direkte Bundessteuer	27,9	28,2	27,2	28,6	29,5	30,4
Verrechnungssteuer	8,2	6,8	9,1	6,0	7,5	7,3
Stempelabgaben	4,4	4,5	4,3	3,3	3,4	3,5
Mehrwertsteuer	30,9	32,5	32,9	34,4	35,1	34,7
Übrige Verbrauchssteuern	11,3	12,0	11,2	11,8	11,5	11,3
Verkehrsabgaben	3,3	3,5	3,5	3,6	3,6	3,4
Zölle	1,6	1,7	1,6	1,6	1,5	1,5
Verschiedener Fiskalertrag	0,9	1,8	1,6	1,6	1,7	2,0
Regalien und Konzessionen	2,1	2,2	2,1	1,6	1,4	1,3
Finanzertrag	4,8	3,9	3,3	4,4	1,8	1,7
Beteiligungsertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zunahme von Equitywerten	3,4	2,9	1,9	3,6	1,3	1,3
Übriger Finanzertrag	1,4	1,0	1,3	0,9	0,5	0,4
Übriger Ertrag	4,5	2,8	2,9	2,9	2,9	2,8
Entgelte	2,1	2,0	1,8	2,0	2,0	2,0
Verschiedener Ertrag	2,4	0,9	1,0	0,9	0,9	0,8
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	0,1	0,2	0,3	0,1	0,0	0,0
Ordentlicher Aufwand	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Eigenaufwand	20,7	20,3	19,5	19,7	20,2	20,4
Personalaufwand	8,3	8,1	7,9	8,1	8,3	8,3
Sach- und Betriebsaufwand	7,1	6,9	6,4	6,5	6,8	6,8
Rüstungsaufwand	1,9	1,7	1,9	1,6	1,6	1,9
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	3,3	3,6	3,4	3,6	3,4	3,4
Transferaufwand	73,5	74,1	75,0	75,9	76,0	76,3
Anteile Dritter an Bundeserträgen	12,3	13,0	13,6	13,9	13,6	14,1
Entschädigungen an Gemeinwesen	1,3	1,4	1,4	1,6	1,7	1,7
Beiträge an eigene Institutionen	4,7	4,8	4,7	5,0	4,5	4,6
Beiträge an Dritte	23,0	22,9	22,8	23,5	23,6	23,8
Beiträge an Sozialversicherungen	24,7	24,4	25,1	24,7	24,8	24,6
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	7,0	7,2	6,6	6,6	7,1	7,0
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	0,4	0,4	0,6	0,7	0,7	0,6
Finanzaufwand	5,8	5,6	5,5	4,3	3,6	3,2
Zinsaufwand	5,3	4,9	4,3	3,9	3,4	3,0
Abnahme von Equitywerten	0,0	0,2	0,7	–	–	–
Übriger Finanzaufwand	0,5	0,5	0,5	0,4	0,2	0,2
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	0,0	0,0	0,0	0,1	0,3	0,1

C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2014

Mio. CHF	Total Voranschlag 2014	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	WBF	UVEK
Ordentlicher Ertrag	66 138	22	47	109	469	173	64 799	332	188
Fiskalertrag	62 270	–	–	–	350	–	61 878	3	39
Direkte Bundessteuer	20 113	–	–	–	–	–	20 113	–	–
Verrechnungssteuer	4 837	–	–	–	–	–	4 837	–	–
Stempelabgaben	2 300	–	–	–	–	–	2 300	–	–
Mehrwertsteuer	22 960	–	–	–	–	–	22 960	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 480	–	–	–	–	–	7 480	–	–
Verkehrsabgaben	2 273	–	–	–	–	–	2 273	–	–
Zölle	990	–	–	–	–	–	990	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 317	–	–	–	350	–	925	3	39
Regalien und Konzessionen	840	–	–	–	–	–	609	209	23
Finanzertrag	1 149	–	–	1	0	0	1 121	26	1
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	864	–	–	–	–	–	864	–	–
Übriger Finanzertrag	284	–	–	1	0	0	257	26	1
Übriger Ertrag	1 863	22	47	108	119	173	1 174	95	126
Entgelte	1 326	20	46	102	103	104	789	80	83
Verschiedener Ertrag	537	2	0	6	16	68	386	15	43
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	17	–	–	–	–	–	17	–	–
Ordentlicher Aufwand	65 810	393	3 022	16 667	2 170	5 248	16 114	11 787	10 408
Eigenaufwand	13 400	393	744	585	688	5 015	2 729	544	2 703
Personalaufwand	5 489	321	555	355	398	1 684	1 423	359	394
Sach- und Betriebsaufwand	4 460	71	187	223	239	1 845	920	173	801
Rüstungsaufwand	1 226	–	–	–	–	1 226	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 225	1	2	7	50	260	386	12	1 508
Transferaufwand	50 244	–	2 278	16 083	1 483	233	11 221	11 243	7 704
Anteile Dritter an Bundeserträgen	9 263	–	–	–	329	–	7 947	–	986
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 102	–	–	38	947	79	–	3	35
Beiträge an eigene Institutionen	3 005	–	–	92	26	–	–	2 485	401
Beiträge an Dritte	15 682	–	2 257	210	135	140	3 274	8 018	1 649
Beiträge an Sozialversicherungen	16 170	–	–	15 712	–	–	–	458	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 599	–	–	31	45	15	–	231	4 277
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	424	–	21	–	–	–	–	47	356
Finanzaufwand	2 099	–	–	–	–	0	2 098	–	2
Zinsaufwand	1 984	–	–	–	–	0	1 983	–	2
Übriger Finanzaufwand	115	–	–	–	–	–	115	–	–
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	66	–	–	–	–	–	66	–	–

C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2013

Mio. CHF	Total Voranschlag 2013	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	efd	WBF	UVEK
Ordentlicher Ertrag	64 435	22	47	107	498	140	63 019	327	274
Fiskalertrag	60 474	–	–	–	380	–	59 998	3	93
Direkte Bundessteuer	18 993	–	–	–	–	–	18 993	–	–
Verrechnungssteuer	4 811	–	–	–	–	–	4 811	–	–
Stempelabgaben	2 200	–	–	–	–	–	2 200	–	–
Mehrwertsteuer	22 630	–	–	–	–	–	22 630	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 398	–	–	–	–	–	7 398	–	–
Verkehrsabgaben	2 326	–	–	–	–	–	2 326	–	–
Zölle	995	–	–	–	–	–	995	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 121	–	–	–	380	–	645	3	93
Regalien und Konzessionen	908	–	–	–	–	–	672	203	33
Finanzertrag	1 175	0	–	1	0	0	1 148	25	1
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	867	–	–	–	–	–	867	–	–
Übriger Finanzertrag	308	0	–	1	0	0	281	25	1
Übriger Ertrag	1 871	22	47	106	118	140	1 195	96	147
Entgelte	1 282	21	46	104	98	69	787	81	76
Verschiedener Ertrag	589	1	0	2	21	70	408	15	71
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	6	–	–	–	–	–	6	–	–
Ordentlicher Aufwand	64 797	391	2 848	21 428	2 167	5 087	16 242	6 619	10 015
Eigenaufwand	13 074	391	731	558	642	4 862	2 773	527	2 588
Personalaufwand	5 379	317	548	340	382	1 678	1 374	360	380
Sach- und Betriebsaufwand	4 430	73	178	213	220	1 861	1 008	156	721
Rüstungsaufwand	1 059	–	–	–	–	1 059	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 206	1	5	5	40	265	392	11	1 487
Transferaufwand	49 230	–	2 117	20 869	1 525	224	10 976	6 092	7 426
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 826	–	–	–	376	–	7 721	–	729
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 099	–	–	35	944	80	–	6	35
Beiträge an eigene Institutionen	2 941	–	–	2 461	27	–	–	40	414
Beiträge an Dritte	15 297	–	2 094	2 681	154	137	3 256	5 416	1 559
Beiträge an Sozialversicherungen	16 038	–	–	15 596	–	–	–	442	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 596	–	–	96	25	8	–	136	4 331
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	432	–	23	–	–	–	–	52	357
Finanzaufwand	2 307	–	–	–	–	0	2 306	–	1
Zinsaufwand	2 197	–	–	–	–	0	2 196	–	1
Übriger Finanzaufwand	110	–	–	–	–	–	110	–	–
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	187	–	–	–	–	–	187	–	–

